

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Landrates

Seite 2

Landratsbereich

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Seite 3

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Seite 5

Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragte

Seite 7

Pressestelle

Seite 9

Dezernat I

Amt für Finanzen und Personal

Seite 13

Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur

Seite 18

Amt für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht
und Rechnungsprüfung

Seite 24

Dezernat II

Amt für Jugend und Soziales

Seite 32

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

Seite 40

Amt für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz

Seite 44

Dezernat III

Amt für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen

Seite 52

Amt für Landwirtschaft

Seite 55

Dezernat IV

Amt für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz

Seite 60

Amt für Kataster- und Vermessungswesen

Seite 71

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Seite 73

Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat



Luckenwalde, März 2009

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

die Kreisverwaltung ist einer der wichtigsten Dienstleister der Region und stets darum bemüht, effizient und bürgerfreundlich zu arbeiten. Ob und wie ihr das im Jahr 2008 gelungen ist, können Sie im vorliegenden Tätigkeitsbericht des Landrates nachlesen. Das umfangreiche Material soll Ihnen helfen, sich ein Bild über die Arbeit der Behörde zu verschaffen, um sie bewerten, beurteilen und einschätzen zu können.

Selbstverständlich möchte ich Ihrem Urteil nicht vorgreifen. Dennoch erlaube ich mir die Feststellung, dass das Jahr 2008 für unseren Landkreis – trotz weltweit vieler schlechter Nachrichten – sehr erfolgreich war. So wurden wir nicht nur zweimal als „Kommune des Jahres“ ausgezeichnet, sondern waren auch auf anderen Gebieten Vorreiter. So ist uns in Teltow-Fläming sehr wichtig, dass niemand ausgegrenzt wird und möglichst gute Lebensbedingungen für alle Menschen geschaffen werden. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an das Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr, den Ausbau des Netzwerkes Kinderschutz oder die Tatsache, dass Hartz-IV-Empfänger im Landkreis Teltow-Fläming unentgeltlich Kurse der Volkshochschule besuchen können. Eine Offerte, die zumindest in Brandenburg einmalig ist.

Bei all dem, was wir erreicht haben, müssen wir vor allem eines bedenken: Erfolg oder gar Spitzenplätze sind alles andere als normal und zum Ausruhen ganz und gar nicht geeignet. Sie sind das Ergebnis der engagierten Arbeit vieler fleißiger Menschen, denen wir an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken – verbunden mit der Hoffnung, auch künftig auf sie bauen zu können. Sie, sehr geehrte Abgeordnete, sind an dieser erfreulichen Entwicklung in hohem Maße beteiligt. Dafür spreche ich Ihnen, auch im Namen der gesamten Verwaltungsleitung, meinen herzlichen Dank aus.

Für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit zum Wohle unseres Landkreises wünsche ich Ihnen auch künftig viel Erfolg. Ich gehe davon aus, dass der Landkreis Teltow-Fläming dank unserer gemeinsamen Arbeit noch attraktiver und lebenswerter wird.

Peer Giesecke
Landrat

Landratsbereich

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Im Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WFB) werden die drei Aufgabengebiete Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bearbeitet.

➤ **Wirtschaftsförderung**

Herausragende Ergebnisse der jahrelangen erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung waren insbesondere zwei Auszeichnungen des Landkreises als „Kommune des Jahres“. Am 25. Oktober 2008 konnte der Landrat die entsprechende bundesweite Auszeichnung der Oskar-Patzelt-Stiftung entgegennehmen. Am 25. November 2008 erfolgte die Auszeichnung durch den Ostdeutschen Sparkassenverband und die Zeitschrift SUPERillu für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung im Vergleich der neuen Bundesländer.

Viele Partner haben zu diesem Erfolg beigetragen. Neben der kontinuierlichen Arbeit der kreislichen Koordinierungsgruppe und der zielstrebigem Arbeit des Investitionsmanagements der Kreisverwaltung leisteten die kreislichen Gesellschaften ihren Beitrag. Das „Netzwerk Mittelstand“ der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SWFG) betreut mittlerweile über 1.500 kleine und mittelständische Unternehmen. Die Abteilung Biotechnologie der SWFG kann bedeutende Ansiedlungserfolge im Biotechnologiepark Luckenwalde vorweisen und die engagierte Arbeit der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH führte durch Erweiterungsinvestitionen zu neuen Ansiedlungen und zur Ernennung als Forschungsflugplatz. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises, die in erster Linie natürlich auf das Engagement der Wirtschaft selbst zurückzuführen ist, wird durch den Landkreis und seine auf diesem Gebiet tätigen Partner wie IHK, Kreishandwerkerschaft, ZukunftsAgentur Brandenburg, Investitionsbank des Landes Brandenburg, Arbeitsagenturen und ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende, die hauptamtlichen Wirtschaftsförderer der Städte und Gemeinden, SWFG, ZAL u. v. m. nach Kräften unterstützt. Diese zielgerichtete Zusammenarbeit trägt wesentlich zu diesem positiven Gesamtergebnis bei. Der Ausschuss für Wirtschaft des Kreistages hat stets diesen Prozess aktiv begleitet.

Die internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus Polen und Ungarn wurde u. a. im Rahmen der Wirtschaftstage Teltow-Fläming im Oktober 2008 durch ein Kolloquium zum Thema Innovation, Betriebsbesuche und die gemeinsame Teilnahme an der Innovationspreisverleihung fortgesetzt.

Bedeutende Firmenansiedlungen und -erweiterungen gab es zum Beispiel im Güterverkehrszentrum Großbeeren (Pharmalogistik August Faller KG), in Ludwigsfelde (Erweiterung Sprinter-Produktion bei Mercedes Benz, Blister-Zentrum Berlin-Brandenburg im Brandenburg Park), in Dahlewitz (Rolls Royce), im Biotechnologiepark Luckenwalde (Aristo Tech - medizinische Implantate; Human Biosciences), in Luckenwalde (Erweiterung Nanosolar) und in Dahme/Mark (Erweiterung Schoepe Display).

➤ **Arbeitsmarktpolitik**

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag der Schwerpunkt in der erfolgreichen Durchführung des Regionalbudgets (RB). Es handelt sich dabei um ein durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Programm, das durch die Einbeziehung regionaler Entscheidungsträger neue Wege der Beschäftigungsförderung - über die Möglichkeiten des SGB II und III hinaus – ermöglicht. Es soll den Arbeitslosen Perspektiven eröffnen und zugleich die Regionalentwicklung stärken. Das Regionalbudget verfolgt folgende strategische Zielstellungen:

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

Im Regionalbudget I vom 1. Juli 2007 bis zum 28. Februar 2008 wurden in Abstimmung mit und bei Kofinanzierung durch die ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende 269 Teilnehmer in verschiedenen Projekten betreut. Im Ergebnis konnten u. a. 77 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 12 Übergänge in konkret arbeitsplatzbezogene Qualifizierung abgerechnet werden.

Im Regionalbudget II, das vom 1. März 2008 bis zum 28. Februar 2009 läuft, sind in der Zielvereinbarung zwischen Landkreis und Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg 394 Teilnehmer/innen, 81 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 61 Übergänge in konkret arbeitsplatzbezogene Qualifizierung geplant. Über eine Kooperationsvereinbarung mit der ARGE Grundsicherung sind wiederum die Kofinanzierungsmittel gesichert. Sieben verschiedene Träger führen im Rahmen des Regionalbudgets insgesamt 15 Projekte durch. Dafür stehen 853.900 € an ESF-Mitteln und 665.102 € Kofinanzierungsmittel der ARGE zur Verfügung. Eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der IHK, Kreishandwerkerschaft, Kleinen Liga, Arbeitsagentur, ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende, Mitarbeitern der Kreisverwaltung - unterstützt durch einen Vertreter der LASA - begleitet den Prozess von der Festlegung der durchzuführenden Projekte bis zur Abrechnung.

Diese Ergebnisse haben mit dazu beigetragen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt wiederum verbessert hat. Die Arbeitslosenquoten sind im Jahr 2008 im Durchschnitt in der Geschäftsstelle Luckenwalde auf 13,6 % (4.700 Personen) und in der Geschäftsstelle Zossen auf 8,6 % (4.603 Personen) weiter gesunken.

➤ **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt auf Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der Wiedererlangung der Ende 2008 auslaufenden Linienkonzessionen. Dazu hat der Kreistag am 18. Februar 2008 einen Beschluss zur Bildung von Linienbündeln gefasst. Für die Anträge der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF) und der Firma Herz Reisen an das zuständige Landesamt für Bauen und Verkehr wurden Gutachten unter Beachtung der einschlägigen EU-Rechtsprechung erarbeitet. Der Prozess konnte erfolgreich durch die Erteilung von Linienkonzessionen bis zum Jahr 2016 abgeschlossen werden.

Der zweite Schwerpunkt lag in der Aktualisierung des Nahverkehrsplanes, der für die Jahre 2009 - 2013 durch den Kreistag am 15. Dezember 2008 beschlossen wurde. Damit und mit den zum 1. Januar 2009 neu abgeschlossenen Verkehrsverträgen mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen ist Planungssicherheit sowohl für die

Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV lt. ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für die nächsten Jahre gegeben.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 268.113,46 € durch die Bereitstellung von 66.625,19 € aus o. g. Richtlinie unterstützt werden. Es handelte sich dabei um die Errichtung von zwölf Haltestellen in fünf Gemeinden und eine Buswendeschleife im Ortsteil Blönsdorf der Gemeinde Niedergörsdorf.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei im Laufe des Jahres aufgetretenen Problemen des ÖPNV engagiert unterstützt.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis Teltow-Fläming leben laut dem Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus per 31.12.2008 insgesamt 24.206 Menschen mit einer Behinderung.

Jahr	Anzahl der Menschen mit Behinderung gesamt	Anstieg zum Vorjahr
2004	19.975	1.469
2005	21.316	1.341
2006	22.386	1.070
2007	23.204	818
2008	24.206	1.002

Die finanziellen Leistungen betragen nach dem Landespflegegeldgesetz im Behindertenbereich im Jahr 2008:

Leistungen	Anzahl der Empfänger	Ausgaben insgesamt
Blindengeld	154	417.394,05 €
Gehörlosengeld	70	63.830,27 €
Pflegegeld	11	19.408,72 €

Darüber hinaus finanziert der Landkreis Teltow-Fläming Fahrcoupons für den Personenkreis der außergewöhnlich Gehbehinderten als freiwillige Aufgabe. Insgesamt wurden für den Behindertenfahrdienst 58.500 € ausgereicht. Dies entspricht einem Betrag von 186 € je Anspruchsberechtigten im Kalenderjahr. Der Landkreis unterstützte 55 Selbsthilfegruppen mit insgesamt 14.050 €.

Die Behindertenbeauftragte half Betroffenen insbesondere zu folgenden Themen:

- Aufklärung zu den Rechten von Menschen mit Behinderung, z. B. Prüfung von Förderungsmöglichkeiten beim behindertengerechten Umbau der Wohnung;
- Beratung und Hilfe bei Antragstellung für Schwerbehindertenausweise an das Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus, Mithilfe beim Verfassen von Einsprüchen bei Ablehnung bzw. zu niedriger Einstufung des Grades der Behinderung;
- Suchen von Fachkliniken und Fachärzten sowie schnelle Kontaktaufnahme in Notsituationen, Abstimmung mit den jeweiligen Krankenkassen;
- Vermittlung zwischen dem Amt für Jugend und Soziales und dem Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der BfA, LVA, Hausärzten, dem Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus, den Wohlfahrtsträgern und den Versorgungsämtern;
- Organisation von Tagespflegeplätzen für Pflegefälle aus dem häuslichen Bereich, z. B. bei Eintritt unverhoffter Ereignisse bei den pflegenden Familienangehörigen (Krankenhausaufenthalte);

- Einbeziehung bei Kündigung von Menschen mit Behinderung, Vermittlung zum Integrationsfachamt, Gespräche mit Verantwortlichen in den Firmen;
- Hausbesuche auf Grund von Hinweisen zu Missständen im häuslichen Bereich, Beratung in der Wohnung bei Bettlägerigkeit und Organisation von Hilfeleistungen;

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragten zeichnete weiter verantwortlich für:

- Vorgespräche mit Architekten und Bauherren zu Erfordernissen der Barrierefreiheit, Kontrolle der Einhaltung der DIN 18024 und DIN 18025 "Barrierefreies Bauen", Durchsetzung der „Brandenburgischen Bauordnung“, Erarbeitung von baurechtlichen Stellungnahmen an das Sachgebiet Planung des Amtes für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz und Vor-Ort-Besichtigungen mit der Bauaufsicht bzw. den zuständigen Architekten und Bauherren/Bürgermeistern;
- Stellungnahmen zu Förderanträgen von Gemeinden für Investitionen im öffentlichen Personenverkehr für das Land Brandenburg;
- Öffentlichkeitsarbeit; Vorbereitung von Reden und Grußworten für Veranstaltungen sowie deren Organisation; in Zusammenarbeit mit der Pressestelle Weitergabe von Informationen an öffentliche Medien sowie Organisation von Presseterminen; Auftreten bei öffentlichen Veranstaltungen im Behinderten- und Seniorenbereich;
- Abschluss von Sponsoringverträgen, Kontrolle und ordnungsgemäße Abrechnung;
- Pflege von regelmäßigen Kontakten zu den Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen bzw. Seniorenbeiräten des Landkreises;
- Lenken und Leiten des Kreisbehindertenbeirates sowie Mitarbeit im Kreissenorenbeirat, Einladen von Dozenten und Gastrednern;
- Erarbeiten von Auszeichnungsvorschlägen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene;
- Mitglied des Nahverkehrsbeirates (keine Vergabe von Fördermitteln durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung an den ÖPNV des Landkreises ohne Stellungnahme der Behindertenbeauftragten);
- Teilnahme an Sitzungen der Kleinen Liga (Wohlfahrtsverbände des Landkreises) sowie an Sitzungen des Sozialhilfeausschusses bei tangierenden Themen;
- Beratung und Betreuung von Oberstufen-Schülern, z. B. Heilerzieher in Ausbildung, bei der Gestaltung von Projekten zur Arbeit mit Menschen mit Behinderung;
- Unterstützung der Kontakte zum polnischen Behindertenverband „PROMYK“;
- monatliches Arbeitsgespräch und regelmäßige Kontakte mit dem Integrationsfachdienst des Arbeitsagenturbereiches Potsdam zur Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben;
- Einflussnahme auf den barrierefreien Tourismus an der Flaeming-Skate, z.B. Stationierung von drei Rollfiets und eines Handbikes für Rollstuhlfahrer bzw. für Menschen mit Handicap zum Ausleihen;
- Sponsorsuche für den Bau einer Behindertentoilette an der Flaeming-Skate (es konnten 10.000 € Sponsorengelder gesammelt werden);
- enge Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern in den Behinderten-Werkstätten, Bereinigung von Konflikten zwischen Eltern, Werkstattmitarbeitern und der Leitung der Behindertenwerkstatt.

Unter Federführung der Behinderten- und Seniorenbeauftragten fanden folgende Höhepunkte im Landkreis Teltow-Fläming statt:

- Am 8. Oktober wurde zum 4. Mal der „Tag der Altenpflege“ begangen. Aus den verschiedensten Pflegeeinrichtungen des Landkreises konnten

26 Altenpflegerinnen in einem würdevollen Rahmen ausgezeichnet werden.

- Am 9. Juni fand die zentrale Festveranstaltung des Landkreises anlässlich der „15. Brandenburgischen Seniorenwoche“ in Ludwigsfelde mit ca. 300 Teilnehmern statt. Hier wurden 15 Senioren und Seniorinnen für ihr außergewöhnliches Engagement ausgezeichnet.
- Unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – heute und morgen“ fand vom 9. bis 15. Juni die Seniorenwoche mit vielen Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden statt. Die Kommunen erhielten vom Land insgesamt 3.273 € Unterstützung.
- Das 8. Behinderten- und Skaterfest wurde am 7. September in Kolzenburg gefeiert.
- Auf Initiative der Seniorenbeauftragten konnte in Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund der Seniorensport weiter ausgebaut und ein zusätzliches Angebot geschaffen werden. Das erste Kreisseniorensportfest fand am 15. Juni im Natursportpark Mahlow statt.
- Des Weiteren initiierte die Seniorenbeauftragte eine monatlich stattfindende Seniorentanzveranstaltung im „Lindencafe“ Luckenwalde.

Unter Mitwirkung des Kreissenioresenbeirates und der Seniorenbeauftragten konnten die seniorenpolitischen Leitlinien des Landkreises Teltow-Fläming verabschiedet werden. Mit den darin aufgezeigten Handlungsfeldern soll im Landkreis eine einheitliche Qualität der Seniorenpolitik erreicht werden. Die Seniorenbeauftragte trat vor Unternehmen der Region auf, um zu vermitteln, dass die größer werdende Anzahl der älteren Menschen auch eine Chance für die Unternehmen darstellen können, und wie darauf zu reagieren ist.

Die Gemeinden und Städte wurden von Seiten des Landkreises für ihre Seniorenarbeit mit 17.500 € unterstützt.

Senioren im Landkreis Teltow-Fläming (Stand: 31.12.2008)

	gesamt	in Prozent	männlich	weiblich
Einwohnerzahl Landkreis Teltow-Fläming	161.681	100 %	80.290	81.391
davon 60 bis 106 Jahre	41.157	25,5 %	17.874	23.283
davon 65 bis 106 Jahre	33.432	21 %	14.069	19.363

Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgaben der Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie unter anderem Beruf und Familie, Bildung und Ausbildung, soziale Sicherheit und öffentliches Leben, erfassen. Durch den Personalwechsel der Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragten war das Jahr dadurch geprägt, bereits vorhandene Strukturen in den unterschiedlichsten Bereichen des Landkreises kennenzulernen, die für die Zusammenarbeit notwendigen Kontakte zu knüpfen und den Aufgabenbereich für die Zukunft abzustecken.

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist nach wie vor in fast allen gesellschaftlichen Bereichen keine Selbstverständlichkeit. Vor allem, wenn es darum geht, für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu bekommen, bei gleicher Qualifizierung einen gleichgestellten Arbeitsplatz einzunehmen, Frauen in Führungspositionen zu berufen und vor allem die soziale Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Dies sind nur einige wenige Punkte, die das Tätigkeitsfeld der Gleichstellung darstellen. In Zukunft wird es darum gehen müssen, vorhandene Netzwerke weiter auszubauen und die Menschen dazu zu befähigen, motiviert und selbstbestimmt ihren Alltag zu meistern.

Mit dem Motto „FrauenStärken leben – mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ wurde die diesjährige 18. Brandenburgische Frauenwoche ausgerufen. Dazu fand am 6. März in Potsdam eine zentrale Auftaktveranstaltung unter der Schirmherrschaft von Ministerin Dagmar Ziegler statt. Im Landkreis ist es bereits zur Tradition geworden, durch eine Vielzahl von Veranstaltungen in der Frauenwoche, die sich inzwischen zum Frauenmärz ausgeweitet haben, auf aktuelle Themen hinzuweisen. Die Kommunalwahlen standen dieses Mal dabei im Mittelpunkt. Es war festzustellen, dass sich die Frauen in den Kommunen mit großem Engagement - meist ehrenamtlich, aber sehr viel weniger politisch - in das kommunale Geschehen einbringen.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Dazu fanden in diesem Jahr gemeinsam mit der Opferschutzbeauftragten des Schutzbereiches, den Leiterinnen der Frauenhäuser und den Organisationen, die sich um die Opferhilfe bemühen, Informationsveranstaltungen zum Thema Stalking statt. Zur häuslichen Gewalt wurde eine Veranstaltungsreihe für Multiplikatoren organisiert und durchgeführt. Höhepunkt war der Aktionstag „Gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied im Regionalbudget. Sie ist Ansprechpartnerin bei der Auswahl von Initiativen und Projekten.

Durch die Gründung einer Arbeitsgruppe „Gegen Rechtsextremismus“ wurde mit der Aufklärung der Bevölkerung zu Parteien, Netzwerken und Strukturen des Rechtsextremismus in Teltow-Fläming begonnen. Auf Grund der erfolgten Resonanz ist festzustellen, dass hier unbedingt weitere Informationsveranstaltungen im Landkreis folgen müssen. Alle Bürger sind aufgerufen, sich aktiv für die Demokratie einzubringen, um rechtsextreme Handlungen bereits im Keim zu ersticken. In allen Kommunen des Landkreises sollten Multiplikatoren benannt werden, die sich mit der Thematik auskennen und gleichzeitig Ansprechpartner für interessierte Bürger sein können. Auch sollen die Multiplikatoren Bindeglied zur Arbeitsgruppe sein. Je höher das bürgerliche Engagement vor Ort ist, desto weniger Chancen haben rechtsextremistische Gruppierungen.

2008 war das Jahr des Interkulturellen Dialogs. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, die die Integration aller in Deutschland lebenden Menschen zum Ziel hatten. Einer der Höhepunkte war das Ludwigsfelder Brückenfest. Dieses multikulturelle Fest ist im Landkreis bereits zu einem jährlich feststehenden Termin geworden. Auch in Luckenwalde wurde mit dem Kiezfest der interkulturelle Dialog gepflegt.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 161.681 Menschen aus ca. 100 verschiedenen Nationen. Davon sind 81.391 weiblichen Geschlechts. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt 1,5 %. Davon sind 188 Flüchtlinge und 2.272 ausländische Bürger. Eine Aussage dazu, wie viele Menschen im Landkreis mit einem Migrationshintergrund leben, kann nicht getroffen werden, da dazu keine statistischen Erhebungen vorliegen.

Im Bereich Ludwigsfelde existiert ein gut miteinander vernetzter Arbeitskreis Integration. Örtliche Vereine, Träger und Institutionen arbeiten auf der Grundlage eines Integrationskonzeptes. Im Luckenwalder Bereich ist in diesem Jahr ebenfalls ein Arbeitskreis Integration ins Leben gerufen worden. Das Konzept wird derzeit erarbeitet.

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es seit August nur noch ein Asylbewerberheim in Luckenwalde. Dort leben derzeit 166 Personen; davon sind 12 Kinder unter 16 Jahre, 31 Frauen und 123 Männer. Es leben ca. 26 Nationen unter einem Dach. Die Bewohner des Heimes müssen sich meistens mit zwei oder drei anderen Personen ein Zimmer teilen. Es ist leider nicht immer möglich, gleiche Nationalitäten in einem Zimmer unterzubringen. Da viele von ihnen bereits seit mehreren Jahren im Heim leben, gibt es mitunter auch Spannungen zwischen den Bewohnern.

Gesetzlich ist es für diese Menschen nicht möglich, solange sie sich im Asylverfahren befinden, an den kostenlosen Angeboten von Sprachkursen, wie sie für MigrantInnen angeboten werden, teilzunehmen. Damit ist ihnen auch der Kontakt zur Bevölkerung verwehrt. Die Asylbewerber dürfen den Landkreis nicht verlassen und eine Ausbildung oder Arbeitsaufnahme ist ihnen nicht gestattet. Oft leben Asylbewerber mehr als vier bis sechs Jahre mit einer Duldung im Heim und sind weit entfernt von allen Integrationsmöglichkeiten. Problematisch ist dabei z.B., dass Kinder in Deutschland der Schulpflicht unterliegen und in der Schule auf Deutsch unterrichtet werden. Dies stellt für die Kinder selten ein größeres Problem dar. Aber die Eltern können mit der Schule nicht in Kontakt treten, weil sie die Sprache nicht beherrschen. Geld für einen privaten Sprachkurs ist in den seltensten Fällen vorhanden. Hier könnte durch politische Willensbildung eine Lösung für die Menschen geschaffen werden, denn ohne Sprachkenntnisse ist eine Integration nicht möglich.

Pressestelle

Die Aufgaben der Pressestelle umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Europa-beauftragten im Büro des Landrates, die eng mit der Pressestelle zusammenarbeitet.

➤ **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Pressestelle ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Im Rahmen der Pressearbeit pflegen die Mitarbeiterinnen enge Kontakte zu den regionalen und überregionalen Medien.

Presseinformationen werden – abhängig von der Zielgruppe – regelmäßig an die lokalen und überregionalen Medien sowie die im Landkreis erscheinenden Amtsblätter und an die Internetredaktionen versendet. Dazu wurde der qualifizierte, themenspezifische Medienverteiler ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die Presseinformationen der Kreisverwaltung (2008: mehr als 300 Stück) resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig durch die Mitarbeiterinnen der Pressestelle erarbeitet. Anhand des täglichen Pressespiegels kann eingeschätzt werden, dass dieser Service bei den Medien große Resonanz findet. Darüber hinaus wurden 26 Pressemitteilungen zum Themenkomplex Flaeming-Skate[®] herausgegeben.

Selbstverständlich organisierte die Pressestelle auch Pressetermine und -gespräche zu den unterschiedlichsten Themen. Auch dieses Angebot nahmen die Journalisten rege an.

Die Pressestelle gab ca. 25 Ausschreibungen in Auftrag. Sie wurden im Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg, der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es im vorigen Jahr 44 Ausgaben.

2008 wurden von der Pressestelle mehr als 100 Grußworte, Reden, Laudationes und Präsentationen für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbegriffen sind zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie für die Beantwortung von Bürgeranfragen.

Die Pressestelle hat bereits 2007 in Zusammenarbeit mit der SWFG einen neuen Landkreis-Flyer erarbeitet und sorgte dafür, dass das Material seit 2008 auch in englischer und polnischer Sprache vorliegt. Darüber hinaus erhielten die Ämter der Verwaltung fachliche Begleitung bei der Erarbeitung unterschiedlichster Publikationen. Außerdem wurde die Erarbeitung der neuen Landkreis-Broschüre des DAKAPO-Verlages von der Pressestelle unterstützt.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle organisierten zahlreiche Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung. Dabei wurden sie von Mitarbeitern des Amtes für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur unterstützt. Hauptsächlich wurden Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen, aber auch Seniorengruppen mit der Kreisverwaltung bekannt gemacht.

➤ Online-Redaktion

Zwei der drei Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind u. a. als Online-Redakteurinnen tätig. Ihnen obliegt die Betreuung und der Ausbau des Internetauftritts www.teltow-flaeming.de. Folgende Zugriffszahlen verdeutlichen Akzeptanz und Nutzung der Homepage:

Statistik www.teltow-flaeming.de

	2005 (Februar - Dezember)	2006	2007	2008
Besuche gesamt	85.012	150.847	308.584	321.300
Monatsdurchschnitt Besuche	7.085	12.570	25.715	26.775
Tagesdurchschnitt Besuche	258	769	846	880
aufgerufene Seiten gesamt	1.008.192	2.342.662	3.951.947	4.298.127
Maximum Besuche	September 2005: 9.741	März 2006 17.098	März 2007 31.455	April 2008: 43.202
Minimum Besuche	Februar 2005: 2.854	August 2006: 7.842	Dezember 2007: 18.467	Dezember 2008: 17.658

zu beachten:

- die Zahlen enthalten auch die Anfragen von Suchmaschinen
- die Zahlen können außerdem geringfügig von der Realität abweichen, weil die Kreisverwaltung selbst als nur ein Rechner erfasst wird

Die Redakteurinnen pflegten außerdem den Internetauftritt der Flaeming-Skate® www.flaeming-skate.de (151.580 Zugriffe im Jahr 2008).

Auf allen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Berichte eingestellt, so dass sie neben der Funktion als Nachschlagewerk oder Dienstleistungsserver mit rund 1.000 eingetragenen Dienstleistungen auch die Eigenschaft einer Online-Zeitung haben. Auf der Homepage des Landkreises TF wurden knapp 1000 Berichte recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2008 mehr als 5000 Berichte.

Obwohl die Homepage www.flaeming-skate.de eher saisonabhängig ist, wurden mehr als 130 Berichte veröffentlicht. Mit einem Newsletter werden rund 3.600 Abonnenten auch im Winter auf dem Laufenden gehalten.

Die Ämter der Kreisverwaltung wurden bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de für die Darstellung spezieller Themen, z.B. Netzwerk Kinderschutz und Boden-Geo-Pfad unterstützt.

Für die Mitarbeiter im Hause wurde eine Intranet-Zusammenfassung des aktuellen Presseauschnittdienstes entwickelt. Jeder Mitarbeiter kann sich so über die Darstellung der Arbeit der Verwaltung in den Medien informieren. Der Intranet-Pressespiegel verfügt über eine Archivfunktion, die die Suche nach Beiträgen aus der Vergangenheit ermöglicht. Aus Gründen des Urheberrechts werden nicht die Presseauschnitte, sondern nur eine inhaltliche Zusammenfassung veröffentlicht. Die Beiträge selbst sind im Kreisarchiv zu finden.

Des Weiteren betreuten die Redakteurinnen die Internetredakteure in den Ämtern und setzten ihre Bemühungen im Kampf gegen „Amtsdeutsch“ bzw. schlechtes Deutsch fort. Neben regelmäßigen Publikationen im Intranet gab es auch eine Schulung für die Mitarbeiter der Gemeinde Niedergörsdorf.

Die Online-Redaktion beschäftigte sich außerdem mit der Entwicklung eines einheitlichen Erscheinungsbilds der Verwaltung nach innen und außen, das in einem Corporate-Design-Handbuch festgeschrieben und allen Mitarbeitern zugänglich gemacht werden soll. Dabei handelt es sich um einen längeren Prozess, der 2009 seine Fortsetzung finden wird. Dennoch wurden erste Publikationen nach den bereits erarbeiteten Teilrichtlinien produziert (Programm der Landwirtschaftsschule TF, Seniorenpolitische Leitlinien u. a. m.).

➤ **Organisation von Veranstaltungen und Messen**

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur und den jeweiligen Fachämtern –

das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis

- Neujahrsempfang zum Thema „Bildung in Teltow-Fläming“ mit begleitender Ausstellung im Kreistagssaal und Verleihung der „Teltow-Fläming-Preise“
- Vorbereitung und Durchführung des 1. Fotowettbewerbes „Landkreis Teltow-Fläming – hier lässt sich's leben, hier bin ich gern“
- Übergabe der Denkmalpflegepreise im Ortsteil Kummersdorf-Gut der Gemeinde Am Mellensee
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“

die Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen

- Arbeitsbesuch des Ministers für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg Holger Rupprecht
- Besuch einer niederländischen Delegation (Wissenschaftler aus dem Bereich ländliche Entwicklung)
- Kreisreise des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck
- Regionalbesuch des Bundespräsidenten Horst Köhler im Land Brandenburg
- Informationsbesuche der Verwaltungsleitung in den Städten Baruth/Mark und Luckenwalde

die Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen

- Internationale Grüne Woche in Berlin

- ITB Internationale Tourismusbörse in Berlin
- Vize-Meisterschaftsfeier der Luckenwalder Ringer
- Messen VITAL Frühjahr und Herbst in Berlin (Präsentation Flaeming-Skate)
- Internationale Luftfahrtausstellung ILA in Berlin-Schönefeld (Präsentation Flugplatz Schönhagen)
- Fläming-Frühlingsfest in Kloster Lehnin
- BBI-Sommertour durch Brandenburg
- Eröffnung der Radrouten durch den Teltow-Park im Schloss Diedersdorf
- Eröffnung des Boden-Geo-Pfades in Sperenberg
- Brandenburg-Tag in Königs Wusterhausen
- 8. Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg
- Kreiserntefest in Dahme/Mark
- Wahlparty zu den Kommunalwahlen
- Veranstaltung „Arbeiten und Leben rund um BBI“ in der airportworld Berlin-Schönefeld
- 6. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen, insbesondere im touristischen Bereich, und im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt. Weiterhin nahm eine Mitarbeiterin regelmäßig an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Flaeming-Skate beim Landrat teil. Seitens der Pressestelle wird für diese Arbeitsgruppe das Protokoll erstellt.

Eine Mitarbeiterin der Pressestelle ist regelmäßig als Übersetzerin und Dolmetscherin, vorrangig für die polnische Sprache, tätig. In diesem Jahr stand ein trilaterales Projekt der SWFG mit Partnern aus Polen und Ungarn im Mittelpunkt. Zahlreiche Gespräche und Treffen waren vor- und nachzubereiten bzw. zu begleiten. Außerdem koordiniert die Mitarbeiterin den fremdsprachlichen Auftritt der Internetseiten www.teltow-flaeming.de und www.flaeming-skate.de sowie der Publikationen des Landkreises und der Flaeming-Skate GmbH.

➤ **Partnerschaftliche Beziehungen**

Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zum polnischen Landkreis Gniezno besuchte im Mai eine Delegation aus Gniezno unseren Landkreis. Thema war die Abfallbeseitigung im Landkreis Teltow-Fläming. Die polnischen Gäste besichtigten die Deponie in Luckenwalde einschließlich der Entgasungsanlage und den Recyclinghof sowie die Betriebsstätten in Niederlehme.

Zu einem weiteren Erfahrungsaustausch auf wirtschaftlichem Gebiet weilten polnische Abgeordnete zu einem Kurzbesuch im Landkreis. Während einer Rundfahrt stellte der Geschäftsführer der SWFG den Preußenpark und Brandenburg Park sowie die Industrieparks von Ludwigsfelde vor. Des Weiteren standen der Luftfahrttechnologiepark und der Flugplatz Schönhagen sowie das Holzkompetenzzentrum Baruth mit auf dem Besuchsprogramm.

Wie bereits im vergangenen Jahr nahmen Vertreter aus dem ungarischen Partnerkomitat und dem polnischen Partnerkreis Gniezno an den Wirtschaftstagen Teltow-Fläming und an dem Kolloquium der SWFG teil. Die Gäste besuchten unter anderem während ihres Aufenthaltes zwei Preisträger des Wettbewerbs „Teltow-Fläming Innovativ“.

Zu einem sportlichen Höhepunkt hatte der Luckenwalder Handballverein im Juni die polnischen Sportler eingeladen. Es fand ein Sie-und-Er-Turnier statt, an dem die Frauenhandballmannschaft vom MKS MOS Gniezno teilnahm.

Gegenseitige Besuche, wie beispielsweise zum Kreisfeuerwehrball und die Teilnahme an Wettkämpfen der Feuerwehren, sind bereits zu einer guten Tradition geworden. In Gniezno wurde im Oktober eine modernisierte und erweiterte Feuerwehrwache ihrer Bestimmung übergeben.

Besonders intensiv gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Behindertenverbänden Dahme, Jüterbog und Promyk (Gniezno). Der Landkreis unterstützte diese Begegnungen.

Einen finanziellen Beitrag leistete der Landkreis zur Unterstützung des eTwinning-Sprachprojektes des Gymnasiums Luckenwalde.

Zu einem ganz besonders schönen Höhepunkt der Zusammenarbeit mit dem ungarischen Partnerkomitat entwickelte sich der Besuch der ungarischen Partnermusikschule „Adam Jenő“ aus Szolnok vom 2. – 6. Juli im Landkreis. Auf dem Besuchsprogramm standen gemeinsame Konzerte und Fahrten in die nähere Umgebung sowie nach Potsdam und Berlin.

Dezernat I

Amt für Finanzen und Personal

1. Sachgebiet Finanzen

Am 18. Februar wurde die Haushaltssatzung 2008 durch den Kreistag verabschiedet. Der Haushaltsplan 2008 wurde mit einem Gesamtvolumen von 190.565.000 € unausgeglichen aufgestellt. Es ergab sich ein Fehlbedarf in Höhe von 9.819.000 €. Bei dem ausgewiesenen Fehlbedarf handelt es sich ausschließlich um den Fehlbetrag aus der Jahresrechnung 2007. Im Haushalt 2008 gibt es kein strukturelles Defizit.

Die Unterlagen zur Haushaltsgenehmigung wurden am 17.03.2008 dem Ministerium des Innern übergeben. Mit Schreiben vom 16.06.2008 erteilte das Ministerium des Innern dem Landkreis die Genehmigung. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 war mit Auflagen verbunden.

Folgende Baumaßnahmen mit Förderung durch das Land Brandenburg waren im Vermögenshaushalt eingeplant:

- Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsbetrieb für Schulen)
- Ausbau Kreisstraßen/Brücken
- Netzergänzung Flaeming-Skate
- Radwegekonzept
- übriger ÖPNV
- Baumaßnahmen Feuerschutz

Im Januar wurde die Jahresrechnung 2007 durch die Kämmererei aufgestellt und vom Landrat festgestellt. Der Verwaltungshaushalt wurde mit einem Fehlbetrag in Höhe von 15.156.624,55 € unausgeglichen und der Vermögenshaushalt ausgeglichen abgeschlossen. In diesem Betrag ist der vorgetragene Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 14.283.300 € enthalten. Das geplante strukturelle Defizit für 2007 in Höhe von 7.375.400 € wurde somit mit einem Betrag in Höhe von 873.371 € festgestellt und stellt eine enorme Haushaltsverbesserung dar.

Der Bestand der allgemeinen Rücklage erhöhte sich um 4.888.800 € und beträgt nun 5.157.500 €. Die Zuführung zur allgemeinen Rücklage erfolgte aus dem Verkaufserlös Tempelhofer Hafen und dient der Finanzierung der B 101.

Die Gesamtverschuldung des Landkreises Teltow-Fläming betrug zu Beginn des Haushaltsjahres 22.504.300 €.

In der Haushaltsdurchführung wurde der in der Haushaltssatzung beschlossene Kassenkredit ständig in Anspruch genommen, wobei sich die durchschnittliche Inanspruchnahme zum Vorjahr verringert hat.

2. Sachgebiet Finanzen/Aufgabenbereich Vollstreckung

Die bisher geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag von 985,15 € hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. In den meisten Vollstreckungsfällen kann bei den Schuldnern meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden, da ein pfändbarer Betrag nicht vorhanden ist. Die Möglichkeit der Ratenzahlung nehmen immer mehr Schuldner in Anspruch. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Anträge weiter gestiegen.

Nach Einführung des Gesetzes über die Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei rückständigen Gebühren und Auslagen konnten diverse Forderungen, bei denen die Vollstreckung erfolglos blieb, eingenommen werden.

Als eine neue und wirkungsvolle Maßnahme erweist sich die Zwangssicherungshypothek. In diesem Jahr erfolgten 23 Androhungen zur Eintragung einer Sicherungshypothek im Grundbuch von jahrelangen Gebührenschuldern. Daraufhin konnten vier Fälle durch Zahlung abgeschlossen werden; in weiteren sieben Fällen wurde Ratenzahlung vereinbart. Im Zwangsvollstreckungsverfahren wurden zur Sicherung von Forderungen zwei Sicherungshypotheken zu Gunsten des Landkreises Teltow-Fläming gegenüber Grundstückseigentümern eingetragen.

Die Anzahl der Androhungen des Ventilwächters war im Erhebungsjahr stark rückläufig, da die Vielzahl der Schuldner nicht in Besitz eines Fahrzeuges war. Der Einsatz der Ventilwächter wurde 44 Mal angedroht. In 12 Fällen kam es zur Zahlung; für neun weitere Fälle konnten Ratenvereinbarungen geschlossen werden. Das tatsächliche Anbringen des Ventilwächters gestaltet sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben schwierig. So konnte in zwei Fällen der Ventilwächter nicht angelegt werden, da die Fahrzeuge auf privaten und abgeschlossenen Grundstücken abgestellt waren.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Privatrechtliche Forderungen	2008
Neuzugänge	63
Erledigung durch Zahlung	16
Abgang wegen erfolgloser Beitreibung	12

	2008 <i>Stand 30.09.2008</i>		2007		2006	
	Fälle	€	Fälle	€	Fälle	€
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	3.549	570.847,99	5.966	1.115.161,97	5.444	1.207.860,98
Beigetriebene Forderungen	2.499	348.178,92	2.840	475.808,66	2.478	412.170,96
Niederschlagungen	3.005	714.866,95	2.709	569.434,59	2.625	635.494,09
Amtshilfeersuchen	2.970		1.912		1.415	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	5.016		5.397		5.868	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	7.969		8.595		k. A.	

Schuldner belegen immer wieder ihre Zahlungsunfähigkeit, so dass der einzige Ausweg für sie das Insolvenzverfahren ist. Bevor dieses jedoch eröffnet werden kann, muss ein außergerichtlicher Einigungsversuch im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens durchgeführt werden. Zu diesen Vergleichen erfolgten 44 Forderungsaufstellungen. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne gab es 16 Zustimmungen und zehn Ablehnungen, drei Vergleiche kamen zustande.

Nach dem Scheitern fast aller außergerichtlichen Vergleiche wurden zu insgesamt 52 Insolvenzverfahren Forderungen des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre und es ist mit Zahlungseingängen unter einem Prozent zu rechnen.

3. Sachgebiet Personal

Beschäftigte in der Kreisverwaltung:

	31.12.2007	31.12.2008
Beamte	106	104
Beschäftigte	725	723
Auszubildende (Azubi)	26	22
Zivildienstleistende	10	10

Es schieden insgesamt 23 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich u. a. wie folgt dar:

- durch Auflösungsvertrag 7 Beschäftigte
- Übertritt in die Altersrente 4 Beschäftigte
- Beendigung von Altersteilzeit 8 Beschäftigte
- Ende der befristeten Tätigkeit 1 Beschäftigter
- Kündigung des Arbeitnehmers 3 Beschäftigte

Im Rahmen von notwendigen Stellenbesetzungsverfahren wurden 20 Stellen extern ausgeschrieben. Für die jeweiligen Bewerbungsverfahren sind insgesamt 125 Bewerbungen eingegangen. Des Weiteren waren im Laufe des Jahres 31 Initiativbewerbungen zu verzeichnen. Es wurden 14 befristete und sechs unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten beendeten sechs Azubi und zwei Azubi zum Vermessungstechniker. Die Übernahme erfolgte befristet.

Derzeit sind 31 Beschäftigte mit ihren Stellen aus den Fachämtern herausgelöst und der „ARGE“ bis zum 31.12.2014 zur Arbeitsleistung zugewiesen.

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 59 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,13 %.

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Es bestehen derzeit 143 Teilzeitarbeitsverhältnisse für einen befristeten Zeitraum bzw. erfolgte für bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse eine Verlängerung.

Zurzeit befinden sich 79 Beschäftigte in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 35 in der Ruhephase befinden. Für sieben Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitsuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. 2008 wechselten in die Ruhephase der Altersteilzeit drei Mitarbeiter. In sieben Fällen erfolgte keine Wiederbesetzung. Diese Stellen sind mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers weggefallen.

Die Kreisverwaltung stellte acht Ausbildungsplätze für die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und einen Ausbildungsplatz für die Ausbildung zum Vermessungstechniker zur Verfügung. Aus den insgesamt 115 Bewerbungen konnten neun Jugendliche ausgewählt und Ausbildungsverträge geschlossen werden. Darüber hinaus wurde fünf Schülern sowie 38 Studenten ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt.

➤ *Aufgabenbereich Organisation*

Die Arbeit war geprägt durch die Entwicklung von Produkten, Aufgaben zur Vorbereitung der Einführung des Leistungsentgelts, Aktualisierung von innerbetrieblichen Regelungen sowie Stellenüberprüfungen u.a. aufgrund von Überlastungsanzeigen, Aktualisierung von Stellenbeschreibungen und Prüfung von Eingruppierungen.

Es wurde weiter daran gearbeitet, verlässliche Informationen zum Stellenbedarf zu erhalten, so durch die Arbeit in Vergleichsringen, Teilnahme und Nutzung von Umfragen, Auswertung von externen Datenquellen, Nutzung von externer Unterstützung zur Aufgabenanalyse im Amt für Jugend und Soziales und Entwicklung von eigenen Stellenbemessungsverfahren.

Der 2003 ins Leben gerufene Vergleichsring „Personalmanagement“, an dem sich neben dem Landkreis Teltow-Fläming weitere sieben brandenburgische Landkreise sowie die vier kreisfreien Städte beteiligten, wurde fortgeführt. Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit bildeten die Vergleiche der gemeinsam erarbeiteten Produkte „Personalverwaltung“, „Personalentwicklung“ sowie „Personalorganisation“.

Der Landkreis Teltow-Fläming beendete die Mitwirkung innerhalb dieser Vergleichsringarbeit. Die bisher gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse wirkten sich u. a. dahin gehend aus, dass im Sachgebiet Personal für den Bereich Bezügeberechnung insgesamt zwei Stellen abgebaut werden konnten und eine weitere Stelle mit einem kw-Vermerk ausgewiesen ist. Diese Veränderungen waren aber auch dem Umstand geschuldet, dass die Berechnung und Zahlbarmachung von Kindergeldansprüchen durch die Landesfamilienkassen übernommen wurde.

Aus der Vergleichsringarbeit heraus wurden aber auch weitere Verbesserungsideen betrachtet. So wird es künftige Aufgabe sein, das Gesundheitsmanagement für die Beschäftigten des Landkreises weiter auf- bzw. qualitativ auszubauen.

Mit Einführung des Neuen Steuerungsmodells in den Verwaltungen wird auch die Leistungserbringung der Umweltämter hinterfragt. Auf Initiative des Landkreistages wurde ein Vergleichsring der Umweltbehörden der Landkreise in Brandenburg ins Leben gerufen. Für den Vergleichsring Umweltschutz konnte im Mai dieses Jahres der Abschlussbericht von der KGSt vorgelegt werden. Ergebnis war eine detaillierte Aufgabenaufstellung für die Bereiche Abfall, Boden-, Gewässer- und Naturschutz. Damit gibt es erstmals eine Grundlage für eine Vergleichbarkeit der Arbeit der Umweltbereiche im Land Brandenburg.

Der Stand im Landkreis Teltow-Fläming stellt sich in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich dar. Zum einen wurde eine gute fachliche Qualität und aufgabengerechte Struktur bestätigt und zum anderen wurde bei zu erfüllenden Aufgaben ein Handlungsbedarf aufgezeigt. Abgeleitete Stellenreduzierungen können durch nicht wieder besetzte Stellen nach altersbedingtem Ausscheiden der Stelleninhaber realisiert werden.

Seit Anfang 2007 beteiligt sich der Landkreis am Vergleichsring Jugendhilfe. Ziel des Projektes ist ein Kennzahlenvergleich im Bereich der Hilfen zur Erziehung, um im Ergebnis die Steuerungsmöglichkeiten des Jugendamtes zu verbessern. Nach Definierung der Kennzahlen wurden für die Jahre 2006 und 2007 die Grunddaten erfasst. Seitens der KGSt werden derzeit die Daten ausgewertet und der Abschlussbericht erarbeitet. Weiterhin erfolgt in der Vergleichsringarbeit auch ein Austausch zu verschiedenen Fachthemen.

In den Bereichen der öffentlichen Verwaltung muss mit immer knapper werdenden Mitteln das bestmögliche Ergebnis erzielt werden. Dies trifft auch das Amt für Jugend und Soziales, deren hoher Kostenanteil immer wieder in der Diskussion steht, zu. Dem steht die Erfüllung von fachlich begründeten Leistungsstandards mit ihren zunehmend komplexen und schwierigen Aufgabenfeldern sowie vielfältigen gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen gegenüber. Vor diesem Hintergrund wurde ein externes Beratungsunternehmen beauftragt, im Amt für Jugend und Soziales Optimierungs- und Konsolidierungspotenziale zu identifizieren und die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung dieser aufzuzeigen.

Nach Durchführung von Workshops zur Aufgabenanalyse in sämtlichen Fachbereichen, werden gegenwärtig die Teilentwürfe zum Abschlussbericht geprüft. Danach erfolgt eine intensive Analyse der Untersuchungsergebnisse und Auswertung in den einzelnen Bereichen.

Der Bereich Organisation war verantwortlich für das Teilprojekt Produktbildung im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Die gebildete Projektgruppe entwickelte gemeinsam mit den Produktverantwortlichen ca. 450 Kennzahlen, welche Bestandteil der Produktbeschreibungen und damit des Kreishaushaltes sind. Die Produktanzahl wurde von 100 auf vorerst 105 erweitert.

Die Projektgruppe Leistungsentgelte hat entsprechend ihres Auftrages im Mai des Jahres eine Dienstvereinbarung fertig gestellt. Die Verhandlungen mit dem Personalrat sind noch nicht abgeschlossen.

Der Stellenplan des Landkreises Teltow-Fläming weist insgesamt 800,94 Stellen (in Vollzeiteinheiten) aus, davon 106,00 Stellen für Beamte und 694,94 Stellen für tariflich Beschäftigte. Somit konnte auch im Jahr 2008 der Gesamtstellenbedarf weiter reduziert werden. Gegenüber dem Vorjahr konnten 10,09 Stellen abgebaut werden.

Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur

1. Sachgebiet Zentralverwaltung und Versicherungen

➤ *Zentralverwaltung*

Schwerpunktaufgaben waren:

- Renovierung der Räume der Volkshochschule (Luckenwalde, Dessauer Straße) sowie der Räume in der Bibliothek (Luckenwalde, Puschkinstraße) mit eigenem Personal und Mitteln zur Erweiterung der Kapazitäten für den 2. Bildungsweg an der VHS und der Zusammenführung von Bibliothek und Bildstelle zum Kreismedienzentrum
- Vorbereitung und Umzug der Bildstelle in das Kreismedienzentrum
- Vorbereitung und Durchführung der Vergaben zur Ausstattung des Neubaus des Marie-Curie-Gymnasiums Ludwigsfelde
- Ausschreibung von Dienstfahrzeugen auf Leasingbasis, erstmaliger Einsatz von 15 Pkw mit Erdgasantrieb
- Materielle und technische Sicherstellung des Neujahrsempfangs sowie einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen im Kreistagssaal
- Mitwirkung zur organisatorisch-technischen Absicherung der Kommunalwahl
- Unterstützung von Messen und Ausstellungen

➤ *Versicherungsangelegenheiten*

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises Teltow-Fläming gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam obliegen der zuständigen Sachbearbeiterin die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretenden Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) nimmt die zuständige Sachbearbeiterin die Interessen des Landkreises Teltow-Fläming wahr. Darüber hinaus ist diese Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis Teltow-Fläming betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Vergleich zu den Vorjahren blieb es tendenziell bei gleichbleibenden Fallzahlen neu eingehender Schadenfälle. Entgegen diesem Trend entwickelte sich im Betrachtungszeitraum jedoch die Sparte Kaskoschäden, wo ein geradezu sprunghafter Anstieg von Schadenfällen zu verzeichnen ist. Dabei ist besonders augenfällig, dass hierbei der Anteil von Anfahrschäden auf Parkplätzen mit gleichzeitiger Fahrerflucht der Unfallverursacher einen zunehmenden Anteil an der Gesamtbilanz ausmacht.

Auch bei den neu anhängigen Schadenersatzklagen ist nach Jahren der Stagnation bzw. Rückläufigkeit wieder ein Anstieg der Klageerhebungen zu verzeichnen. Neben drei regulären Schadenersatzklagen wurde dieses Jahr der Landkreis bereits in zwei Fällen im Rahmen der Streitverkündung in Rechtsstreitigkeiten Dritter einbezogen, um auf diesem Wege mögliche Schadenersatzforderungen zu sichern. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum durch die Prozessgegner einer schon seit 2004 anhängigen Schadenersatzklage erstmals eine Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH erhoben, deren Fortgang noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

2. Sachgebiet ADV

Die EDV-technischen Arbeiten standen ganz im Zeichen der Vorbereitung der Umstellung auf die Doppik. So wurden die Organisation und Durchführung der Erstinventur durch die ADV unterstützt, neue zusätzliche Softwaremodule zur Bereitstellung anlagenbuchmäßig relevanter Daten in verschiedenen Fachverfahren erworben und eingeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich Softwarebeschaffung und Einführung lag im Amt Jugend und Soziales. Im Amt für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung erfolgte die Migration der vier im Einsatz befindlichen Fachverfahren auf Datenbankbasis und neuer Serverhardware sowie die Einführung eines zentralen KBA-Gateways (KBA-Kraffahrtbundesamt).

Auf dem Weg zur Einführung eines verwaltungsübergreifenden Dokumentenmanagementsystems in der Kreisverwaltung konnten mit der Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen und Veröffentlichung der Öffentlichen Ausschreibung für den Pilotbereich im Amt 36 (Führerscheinwesen und Kfz-Zulassung) erste Erfolge verbucht werden.

Im Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz wurden die Außenstellen des Sachgebietes Gesundheit mit weiterer mobiler, sonstiger EDV-Technik und Softwaremodulen ausgerüstet, um den notwendigen Datenaustausch zwischen zentralem Standort und den Außenstellen zu erleichtern und zu verbessern.

Die Einführung eines kreiseigenen Mailrelay zur Spamabwehr erleichtert die Arbeit der Mitarbeiter wesentlich. So werden derzeit ca. 99,7 % der eingehenden Mails als SPAM klassifiziert und abgewiesen. Im Bereich der Vernetzung und Informationsbereitstellung konnte in diesem Jahr der externe verschlüsselte Zugriff für berechtigte Mitarbeiter auf Mailkonten im Hause, auf das Intranet sowie das Telefonbuch der Kreisverwaltung (für Mitarbeiter in den Schulen, Außenstellen und im Bereich der ARGE) in Betrieb genommen werden.

Die Erneuerung von PC-Technik der Mitarbeiter der Kreisverwaltung konnte weiter fortgesetzt werden.

In den kreiseigenen Gymnasien wurden mit der Einrichtung speziell abgesicherter WLAN-Netze zusätzliche freie Lernbereiche zur Nutzung privater Notebooks geschaffen. Durch eine Projektgruppe, bestehend aus Schulleitung, Lehrern und dem EDV-Betreuer des Landkreises, wurde im Gymnasium Luckenwalde erstmalig ein Medienentwicklungsplan aufgestellt und zur Beantragung von Fördermitteln beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eingereicht. Weitere Medienentwicklungspläne sind in Erarbeitung.

Eine weitere Internet-Präsentation konnte für den Flugplatz Schönhagen (www.edaz.de) mittels Contentmanagementsystem der Kreisverwaltung neu erstellt und zur Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) veröffentlicht werden.

Die Kreistagswahlen wurden EDV-technisch durch die ADV abgesichert.

3. Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

➤ *Schulverwaltung*

Die wesentlichen Aufgaben waren:

- die Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von rund 6.900 Fahrschülern des Landkreises (3.248.900 € Beförderungskosten);

In der Sitzung am 17.07.2008 hat der Kreistag eine Änderung zur Satzung über die Schülerbeförderung betreffs Kostenbeteiligung der Eltern bzw. volljährigen Schüler beschlossen. Dabei wurde der im Schuljahr 2004/2005 eingeführte Eigenanteil an den gewährten Leistungen von monatlich 4,00 € bzw. 8,00 € ab dem Schuljahr 2008/2009 aufgehoben.

- die Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Ausgaben in Höhe von 2.400.100 €);
- die Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel in Höhe von 123.500 €);
- die Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse in Höhe von 37.600 €) und
- die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Grundschulen im Landkreis zur Förderung der Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen (Zuschüsse in Höhe von 24.900 €).

➤ *Kultur*

Die Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Neben der Jubiläumsausstellung zum 75. Geburtstag von Ronald Paris aus Rangsdorf gab es weitere Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik und Fotografie von Künstlern des Landkreises und darüber hinaus. Interessanter Höhepunkt war der Fotowettbewerb unter dem Motto „Landkreis Teltow-Fläming - hier lässt sich's leben, hier bin ich gern“ unter der Schirmherrschaft des Landrates. Von 897 eingesandten Fotos wurden rund 250 für eine Ausstellung ausgewählt und die besten davon prämiert.

Zur Förderung von Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte finanziell unterstützt. So u.a. eine Produktion des „theater 89“ zum Theatersommer in Altes Lager, das Brückenfest in Ludwigsfelde, das Fläming-Musik-Festival in Jüterbog und die Gründung eines Theaterjugendclubs im Kulturzentrum DAS HAUS. Außerdem fanden verschiedene Veranstaltungsprogramme, so z.B. in der Gedok-Galerie Kunstflügel, in der Galerie Packschuppen in Glashütte sowie im dortigen Museum und das Fest des Liedes (Chortreffen) Berücksichtigung bei der Förderung durch den Landkreis.

Die Veranstaltungsreihe „Theater im Kreishaus“ wurde mit dem Stück „GEHEN-BLEIBEN“, eine Bühnenfassung der Tagebücher von Victor Klemperer, fortgesetzt.

➤ *Kreismedienzentrum (Kreis- und Fahrbibliothek mit Kreisbildstelle)*

Die Kreisbildstelle zog von der Dessauer Straße in die Puschkinstraße 11 um. Die Eröffnung in den durch den Auszug der Stadtbibliothek frei gewordenen Räumen erfolgte am 11. August.

Seit Januar arbeitet die Kreisbildstelle mit dem neuen Computerprogramm „Antares“. Durch die neue Windows-Version des Programms ist es seit Sommer möglich, das Medienangebot der Kreisbildstelle im Netz zu präsentieren. Die Kunden haben nun die Möglichkeit, online zu recherchieren und zu bestellen.

Im Kreishaus fand auch in diesem Jahr der Kreisentscheid zum Vorlesewettbewerb statt, der durch die Kreis- und Fahrbibliothek organisiert wird. Am bundesweiten Wettbewerb beteiligen sich Schüler der 6. Klassen aller Schulformen. Der Kreissieger – in diesem Jahr ein Schüler aus Mellensee - tritt zum Landesentscheid an.

Zum Netz der Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis gehören 13 Bibliotheken. Vierteljährlich trifft sich die Arbeitsgruppe Öffentliche Bibliotheken Teltow-Fläming zum Erfahrungsaustausch in einer Bibliothek des Landkreises.

Von der Deutschen Literaturkonferenz wurde im Jahr 1995 der 24. Oktober zum „Tag der Bibliotheken“ ausgerufen. Bereits zum zweiten Mal beteiligten sich alle Bibliotheken des Landkreises am gemeinsamen Projekt „Lange Nacht der Bibliotheken“. Weiterhin lud die Kreis- und Fahrbibliothek mit Kreisbildstelle zu einem Tag der offenen Tür mit dem Buchillustrator Karl-Heinz Appelmann ein.

Die Fahrbibliothek fährt im vierwöchigen Rhythmus 145 Haltepunkte im Landkreis an, in denen sich keine Öffentliche Bibliothek befindet. Acht Haltepunkte befinden sich an Schulen und neun an Kindergärten. Auch Schulhorte werden angefahren. Die Kindertagesstätten werden zusätzlich zum Fahrplan einmal im Quartal mit Bücherkisten zu bestimmten aktuellen Themen versorgt. In allen Einrichtungen werden Buchlesungen, Bibliothekseinführungen und Autorenlesungen durchgeführt, ebenso werden Veranstaltungen zu bestimmten Höhepunkten angeboten. So war die Fahrbibliothek beim Herbstfest in der Grundschule Zülichendorf und anlässlich des 50. Bestehens der Kita in Zülichendorf zu Gast. In der Grundschule in Blankensee wurde im November im Rahmen der Berliner Märchentage eine Schulveranstaltung mit einer Märchenerzählerin organisiert.

➤ *Kreismusikschule*

Wie auch in den letzten Jahren konnte die Kreismusikschule wieder auf ca. 130 Veranstaltungen mit über 15.000 Besuchern zurückblicken:

- 58 Konzerte, Vorspiele oder öffentliche Probenstage in den eigenen Gebäuden, in allgemeinbildenden Schulen oder Kindergärten
- 18 Auftritte bei Veranstaltungen des Landkreises

Höhepunkte waren hier die Internationale Grüne Woche (Bigband, Trommelfieber, Popchor), der Neujahrsempfang (Trommelfieber, Keks-Orchester) und die Gastbetreuung für die Musikschule des Partnerkreises Szolnok. Weiterhin wurden zahlreiche Veranstaltungen, wie der Vorlesewettbewerb, die Eröffnung der Fotoausstellung, die Jugendmesse, das Behinderten- und Skaterfest, die Veranstaltung zur Vergabe der Denkmalpflegepreise, der Tag der Altenpflege, eine Feuerwehr-Ehrung, der Volkstrauertag und der Tag des Ehrenamtes musikalisch umrahmt.

- 47 „Fremdveranstaltungen“ (auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden, Schulen und Horten oder öffentlichen Einrichtungen)

Höhepunkte waren hier Auftritte in Brandenburg „125 Jahre Stiftung Wredowsch'se Zeichenschule, im Biotechnologiepark Luckenwalde zur Freisprechung von Gesellen, in Baruth/Mark zum Neujahrsempfang, im Erlebnishof Werder, zum Luckenwalder Turmfest, im Kulturquartier Jüterbog mit der ungarischen Partnermusikschule und in Dennewitz.

Weiterhin gehörten Auftritte in Belzig, Ziesar, Trebbin, Woltersdorf, Treuenbrietzen, Musik bei Stadtfesten, Seniorenfeiern, Kinderfesten, Schulfesten, zur Bibliothekseinweihung (Luckenwalde), zum Kieztreff, zur Sportlerehrung (Luckenwalde) und auf diversen Weihnachtsmärkten dazu.

- verschiedene Projekte mit anschließenden Konzerten
 - Körbiskrug: Probenlager des Flöten- und Gitarrenorchesters
 - Luckenwalde Stadttheater: „Die Märchenschreibstube“ (in Zusammenarbeit mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ und der Volkssolidarität)
 - Luckenwalde Stadttheater: Aufnahmen der Bigband Tent-Fools und anschließende CD-Produktion
 - Luckenwalde Stadttheater: „Ein Weihnachtslied in Prosa“ – die Weihnachtsgeschichte nach Charles Dickens (in Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität, der Volkshochschule und dem Oberstufenzentrum)
- Teilnahme von sechs Lehrkräften an der Fachgruppentagung/Weiterbildungsveranstaltung des Landesverbandes der Musikschulen e.V. in Rheinsberg zum Thema „Musikschulen ganz populär“

➤ *Volkshochschule*

Die Volkshochschule (VHS) leistete den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung mit einem flächendeckenden Bildungsangebot und weiteren bedarfsorientierten Kursen und Veranstaltungen für die Bevölkerung des Landkreises. Es wurden insgesamt 11.639 Unterrichtsstunden mit 4.214 Teilnehmern und Teilnehmerinnen in 442 Kursen durchgeführt.

Die VHS zieht erneut eine positive Bilanz, denn die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten blieb konstant und konnte in einigen Bereichen noch gesteigert werden. Spitzenreiter in der Nachfrageskala sind wie stets die Sprachen, aber auch Gesundheitskurse und kulturelle Bildung erfreuen sich großer Beliebtheit. Die berufliche Bildung verzeichnet einen leichten Zuwachs, vor allem durch die verstärkte Nachfrage nach firmenspezifischen Schulungen. Das inzwischen sehr umfangreiche Familienbildungsangebot findet regen Zuspruch bei der Zielgruppe der jungen Eltern und Familien. So wurde in diesem Jahr das Angebot der Volkshochschule um die Rubrik „Junge VHS“ erweitert, das sich speziell an die junge Bevölkerung richtet.

Es wurden erstmalig zwei Projekte in Kooperation mit Gymnasium bzw. Förderschule durchgeführt. Diese erfolgreiche Kooperation soll im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Auch der Zweite Bildungsweg zur Erlangung der Fachoberschulreife ist nach wie vor stark nachgefragt mit insgesamt ca. 100 Schülerinnen und Schülern in vier Klassen. Besonders erfreulich war es, dass zum Schuljahresende die ersten Absolventen nach zweijähriger Schulzeit mit guten Zeugnissen in die Arbeitswelt verabschiedet werden konnten.

Seit dem 1. August ist eine Änderung der Gebührensatzung in Kraft, die eine Gebührenbefreiung für Empfänger von Leistungen gemäß SGB II und XII beinhaltet. Dieser Beschluss ist von besonderer Bedeutung, denn damit ist sichergestellt, dass in unserem Landkreis niemand auf Grund seiner finanziellen Situation von Weiterbildung ausgegrenzt ist. Vom 01.08.2008 bis 31.12.2008 haben 40 Teilnehmer/-innen von der Regelung Gebrauch machen können. Bis zum 9. März 2009 waren es 78.

➤ *Museum des Teltow*

Folgende Ausstellungen und Veranstaltungen fanden im Museum des Teltow statt bzw. wurden von dort aus organisiert:

- Sonderausstellung zur Schulgeschichte rund um Zossen: „Also lautet der Beschluss, dass der Mensch was lernen muss ...“
- Sonderausstellung „Macht und Provinz. Militärgeschichte im heutigen Landkreis Teltow-Fläming - Von der Pickelhaube zur Pilotka“
Zu dieser Ausstellung ist eine Begleitpublikation erschienen. Bei dem Projekt handelt es sich um einen Beitrag zum Brandenburger Kulturlandjahr „Provinz und Metropole - Metropole und Provinz“. Die Schau ist zudem Teil des Verbundprojektes „Metropolen in der Provinz“, das vom Museumsverband des Landes Brandenburg koordiniert wird und an dem sich landesweit elf Museen beteiligen.
- Ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden in St-Gillis-Waas (Flandern), in der Heimatstube Sperenberg, im „Alten Krug“ in Zossen sowie im Bürgerhaus Dahlewitz gezeigt.
- Organisation von gut besuchten Vorträgen des Museumsleiters in der „Alten Aula“ in Blankenfelde sowie im Rahmen der 43. Zerbster Kulturfesttage
- Vorbereitung und Durchführung von zwei Weiterbildungsveranstaltungen für Ortschronisten des Landkreises Teltow-Fläming zum Schwerpunkt Arbeit in Archiven
Dazu gab es Besuche im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem sowie im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam.
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden des Landkreises
- Erarbeitung des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming

Amt für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

1. Sachgebiet Zulassung

Seit 1. September erfolgt der elektronische Abruf der Versicherungsbestätigungen, die sogenannte elektronische Versicherungsbestätigung (eVB). Vorteil für den Kunden ist, dass für die Zulassung eines Fahrzeugs keine Versicherungsbestätigung mehr benötigt wird. Lediglich die entsprechende Abrufnummer muss bei der Zulassung des Fahrzeugs mit angegeben werden. Dadurch wurde das Zulassungsverfahren wesentlich vereinfacht und durch den elektronischen Abruf der entsprechenden Daten gleichzeitig beschleunigt. Ebenso wurde eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten in der Kfz-Zulassung und im Fahrerlaubniswesen durch den Online-Anschluss zum Kraftfahrt-Bundesamt seit August erzielt. Hierbei kann jeder Sachbearbeiter die benötigten Daten direkt vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) abfordern und sofort darüber verfügen. Ein Datenaustausch über Dateien ist nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

Zum 30. Oktober wurde das Fahrerlaubnisrecht umfangreich geändert und im Ergebnis vereinfacht. Damit ist es u.a. möglich, eine abgelaufene Fahrerlaubnis auch nach mehr als zwei Jahren ohne eine erneute theoretische und praktische Prüfung wiederzuerlangen.

2. Sachgebiet Verkehr

Im Bereich Verkehrssicherheit/-lenkung haben sich durch umfangreiche Baumaßnahmen im Zuge der Trink- und Abwassererschließung wieder zahlreiche Verkehrsbeeinträchtigungen ergeben, die erfahrungsgemäß im letzten Quartal des Jahres nochmals in gesteigertem Umfang erkennbar waren.

Verschiedene straßenbauliche Maßnahmen konnten aber auch in diesem Jahr beendet werden. So sind weitere Kreisverkehre in Ludwigsfelde/Birkengrund Süd und Ernst-Thälmann-Straße/Walter-Rathenau-Straße sowie in Luckenwalde am Schieferling zwischenzeitlich in Betrieb genommen worden.

Als Besonderheit in diesem Jahr sind zwei Versuchsprojekte hervorzuheben:

1. Das Standarderprobungsgesetz des Landes Brandenburg hat auch im Landkreis Teltow-Fläming eine Änderung der Zuständigkeit für Teile von Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde gebracht. So hat die Stadt Zossen seit diesem Jahr die verkehrsrechtlichen Entscheidungen für Baustellen, Veranstaltungen und die Regelung des ruhenden Verkehrs für ihren Zuständigkeitsbereich übernommen. Ob sich die versuchsweise Regelung, die bis 2011 geführt wird, bewährt, wird durch die Landesregierung geprüft.
2. Die Stadt Luckenwalde ist für das Projekt „Shared space“ ausgewählt worden, das auch eine Herausforderung an die Straßenverkehrsbehörde stellt. In einem festgelegten Straßenabschnitt im Stadtzentrum soll durch gezielte bauliche Umgestaltungen eine massive Verkehrsberuhigung unter Wegfall jeglicher Verkehrszeichen erreicht werden. Erste Abstimmungen sind bereits erfolgt.

Zum Unfallgeschehen wurden der kreislichen Unfallkommission zwei neu gemeldete Unfallhäufungsstellen (UHS) durch die Polizei übergeben. Von den insgesamt 21 in Bearbeitung befindlichen UHS wurden 2008 vier UHS geschlossen. Seit diesem Jahr kann die Straßenverkehrsbehörde auch das Brandenburgische Expertensystem für die Analyse und Dokumentation von unfallauffälligen Streckenabschnitten (BASta-Programm) nutzen, das die

Arbeit bei der Unfallanalyse effektiver und übersichtlicher gestalten soll.

Eine Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) hinsichtlich der Freigabe von Außerortsradwegen für Mofa muss wegen der besonderen Situation in dieser Region durch das Flaeming-Skate-Netz mit Sensibilität und Weitsicht behandelt werden.

Der Erlass für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen im Land Brandenburg brachte für eine Reihe behinderter Menschen Parkerleichterungen. So wurden 63 neue Anträge für das Land Brandenburg positiv beschieden, 2007 waren es 101 Parkerleichterungen. Für die bundesweit geltenden Parkerleichterungen für außergewöhnlich Gehbehinderte konnten weitere 213 Ausnahmen genehmigt werden.

Verkehrsunfälle sind in Deutschland eine der häufigsten Ursachen für Tod und Invalidität. Auch wenn sich ein Großteil der Verkehrsteilnehmer vorschriftsmäßig verhält, kann auf die Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit nicht verzichtet werden. Angepasste Geschwindigkeit vermeidet nicht nur Unfälle, sondern auch Verkehrsstaus.

Die Mitarbeiter der Kreisverwaltung kontrollierten die zulässige Höchstgeschwindigkeit an 76 Messstellen, davon neun mit fest installierten Anlagen. Im Vorjahr waren es 82 Messstellen, wovon neun auf feste Anlagen entfielen.

63 % aller von der Kreisverwaltung Teltow-Fläming eingerichteten Messstellen unterstützten den Schutz der Schul- und Spielwegsicherung. 11 % befanden sich an Unfallschwerpunkten/Unfallhäufungslinien/-stellen, 22 % an Stellen mit besonderer Gefährdung und 4 % dienten der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (Altenheim, Krankenhaus u. a.).

Im Berichtsjahr eröffneten Mitglieder der kreislichen Verkehrsunfallkommission drei mobile Standorte. Neun Messstellen konnten geschlossen werden.

An der stationären Geschwindigkeitsmessanlage B 96 (Autobahnabfahrt Süd, Richtung Südringcenter/Groß Machnow) wurde am häufigsten die Geschwindigkeit überschritten. Die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung lag, abzüglich der Toleranz, bei 114 km/h und wurde am Standort B 96 in Zossen, Stubenrauchstraße in Richtung Dabendorf gemessen.

Wegen Verzögerungen bei der Straßendeckenerneuerung an der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) konnte der im 4. Quartal 2007 in Richtung Wünsdorf bereits begonnene Bau eines weiteren stationären Messpunktes noch nicht abgeschlossen werden. Insofern wurde dieser schützenswerte Bereich in der Nähe des Seniorenheimes lediglich mit dem mobilen Messfahrzeug abgesichert.

Am 4. September erhielten die Mitarbeiter des Teams Verkehrsordnungswidrigkeiten die neue Messtechnik M5-Radar, welche von der Firma VDS Löbau entwickelt wurde. Nach der erfolgreichen Eichung des Fahrzeuges und der Schulung von drei Mitarbeitern des Teams konnte das Fahrzeug am 9. September erstmals eingesetzt werden.

Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist somit die erste Verwaltung, die diese Messtechnik erhalten hat. Der Vorteil der Anlage ist u.a., dass ein sehr kleiner Kameraeinschub sowohl für mobile als auch für stationäre M5-Standorte genutzt werden kann. Leider konnte der bisher einzige M5-Standort an der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) für stationäre Geschwindigkeitsmessungen aus Gründen der o. g. Bauverzögerung noch nicht eröffnet werden. Die Kreisverwaltung verfügt jetzt über zwei Messfahrzeuge und ist somit in der Lage, Schwerpunktstandorte noch effektiver mit dem vorhandenen Personal abzudecken. Wegen eines Schadensfalls konnte eine stationäre Kamera an 76 Tagen nicht eingesetzt werden.

Statistik

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Fahrzeugbestand gesamt	122.715 *	123.868
davon Kräder	7.100	7.398
Pkw	87.291	87.932
Lkw	8.117	7.993
Zugmaschinen	2.724	2.629
sonstige Kfz	1.179	1.181
Kfz-Anhänger	16.149	16.587
KOM	155	148

* Mit Einführung der Zulassungsverordnung (FZV) zum 01.03.2007 hat sich auch die Bestandsstruktur verändert. So gibt es keine vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge mehr, die dem Bestand bis dahin zugerechnet wurden.

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	2.673	2.590
Umstellung auf EU-Führerschein	1.006	1.004
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	279	456
Versagung/Verzicht der FE gesamt	723	635
davon einer Neubeantragung nach Entzug	74	130
davon einer Erstbeantragung/Erweiterung	649	605
Internationaler Führerschein	334	406
FE zur Fahrgastbeförderung	112	165
FE-Entziehungen gesamt	408	397
davon durch Gericht	267	240
davon durch Fahrerlaubnisbehörde	142	157
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
• Verwarnungen	552	570
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	72	59
• Entzüge	21	24
Maßnahmen gegen Fähranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	196	179
• Verwarnungen	52	59
• Entzüge	19	24
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	11	35
davon erteilte Ausnahmen	6	24
begleitetes Fahren mit 17	814	633
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	645	587
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	1.381	1.457
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch- psychologischen Gutachten (MPU)	390	409

3. Ausgabe der Kontrollgerätekarten nach der Fahrzeugpersonalverordnung (FPersV)

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Ausgabe von Fahrerkarten	1.116	801
Ausgabe von Unternehmerkarten	127	60
Ausgabe von Werkstattkarten	23	19

4. Fahrschulwesen/Fahrschulüberwachung

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	50	45
Anzahl der Fahrlehrer	151	106
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP*	47	40
Anzahl der überprüften Fahrschulen/ -lehrer/Seminarleiter	25	15
• Formalüberwachung	9	4
• Qualitätskontrolle	14	9
• Aufbauseminare (ASP/ASF)	2	2

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	70	67
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	146	149
Anzahl der Überprüfungen	16	19

6. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.586	1.757
davon		
- stationär	1.697	1.141
- mobil	745	524
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	144	92
eingeleitete Verwarngeldverfahren	18.839	15.106
davon		
- stationär	12.512	10.331
- mobil	6.118	4.614
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	209	161
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	745	510
davon		
- stationär	508	343
- mobil	237	167
Gesamtanzahl Verfahren	22.170	17.373

*ASF – Aufbauseminar für Fahranfänger

*ASP – Aufbauseminar für Punktetäter

7. Mobile Kontrolle in Städten und Gemeinden und im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Gemeinde Am Mellensee	6	3	17	12	54	38
Stadt Baruth/Mark	4	4	40	60	431	416
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	11	8	58*	67	400	238
Gemeinde Großbeeren	3	3	25	10*	395	12
Stadt Jüterbog	5	5	90	89	1.672	1.007
Stadt Luckenwalde	4	4	102	104	388	302
Gemeinde Niederer Fläming	4	4	41	19*	87	17
Gemeinde Niedergörsdorf	2	2	0 **	3**	0	0
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	3	3	75	77	1.032	856
Gemeinde Rangsdorf	3	3	30	60	513	772
Stadt Trebbin	8	7	56	59	317	234
Stadt Zossen	16	16	225	235	1.783	1.288
Amt Dahme/Mark	4	5	16	51	28	125

* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

** wird nur bedient bei Ausfall stationärer Anlage Altes Lager

8. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	239	178
- Straßenbauvorbereitung BSBA	209	165
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO	233	186
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	766	644
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	1.976	1.322
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs- regelungen gem. § 45 StVO	163	241
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	11	10
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	24	26
- Fußgänger-LZA	45	45
- Knotenpunkt-LZA	51	49
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	10	10

3. Sachgebiet Kommunalaufsicht

Die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden und damit das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, sind durch die Landesverfassung i. V. m. den Regelungen in Artikel 28 Abs. 2 S. 1 des Grundgesetzes garantiert. Die Aufsicht ist daher so auszuüben, dass die Rechte der Gemeinden geschützt und die Erfüllung ihrer Pflichten sichergestellt wird. Des Weiteren berät die Kommunalaufsicht die Gemeinden und Gemeindeverbände in allen rechtlichen und tatsächlichen Fragen.

Die Städte und Gemeinden im Land Brandenburg haben bis zum Jahr 2011 mit der Umstellung von der kameralen Buchführung auf das Prinzip der doppelten Buchführung eine grundlegende Reform ihres Haushalts- und Rechnungswesens zu bewältigen, die allen Beteiligten ein Umdenken von bisher gewohnten Verfahrensabläufen abverlangt.

Der Umstellungsprozess erfordert sowohl von den Beschäftigten in den Gemeinden als auch von der Rechtsaufsicht die Aneignung der erforderlichen Kenntnisse. Zur Lösung der diesbezüglich auftretenden Probleme wurde im Jahre 2007 auf Landkreisebene eine interkommunale Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe in der gemeinsamen Diskussion und Lösung von Problemen besteht, die sich im Zusammenhang mit der Umstellung der gemeindlichen Haushalte auf das neue Abrechnungssystem ergeben. In die Tätigkeit der Arbeitsgruppe sind Mitarbeiter der Rechnungsprüfung und der Kommunalaufsicht aktiv involviert.

Im Rahmen der regelmäßigen Beratungen der Arbeitsgruppe werden zu Schwerpunktthemen gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet, deren Rechtmäßigkeit und Praktikabilität durch die beratende Begleitung von Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht gewährleistet werden. Mit der Arbeitsgruppe wird allen Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, die Umstellung ihres Haushalts- und Rechnungswesens auf das Prinzip der doppelten Buchführung konfliktarm zu bewältigen.

Neben der Prüfung der kommunalen Haushalte, der Wirtschaftspläne der Zweckverbände und der Erarbeitung von Stellungnahmen zu beantragten Landeszuweisungen für Investitionsmaßnahmen der Körperschaften wurden den beiden gegenwärtig noch in der Haushaltskonsolidierung befindlichen Kommunen Hinweise zur Verbesserung ihrer Haushaltssituation gegeben.

In drei Gemeinden waren wegen des Verdachtes auf pflichtwidriges Verhalten des jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten Sachverhalte aufzubereiten, die zur Einleitung von Disziplinarverfahren führten, wobei ein Verfahren wegen weiterer Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten mehrmals ausgedehnt werden musste. Des Weiteren war abschließend über diverse Beanstandungen von Beschlüssen der Vertretung durch einen Hauptverwaltungsbeamten zu entscheiden.

Verschiedene Beschwerden von Bietern über behauptete Verstöße gegen die Vergabe von Aufträgen, sowohl durch Zweckverbände als auch durch Städte und Gemeinden, erforderten eine kommunalaufsichtliche Prüfung der Vergabeverfahren, soweit dies im öffentlichen Interesse geboten war. Im Falle berechtigter Beschwerden haben die Vergabestellen Hinweise zur rechtmäßigen Abwicklung künftiger Vergabeverfahren erhalten.

Eine Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg zur Zulässigkeit der Erhebung von Beiträgen durch die Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung von Grundstückseigentümern, deren Grundstücke bereits vor Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes an das öffentliche Ver- bzw. Entsorgungsnetz angeschlossen waren (sog. Altanschießerbeiträge), hat sowohl bei den Bürgern als auch bei den Aufgabenträgern zu erheblichen Verunsicherungen geführt. Zur Vorbereitung

entsprechender rechtlicher Regelungen zum Umgang mit der Problematik wurden die Aufgabenträger um Vorlage von umfassendem Datenmaterial gebeten, das durch die Kommunalaufsichtsbehörden einer Plausibilitätskontrolle zu unterziehen war. Im Ergebnis der Kontrollen ergab sich für einige Aufgabenträger Nachbesserungsbedarf.

Auch eine Anzahl von Beschwerden von Bürgern über die Art und Weise der Beitrags- und Gebührenerhebung durch verschiedene Wasser- und Abwasserzweckverbände und zur Altanschließerproblematik erforderte rechtliche Hinweise allgemeiner Art.

Bezüglich notwendiger Neuwahlen von hauptamtlichen Verbandsvorstehern der Wasser- und Abwasserzweckverbände ergab sich Beratungsbedarf sowohl zum Wahlverfahren als auch zum Abschluss der Anstellungsverträge. Zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit eines Verbandes war vorübergehend ein Beauftragter für das Organ Verbandsvorsteher zu bestellen.

Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl und dem Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung war ein erhöhter Beratungsbedarf der Gemeinden zu verzeichnen. Gleichzeitig bestand verstärkter Abstimmungsbedarf mit der obersten Kommunalaufsichtsbehörde. In Vorbereitung der Novellierung weiterer Rechtsnormen wurden der Landesregierung umfassende Änderungsvorschläge unterbreitet.

4. Sachgebiet Rechnungsprüfung

Durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nimmt das Sachgebiet Rechnungsprüfung stets konkret Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Amtes Dahme/Mark sowie der Zweckverbände. Es unterstützt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten und gibt den Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen über die haushaltsmäßige Zielerreichung.

Im Rahmen der durch Gesetz gewährleisteten Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentriert sich die Prüfungstätigkeit auf die Einhaltung und Durchsetzung der haushaltsmäßigen Ordnung und Rechtmäßigkeit sowie auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der finanziellen Mittel.

Die Prüfungen, die im Rahmen von Stichproben durchgeführt werden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse 2007, als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und Entlastung;
- die laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung;
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben;

- die Prüfung der Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen zu Aufgaben nach dem SGB II, soweit der Landkreis Träger der Ausgaben ist, insbesondere die Kosten der Unterkunft und Heizung durch die Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung.

In die Prüfungen wurden neun Fachämter, der Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten und die Wasser- und Abwasserzweckverbände sowie die Eigenbetriebe für Wasserver- und Abwasserentsorgung einbezogen. Des Weiteren wurden Prüfungen in den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und im Amt Dahme/Mark durchgeführt.

In insgesamt 14 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert in Höhe von 2.872,30 T€ und in vier Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Wertumfang in Höhe von 268,40 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Neben den Pflichtprüfungen war das Sachgebiet Rechnungsprüfung zur Problematik der Einführung des doppischen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens im Landkreis und den Kommunen, insbesondere in der interkommunalen Arbeitsgruppe des Landkreises Teltow-Fläming zur Einführung der Doppik, beratend tätig.

Dezernat II

Amt für Jugend und Soziales

1. Sachgebiet Planung, Controlling und Finanzen

➤ *Offene Jugendarbeit*

Mit den freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe wurden 15 Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen (LQE) mit 24 vereinbarten Leistungen für die offene Jugendarbeit und die Jugendkoordination abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgten Halbjahresgespräche, in denen der Stand der inhaltlichen Arbeit in den Freizeiteinrichtungen und der Jugendkoordination kontinuierlich diskutiert und Leistungen entsprechend der Bedarfe in den einzelnen Sozialräumen festgelegt wurden. Es wurden gemeinsame Gespräche mit allen Trägern der freien Jugendhilfe, Vertretern der Kommunen, die in einem Sozialraum Leistungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erbringen, geführt. Diese trugen dazu bei, dass sich alle Leistungserbringer eines Sozialraums kennenlernten, gemeinsam Problem- und Lebenslagen erkannt und diskutiert wurden und im Ergebnis dessen die fachlichen Ressourcen bedarfsgerecht eingesetzt werden konnten. Die Einführung von Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen gewährleistet somit eine weitere Qualitätssicherung in dem Arbeitsfeld der offenen Jugendarbeit einschließlich der Jugendkoordination.

Mit Hilfe der „Richtlinie des Jugendamtes zur Förderung der offenen Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ erfolgte die Förderung von freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe und von Einzelpersonen.

Für die Förderung der offenen Jugendarbeit (Streetwork) wurden Ausgaben in Höhe von 370 T€ getätigt. Freizeiteinrichtungen (einschließlich Jugendkoordination) erhielten Zuschüsse in Höhe von 147.541 €.

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es acht Freizeiteinrichtungen in kommunaler und 15 in freier Trägerschaft, weiterhin 68 Jugendräume in Selbstverwaltung.

➤ *Jugendkoordination/Förderung von Personalkosten*

Im Fokus der Jugendkoordination liegt die Vernetzung und Beratung. Klienten von Jugendkoordination sind Jugendliche, Fachkräfte aber auch Träger der Jugendhilfe, Verwaltungen sowie Ehrenamtliche und Freiwillige. Jugendkoordination ist eine sozialräumliche und lebensweltorientierte Arbeitsweise, die die Zusammenarbeit mit dem Bereich der Hilfen zur Erziehung, weiteren Bereichen der Jugendhilfe und regional agierenden Akteuren, vom Bürger bis zu Fachleuten, sucht.

Ein Schwerpunkt der Arbeit bildete die Information, Aufklärung und Sensibilisierung der Fachkräfte und Jugendlichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. So gab es eine Bildungsfahrt mit Schülern und Fachkräften in die Gedenkstätte Sachsenhausen und die große Veranstaltung „Instant Acts“ in Luckenwalde mit Workshops gegen Gewalt und Rassismus im Kreishaus. In der AG Jugendkoordination werden regelmäßig Themen zum Rechtsextremismus bearbeitet. Mit dem Mobilen Beratungsteam Trebbin gibt es eine intensive Zusammenarbeit.

In Luckenwalde werden einmal wöchentlich Kontaktbürozeiten für die individuelle Beratung von Jugendlichen angeboten. Die Problemlagen bei Jugendlichen sind u.a. Schulprobleme, Perspektivlosigkeit, Wohnungssuche und fehlende Ausbildungsreife.

Hilfeleistungen, wie eine entwicklungsbegleitende Beratung, werden als ein Handlungsfeld weiter im Rahmen der Jugendkoordination durchgeführt.

Die Vernetzung mit anderen Einrichtungen wird in Luckenwalde seit vier Jahren durch den Arbeitskreis „Sozialarbeiterstammtisch“ betrieben. Die Teilnehmer kommen aus den Freizeiteinrichtungen, aus dem Arbeitsfeld Jugendkoordination, aus der Sozialarbeit an Schulen und aus dem Schulverweigererprojekt. Seit einem Jahr dabei sind die Jugendkoordinatorin aus der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und die Sozialarbeiter am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming. Auch Praktikanten und FSJ'ler (Freiwilliges soziales Jahr) haben die Möglichkeit der Teilnahme. Die Fachkräfte bilden einen Kern, der sich mit anderen Hilfeangeboten vernetzt, um jungen Menschen zeitnah bedarfsgerechte Hilfs- und offene Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit zu unterbreiten.

Gruppenorientierte Freizeitangebote im Rahmen des offenen Gesprächs- und Kontaktangebotes kommen besonders in der Frei- und Ferienzeit zum Tragen. Sie dienen der Festigung der Beziehungen zwischen Sozialpädagogen und Klienten und der präventiven Arbeit. Hervorzuhebende Beispiele von erlebnis- und freizeitpädagogischen Angeboten sind Ausflüge nach Berlin, Fotokurse, das Kiezfest in Luckenwalde, Juniorabschlussball, Bowling, Fußball- und Volleyballturniere und jugendrelevante Feste und Veranstaltungen.

➤ *Bereich Jugendhilfeplanung/Kita-Förderung*

Gemeinsam mit dem Sachgebiet Jugend erfolgte die Umsetzung der Richtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung vom 31. März. Am 14. Juli beschloss der Kreistag die Votenliste. Ihr lagen zehn Anträge von neun Trägern zugrunde.

Die Beteiligung des Amtes für Jugend und Soziales am Projekt "Vergleichsring Jugendhilfe Brandenburg" wurde fortgesetzt.

Wie 2006 vereinbart, erfolgte in diesem Jahr in vier Kommunen mit den Trägern von Kindertagesbetreuung das aktuelle Planungsgespräch zur Bedarfsdeckung der Kindertagesbetreuung bis 2012. In allen vier Kommunen konnte das Benehmen hergestellt werden.

➤ *Kinderschutzkoordination*

Die Kinderschutzkoordinatorin des Landkreises Teltow-Fläming nahm am 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Ihre Aufgaben umfassen u. a. die Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Regionalkonferenzen in allen vier Sozialräumen des Landkreises.

Im September fanden unter ihrer Moderation, wie bereits in 2007 geplant, die vier Regionalkonferenzen statt. In diesem Rahmen stellte sich die neue Kinderschutzkoordinatorin allen am Netzwerk Beteiligten vor. Sie führte die Wahl der Ansprechpartner in allen Sozialräumen durch, so dass jeder Sozialraum einen gewählten Vertreter hat, der in der Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz als Mitglied mitarbeitet.

Die Regionalkonferenzen beinhalten für die nächsten Termine immer auch die Vorstellung einzelner Institutionen und Professionen, um die Netzwerkarbeit zu intensivieren. Ziel der Regionalkonferenzen 2008/2009 ist die Erarbeitung der Handlungsabläufe bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, um ein einheitliches Instrument zu erstellen und zu nutzen. Jede Institution wird die Handlungsabläufe dann individuell für ihre Einrichtung ausgestalten.

Die Internetseiten des Netzwerkes wurden überarbeitet und aktualisiert und die Dokumentationen der Regionalkonferenzen eingestellt. In Vorbereitung ist die Entwicklung einer eigenständigen Website.

Kontakte zur Stärkung des Netzwerkes wurden sowohl innerhalb der Kreisverwaltung, zu den freien Trägern, Gemeinden, Städten/Ämtern des Landkreises als auch zu den angrenzenden Landkreisen Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und Elbe-Elster aufgenommen.

Nach Erhebung des Fortbildungsbedarfes im Anschluss an die Regionalkonferenzen im September erfolgt nun in der Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz die Planung für das Jahr 2009. Die Angebote für Fachkräfte im Landkreis Teltow-Fläming sollen einrichtungsübergreifend unterbreitet werden, um das Netzwerk weiter zu stärken.

Die Umsetzung des Strategiepapiers ist begonnen und wird in den Regionalkonferenzen mit allen Netzwerkpartnern vorangetrieben.

➤ *Sportförderung*

Der Landkreis gewährt nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen für die Förderung des Vereinssports. In unserem Landkreis gibt es 188 eingetragene Sportvereine mit 18.768 Mitgliedern, davon 8.625 Kinder und Jugendliche (0 bis 26 Jahre). Die Mitgliederzahlen sind wiederum gestiegen. Durch mehrere Vereinsfusionen hat sich allerdings die Anzahl der Vereine verringert. 2008 wurden Haushaltsmittel in Höhe von 79.900 € eingestellt. Im Vordergrund der Förderung standen die Würdigung der ehrenamtlichen Übungsleiter und die Bezuschussung der Vereine für die Ausgestaltung von Sportveranstaltungen.

Die Sportförderrichtlinie wurde überarbeitet und vom Kreistag beschlossen. Dabei wurden die Erfahrungen der vergangenen Jahre genutzt.

Es konnten wieder sportliche Großveranstaltungen, wie die Rangsdorfer Handballwoche, der Reitertag in Wildau-Wentdorf, der Nissan-Cup der Leichtathleten in Ludwigfelde, die Billardwoche in Bochow (anlässlich des Jubiläums 60 Jahre Billardsport Bochow), das Streetsoccer-Turnier der Kreissportjugend TF sowie ein Reitturnier des Jüterboger Reitvereins gefördert werden. Die Schulsportlehrung, in der die Förderschulen, Grundschulen und weiterführenden Schulen geehrt wurden, hat ebenfalls eine Unterstützung vom Landkreis erfahren.

Sportler aus dem Partnerkreis Gniezno waren erneut unsere Gäste. Sie nahmen an einem Frauenhandballturnier teil.

➤ *Jugendberufshilfe*

Im laufenden Ausbildungsjahr 2007/2008 konnten nachfolgend genannte Maßnahmen der Jugendberufshilfe über die Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden:

- zwei berufsvorbereitende Maßnahmen für insgesamt fünf Jugendliche sowie
- eine Maßnahme „sozialpädagogische Betreuung zur beruflichen Integration“ in der Jugendtischlerei Teltow-Fläming für 20 Jugendliche.

Die Gesamtförderung über den Europäischen Sozialfonds für das Haushaltsjahr 2008 belief sich auf 76.815,25 €.

Zum 31. August wurde die Maßnahme Jugendtischlerei TF mit 20 Teilnehmern erfolgreich beendet. Von insgesamt 25 im Projekt aufgenommenen Teilnehmern (einschließlich Zu- und Abgänge) haben 16 Teilnehmer die Maßnahme mit Erfolg abgeschlossen, davon haben 15 Jugendliche die Berufsbildungsreife und ein Jugendlicher die Ausbildungsreife erreicht. Vier Jugendliche benötigen weiterhin sozialpädagogische Unterstützung und werden am nächsten Projekt Jugendtischlerei teilnehmen. Fünf Teilnehmer haben die Maßnahme vorzeitig und ohne Erfolg beendet. Alle anderen Jugendlichen konnten in eine überbetriebliche bzw. betriebliche Ausbildung vermittelt werden oder haben eine Qualifizierungsmaßnahme begonnen. Eine Teilnehmerin konnte ein Arbeitsverhältnis aufnehmen.

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres 2008/2009 wurden für drei Jugendliche ESF-Mittel für eine berufsvorbereitende Maßnahme beantragt und bewilligt. Die Jugendtischlerei Teltow-Fläming mit 24 Teilnehmern wird ebenfalls aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Insgesamt konnten davon in diesem Jahr 67.819,29 € in Anspruch genommen werden.

➤ *Einführung Sozialticket*

Zum 1. Januar wurde im Landkreis ein Sozialticket mit 50 Prozent Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg befristet für ein Jahr eingeführt.

Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn.

Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages-, Wochen- oder Monatskarten berechtigen.

Seit Einführung des Sozialtickets wurden 558 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

➤ *Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende*

Zur einheitlichen Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – wurde im Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2005 eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet. Diese ist an den Standorten Luckenwalde und Zossen präsent.

Nach den §§ 16, 22 und 23 SGB II ist der Landkreis zuständig für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Kinderbetreuung, die Schuldner- und Suchtberatung, die psychosoziale Betreuung und die Übernahme von Leistungen für die Erstausrüstung von Bekleidung bei Schwangerschaft und Geburt, Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten.

Der Bund beteiligte sich im Jahr 2008 an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 28,6 %. Aufgrund dieser eingetretenen Reduzierung der Bundesbeteiligung gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % erhöht sich der Anteil des Landkreises an der Finanzierung für alle ALG-II-Bezieher auf nunmehr 71,4 %.

Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurden im Haushalt 29 Mio. Euro eingestellt. Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich auf 28.387.700,12 €.

➤ *Seniorenpolitische Leitlinien*

Am 14. Juli verabschiedete der Kreistag des Landkreises erstmals „Seniorenpolitische Leitlinien“. Mit diesen Leitlinien reagierte der Landkreis auf die demografische Entwicklung, denn die Zahl der älteren Mitbürger wird zunehmen.

Die seniorenpolitischen Leitlinien haben den nötigen Rahmen geschaffen und die erforderlichen Handlungsfelder aufgezeigt, um Lebensräume so zu gestalten, dass ältere Menschen ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich, sinnerfüllt und würdevoll führen können.

In sieben Handlungsfeldern wurde die Ausgangssituation analysiert, Prognosen, Ziele sowie mögliche Maßnahmen und Lösungsansätze genannt.

Die eigentliche Arbeit mit und für Senioren findet in erster Linie in den Kommunen statt. Der Landkreis hat eher eine koordinierende Funktion, die sich in den seniorenpolitischen Leitlinien widerspiegelt.

2. Sachgebiet Jugend

➤ *Elterngeld*

Das Bundeserziehungsgeld läuft zum 31.12.2008 aus. Bereits im zweiten Halbjahr 2008 waren die Anträge auf Bundeserziehungsgeld rückläufig; im Jahr 2009 sind keine Anträge mehr zu erwarten.

Beim Elterngeld ist die Tatsache hervorzuheben, dass viele Väter ebenfalls anteilig die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder übernehmen und zumindest die zwei Partnermonate beanspruchen. Positiv ist auch, dass - im Gegensatz zum Erziehungsgeld - beim Elterngeld jeder Antragsteller, der die Voraussetzungen erfüllt, mindestens 300 Euro erhält. Negativ ist hingegen zu erwähnen, dass der Gesetzestext des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nicht ausgereift ist und einige Gesetzeslücken aufweist. Auch die Berechnung des Elterngeldes ist umfangreicher und für die Bürger oft nicht oder nur schwer nachvollziehbar.

➤ *Kindertagesbetreuung*

Der Landkreis hat mit 12 Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Gewährung der Kindertagesbetreuung abgeschlossen. Insgesamt werden im Landkreis Teltow-Fläming

- 2.601 Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahre
- 3.620 Kinder im Alter von 3 bis Schuleintritt
- 4.077 Kinder im Grundschulalter

in Kindertagesstätten und in Kindertagespflegestellen betreut.

Am 01.07.2007 erfolgte die Gesetzesnovellierung des Kindertagesstättengesetzes des Landes Brandenburg. Damit verbundenen waren neue Aufgaben für Kindertagesstätten, wie die Umsetzung der Grundsätze der elementaren Bildung, die Durchführung der Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sowie die Verpflichtung zur Qualitätsfeststellung. Aufgrund dessen wurden die „Grundsätze des Landkreises Teltow-Fläming zur Förderung in Kindertageseinrichtungen - eine Orientierung für freie und kommunale Träger zur Qualitätsentwicklung“ überarbeitet. Gleichzeitig erfolgte die Überarbeitung der „Grundsätze für Kindertagespflege des Landkreises Teltow-Fläming“. Diese wurden am 9. April im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Teltow-Fläming beschlossen.

Vor dem Hintergrund der Pflichtaufgabe - Umsetzung der kompensatorischen Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen - verfügten in diesem Jahr bereits 60 von 80 Kindertageseinrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming über eine spezialisierte Fachkraft. Die Finanzierung des Personals erfolgte mittels einer Pro-Kind-Pauschale, die an die Kommunen ausgereicht werden konnte.

Am 14. Mai beschloss der Jugendhilfeausschuss neue Grundsätze zur Erhebung der Elternbeiträge im Landkreis Teltow-Fläming. Die Träger der Kindereinrichtungen haben bis zum 31.12.2009 Zeit, ihre Satzungen bzw. Regelungen zur Erhebung der Elternbeiträge den Grundsätzen anzupassen. Die Auswirkungen auf die Übernahme der Elternbeiträge gemäß § 90 SGB VIII sind noch nicht abzuschätzen.

Durch Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) ändert sich mit Wirkung ab 01.01.2009 die Rechtslage für die Kindertagespflege. Das KiföG ändert u. a. das SGB VIII, das SGB V, das SGB XI und das EstG. Um den Erfordernissen gerecht zu werden, wurden die Richtlinie und die Vertragsgestaltung überarbeitet.

➤ *Unterhalt/Beurkundung/Unterhaltsvorschuss*

Mütter und Väter, die allein für ein Kind oder einen Jugendlichen sorgen, werden insbesondere bei der Feststellung der Vaterschaft und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beraten und unterstützt. Insgesamt traf dies auf 1.105 antragsberechtigten Mütter und Väter bzw. junge Volljährige zu. Das Sachgebiet Jugend wirkte auch als Beistand auf Antrag eines Elternteils für die Feststellung der Vaterschaft und für die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des minderjährigen Kindes und Jugendlichen. Es wurden 1.523 Beistandschaften geführt.

Die Feststellung der Vaterschaft und der Unterhaltsansprüche sind bei einer gütlichen Einigung in einer Urkunde, ansonsten über ein gerichtliches Verfahren festzulegen. Eine freiwillige Entscheidung ist die Festlegung der gemeinsamen elterlichen Sorge in einer Urkunde. Es wurden insgesamt 855 Urkunden aufgenommen und 104 gerichtliche Verfahren geführt.

Leisten die Unterhaltspflichtigen keinen oder nur teilweise Unterhalt, können Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) beantragt werden. In diesem Jahr wurden insgesamt 3.467 Fälle bearbeitet, d. h. in diesen Fällen wurde im Voraus der Unterhalt geleistet, der dann gegenüber den Pflichtigen durchzusetzen ist. Es waren dazu 437 gerichtliche Verfahren erforderlich.

3. Sachgebiet Soziales

➤ *Wohngeld*

Insgesamt wurden 2.972 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet und davon 1.916 bewilligt. Das durchschnittliche Wohngeld betrug monatlich 83,12 €. Ab Januar 2009 wird im Zusammenhang mit der Neuregelung des Wohngeldgesetzes mit einer Zunahme der Wohngeldanträge um 70 % gerechnet.

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes ab Oktober 2008 erfolgten zahlreiche Überprüfungen auf einen Wohngeldanspruch und in diesem Zusammenhang 63 Berechnungen. Dies betraf Bedarfsgemeinschaften, die zuvor ALG II zusätzlich zu einem geringen Einkommen erhalten haben. Durch die Gewährung eines Kinderzuschlages und Wohngeld können diese Familien den Lebensunterhalt ohne ALG II bestreiten.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche gegen rechtskräftige Bescheide ist zum Vorjahr angestiegen. Im Jahr 2007 waren es 67, in diesem Jahr 89 Widersprüche. Häufiger Grund für einen Widerspruch war die Ablehnung des Wohngeldes, resultierend aus gestiegenem anrechenbarem Einkommen durch die Absenkung der abzugsfähigen Werbungskosten/Entfernungskostenpauschale bzw. die zu gering berücksichtigte Miete oder Belastung für ein Haus.

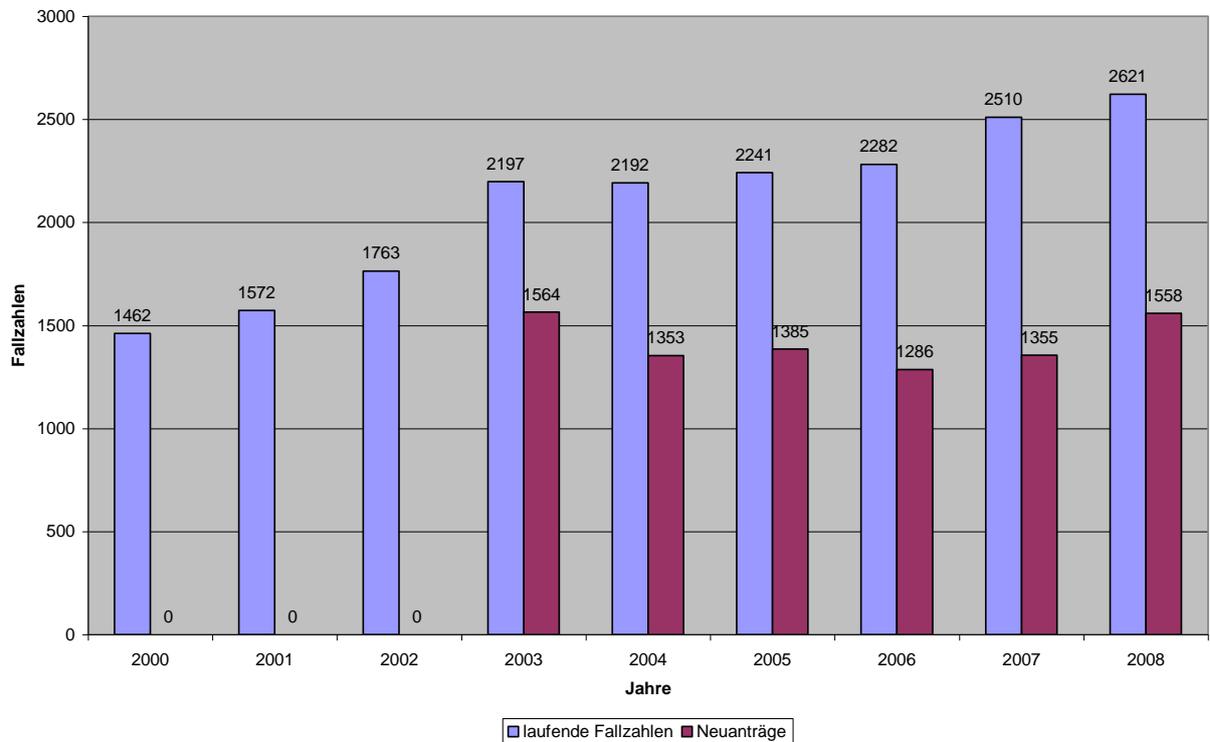
➤ *Betreuungsbehörde*

Die bisher neu eingegangenen Betreuungsanregungen belaufen sich auf 520 und bei zu verlängernden Betreuungen sind 300 Verfahren eingegangen. Es wurden bisher 200 Sachberichte, u. a. Zuarbeiten für die Amtsgerichte Zossen und Luckenwalde bezüglich Betreuerwechsel, Aufgabenkreiserweiterung, Stellungnahmen zu genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften im Betreuungsverfahren usw. gefertigt. Hinzu kommt die Übernahme von Verfahrenspflegschaften.

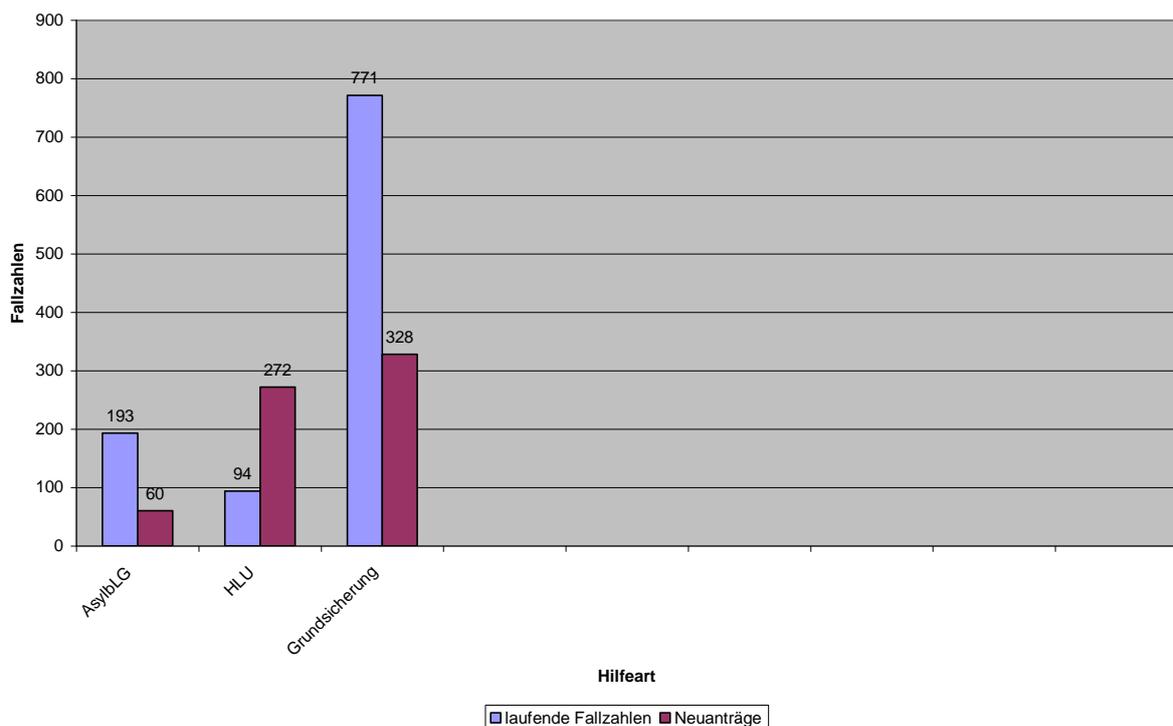
Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fanden Vorträge und Gesprächsrunden zum Betreuungsrecht, zur Vermeidung von Betreuungen, Vorträge zur Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung statt. Allein im Bereich Luckenwalde/Trebbin/Nuthe-Urstromtal gab es bisher 13 Veranstaltungen. In Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Heimen und anderen öffentlichen Behörden wurden Gesprächsrunden zum Thema unterbringensähnliche Maßnahmen und Eilbetreuungen, z.B. in Ludwigsfelde und Rangsdorf organisiert und durchgeführt. Des Weiteren besteht eine Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Netzwerk Pflege und Demenz. Die Betreuungsbehörde ist maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des Arbeitskreises „Betreuungsrecht“ beteiligt.

Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen (Ist-Zahlen)

In den Jahren von 2000 bis 2008 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:



Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung und der Leistungen nach dem AsylbLG (Ist-Zahlen im Jahr 2008)



Neben den Arbeiten der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich folgende Schwerpunkte:

➤ *Metzler-Verfahren für psychisch kranke und suchtkranke Menschen*

Die Einführung des Metzler-Verfahrens im Bereich der psychisch kranken und suchtkranken Menschen in Einrichtungen wurde am 01.01.2009 eingeführt. Dadurch können auch für diesen Personenkreis zukünftig hilfebedarfsorientierte Leistungen erbracht werden. Hierzu mussten die bisherigen Einstufungen der seelisch behinderten Hilfeempfänger, die vom Landkreis Leistungen erhalten, nochmals überprüft und mit den Einrichtungsträgern abgestimmt werden. Die Neuanträge wurden auf Grund des engen Zeitplans zunächst vorläufig eingestuft und müssen 2009 nochmals überprüft werden.

➤ *Klageverfahren*

Im Sachgebiet Soziales waren 97 Klageverfahren zu bewältigen. Der überwiegende Teil dieser Klageverfahren konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

➤ *Organisationsuntersuchung durch die Organisations- und Managementberatung GmbH (OMP)*

Im Zuge der externen Organisationsuntersuchung wurden alle grundlegenden Aufgaben und Entscheidungsprozesse mit hohem Verwaltungsaufwand analysiert und dokumentiert. Durch diese umfangreiche Analyse soll umfassend dargestellt werden, wie die zu bewältigenden Aufgaben zukünftig effizienter und bürgerfreundlicher organisiert werden können.

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

1. Sachgebiet Gesundheit

➤ *Gesundheitsförderung und Prävention*

Die Lärmprävention für Kinder ist das jüngste Projekt der Arbeitsgemeinschaft „Gesundheitsförderung im Landkreis Teltow-Fläming“. Deren Mitglieder - Vertreter verschiedener Ämter, Institutionen und Einrichtungen der Region, die sich dem Thema Prävention und Gesundheitsförderung widmen - arbeiten bereits seit mehr als zwölf Jahren zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung initiierte mit Unterstützung der Unfallkasse Brandenburg ein Lärmpräventionsprojekt, das Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 14 Jahren mit den Folgen übermäßigen Lärmkonsums vertraut macht und fundiertes Wissen altersgemäß vermittelt. Zur Umsetzung des Projektes wurden bisher 40 Multiplikatoren ausgebildet. Die Multiplikatoren setzen das Projekt in Kindertagesstätten und Schulen des Landkreises um.

➤ *Hygiene und Umweltmedizin*

Im Sommer gab es erstmals eine deutliche Häufung von Meldungen aus der Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming über das Vorkommen von Raupen des Eichenprozessionsspinners (Schmetterlingsraupen). Diese Raupen befallen Eichen, in denen sie in langen „Prozessionen“ zum Fraß-Ort in der Baumkrone wandern. Anders als der für den Menschen ungefährliche Schmetterling können die Raupen zu gesundheitlichen Problemen führen. In der Zeit von Juni bis August bilden die Raupen giftige „Brennhaare“, die auf der Haut und an den Schleimhäuten toxische und/oder allergische Reaktionen hervorrufen können. Die Brennhaare reichern sich vor allem im Unterholz bzw. Bodenbewuchs an und bleiben auch an Kleidern und Schuhen haften. Mit dem Wind können die Brennhaare weite Strecken getragen werden.

Ein massiver Befall mit Raupen des Eichenprozessionsspinners fand im Raum Siethen statt (Landesstraße L793, Abschnitt 50 zwischen Ludwigsfelde und Siethen). Dort wurden durch das örtliche Ordnungsamt entsprechende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr veranlasst und von einer Schädlingsbekämpfungsfirma durchgeführt. Weitere Meldungen betrafen unter anderem einen kommunalen Sportplatz in Mahlow (Triftstraße), den Raum Kallinchen (Straße zum Anglerheim), die Flaeming-Skate (zwischen Stülpe und Ließen) sowie eine Ausgrabungsfläche an der B101 zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen. In letzterem Fall konnte jedoch ein Befall mit Raupen des Eichenprozessionsspinners ausgeschlossen werden.

In Vorbereitung auf die kommende Eichenprozessionsspinner-Saison hat das Sachgebiet Gesundheit ein ausführliches Merkblatt zum Thema erstellt, das interessierten Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann. An den Befallsorten soll zur raschen Information der Bevölkerung künftig eine Kurzfassung dieses Merkblattes ausgehängt werden.

Das Sachgebiet Gesundheit hat eine Beratungssprechstunde für Bürger eingerichtet, die in der Nähe des künftigen Großflughafens Berlin Brandenburg International (BBI) wohnen und befürchten, infolge von Fluglärm gesundheitliche Schäden zu erleiden. Diese Bürgersprechstunde findet einmal pro Monat im Vereinshaus der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow statt (Anschrift: Vereinshaus, Heinrich-Heine-Str. 3-5, 15831 Mahlow) und bietet Flughafen-Anwohnern die Gelegenheit, sich von einem Arzt zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm beraten zu lassen. Termine der Bürgersprechstunde werden rechtzeitig in der Presse veröffentlicht.

➤ *Kinder- und Jugendgesundheitsdienst*

Der Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat eine große gesellschaftliche Bedeutung. Dieser Schutzauftrag spiegelt sich in dem im April 2008 durch den Landtag verabschiedeten Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz) wieder. Die Kernaufgabe ist dabei die Prävention und Früherkennung von Krankheiten, Entwicklungsstörungen und Behinderungen bei Kindern und Jugendlichen. Mit dem neuen Gesetz wurde der Schwerpunkt der Untersuchungen im Vorschulalter auf das Alter vom 30. bis 42. Lebensmonat gesetzt. Künftig sind alle Kinder dieser Altersgruppe in Kindertagesstätten, in Tagespflege und Hauskinder einmal jährlich nach den neuen Untersuchungsrichtlinien zu untersuchen.

Die Schuleingangs- und Schulabgangsuntersuchungen wurden in bewährter Weise fortgeführt. Im April führte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst in Jüterbog eine Impfkaktion im Rahmen der Europäischen Impfwoche durch.

➤ *Zahnärztlicher Dienst*

Die Gesundheitsämter der Landkreise sind verpflichtet, regelmäßig zahnärztliche Untersuchungen bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere in Kindertagesstätten und Schulen sowie gruppenprophylaktische Maßnahmen durchzuführen.

Mit dem „Tag der Zahngesundheit“, der jährlich am 25. September stattfindet, soll bundesweit die Mundgesundheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Der Zahnärztliche Dienst führte aus diesem Anlass u. a. folgende Präventionsveranstaltungen durch:

- Themenspezifisches Basteln mit Vorschulkindern der Evangelischen Kita Luckenwalde und der Kita "Pittiplatsch" aus Kloster Zinna in den Räumen des Zahnärztlichen Dienstes. Im Anschluss erfolgten die Besichtigung der Dentallabor Luckenwalde GmbH und ein gemeinsames Zähneputzen im „Putztunnel“ im Prophylaxeraum des Zahnärztlichen Dienstes.
- Aufführung des Holzwurm-Theaters in der Grundschule in Blankensee für die Grundschüler und Vorschulgruppen der Kitas Blankensee, Glau, Trebbin und Thyrow.

➤ *Sozialpsychiatrischer Dienst*

Seit 2006 berät und betreut die Suchtberatung des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Zusammenwirken mit der ARGE erwerbsfähige Hilfebedürftige mit einer Suchtproblematik als Vermittlungshemmnis in Arbeit. Wurden 2006 52 Personen auf der Grundlage einer Eingliederungsvereinbarung langfristig betreut, waren es 2008 bereits 102 Personen.

Weitere 30 erwerbsfähige Hilfebedürftige mit einem ausgeprägten psychosozialen und psychischen Hilfebedarf werden durch unsere Beratungsdienste fachlich betreut und begleitet, um ihre Lebenssituation zu stabilisieren.

2. Sachgebiet Verbraucherschutz

➤ *Qualitätsmanagement (QM)*

Nach europäischem Recht ist für die amtliche Überwachung in den Fachbereichen Lebensmittel-, Tierseuchen-, Tierschutz- und Arzneimittelüberwachung die Einrichtung von Qualitätsmanagementsystemen zwingend vorgeschrieben. Demnach müssen ab 2008 derartige Systeme, die sich an aktuellen Normen, z. B. DIN EN ISO 9001, orientieren, eingerichtet werden. Dieser Forderung wurde mit der Einrichtung des brandenburgischen QM-Systems Rechnung getragen. Für fast alle Teilbereiche der Lebensmittelüberwachung liegen nunmehr landeseinheitliche Regelungen vor, nicht zuletzt aufgrund der intensiven Mitarbeit von Angestellten des Sachgebietes Verbraucherschutz in den hierzu eingerichteten Expertenfachgruppen des Landes Brandenburg.

Des Weiteren ist auch die Durchführung von Audits gefordert. Als eine der ersten Lebensmittelüberwachungsbehörden des Landes Brandenburg stellte sich das Sachgebiet Verbraucherschutz einer derartigen Überprüfung am 27. November. Das Hauptaugenmerk des Audits richtete sich auf die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur amtlichen Kontrolle und zur amtlichen Probennahme sowie zur Grundausstattung des Kontrollpersonals. Das Audit verlief insgesamt positiv und zeigte, dass die Umsetzung des QM-Systems bereits weit fortgeschritten ist.

➤ *Zulassung von Lebensmittelbetrieben*

Seit Mitte 2006 liegt in Brandenburg die Zuständigkeit für die Zulassung von Herstellerbetrieben tierischer Lebensmittel bei den kommunalen Behörden. Die Zulassung der bisher registrierten Betriebe, z. B. der kleinen Fleischerei im Ort, muss Ende 2009 abgeschlossen sein. Durch das Sachgebiet Verbraucherschutz wurden bis Ende dieses Jahres bereits zehn von derzeit 25 zulassungspflichtigen Betrieben zugelassen. Von den verbleibenden Betrieben streben nicht alle die Zulassung an, einige werden mit Ablauf des Jahres 2009 ihre Tätigkeit einstellen oder umstellen.

➤ *Lebensmittelbedingte Infektionen*

Im Sommer erhielt das Sachgebiet Kenntnis von einer Erkrankungshäufung mit Symptomen wie Durchfall, z. T. Bauchschmerzen, Fieber, Blut im Stuhl, Übelkeit, jedoch ohne Erbrechen, bei Kindern und einer Erzieherin einer Kindertagesstätte. Bei drei betroffenen Personen wurden *Campylobacter*-Bakterien im Stuhl nachgewiesen. Drei Kinder mussten sogar im Krankenhaus behandelt werden. Alle betroffenen Personen hatten eine Milchviehanlage besucht. Ermittlungen und Probenahmen in der Milchviehanlage ergaben, dass dort Rohmilch (nach kurzer Erhitzung im offenen Topf) zur Verkostung angeboten worden war. Sowohl aus drei von sechs untersuchten Kotproben der Milchkühe als auch aus der Tankmilch konnten *Campylobacter*-Bakterien bzw. deren DNA-Material nachgewiesen werden. Ein Zusammenhang der Erkrankungen mit dem Besuch der Milchviehanlage war damit sehr wahrscheinlich. Als Infektionsquelle kommt in erster Linie die Verkostung der Rohmilch, aber auch Schmierinfektion nach Streicheln der Tiere in Betracht.

Unabhängig von der tatsächlichen Ursache der Erkrankungen stellt die Abgabe von Rohmilch an Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung eine Straftat dar, weshalb eine Mitteilung an die Staatsanwaltschaft erfolgen musste. Zukünftig ist die Aufklärung der Betreiber von Milchviehanlagen, aber auch der Leiter von Gemeinschaftseinrichtungen noch weiter zu verstärken.

➤ *Tierseuchen/Blauzungenimpfung*

Die Pflichtimpfung aller Schaf- und Ziegenbestände sowie aller Rinderbestände gegen die Blauzungenkrankheit, die in anderen Bundesländern zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten geführt hat, wurde durchgeführt. Dazu waren eine einmalige Impfung aller Schafe und Ziegen und eine zweimalige Impfung aller Rinder erforderlich. Die Impfungen wurden von den praktizierenden Tierärzten im amtlichen Auftrag durchgeführt.

Dazu wurden alle betroffenen Tierhalter und die Impftierärzte in Informationsveranstaltungen und über Pressemitteilungen zum Ablauf der Impfkation informiert. Hoher organisatorischer Aufwand entstand im Amt aufgrund der notwendigen Zuordnung der Tierhalter zu den Impftierärzten, der Koordination der Impfstoffverteilung und der Dokumentation. An dieser Stelle ist auch der zusätzliche Aufwand der Tierhalter lobend zu erwähnen, die durch das Einfangen und Fixieren der Tiere und die notwendige Dokumentation der Impfung wesentlich zum Erfolg der Impfkation beigetragen haben.

Bis Ende des Jahres wurden im Landkreis 14.179 Schafe und Ziegen sowie 61.718 Rinder gegen die Blauzungenkrankheit geimpft. Damit sind die im Amt gemeldeten Tierbestände an Rindern, Schafen und Ziegen gegen das in Deutschland vorhandene Blauzungenvirus geschützt. Um den Schutz der Tierbestände aufrecht zu erhalten, wird die Impfkation im Jahre 2009 bundesweit fortgesetzt.

➤ *Tierschutz*

Nachdem im Januar eine Hundehaltung im südlichen Teil des Landkreises wegen Verdachts auf Haltungsmängel erstmalig angezeigt wurde, erfolgte Anfang Februar eine Kontrolle durch zwei Mitarbeiter des Amtes unter Anwesenheit des Tierhalters. Dabei wurden 15 Huskys in Gruppenhaltung auf einer Fläche von ca. 220 m² vorgefunden. Die Abstellung der festgestellten Verstöße wurde per Ordnungsverfügung veranlasst. Gegen diese Ordnungsverfügung wurde Widerspruch erhoben, dem teilweise stattgegeben wurde.

Gegen zwei Punkte der Ordnungsverfügung - Reduzierung auf 10 Hunde, Gewährung von ausreichend Auslauf - erfolgte daraufhin Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam seitens des Tierhalters. Aufgrund der Aufforderung des Verwaltungsgerichtes, die Vollziehung solange auszusetzen, bis über den Eilantrag entschieden ist, vergingen mehrere Monate. Erst im Juli konnte eine Nachkontrolle der Gegebenheiten erfolgen. Aufgrund der Feststellungen vor Ort wurden Zwangsmaßnahmen zur Reduzierung des Hunderudels verfügt. Daraufhin nahm der Tierhalter mit dem Amt Kontakt auf, mit der Bitte, bei der Vermittlung der Hunde behilflich zu sein. So wurde eine Auffangstation für Polarhunde ausfindig gemacht, welche sechs Junghunde im September übernahm. Im Oktober hat der Tierhalter mit unserer Hilfe die Huskyhaltung selbst aufgelöst.

Amt für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz

1. Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

➤ *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildet nach wie vor die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses. Es wurden verstärkt Fachaufsichtsgespräche vor Ort sowohl im Bereich des Einwohnermeldewesens als auch im Bereich des allgemeinen Ordnungsrechts geführt.

Im Februar dieses Jahres wurde die alljährliche Beratung mit den zuständigen Leitern und Mitarbeitern des Melde-, Pass- und Ausweiswesens der örtlichen Behörden und im Juni die Beratung mit den Leitern der örtlichen Ordnungsbehörden durchgeführt.

Sieben Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger an uns herangetragen wurden, waren teilweise auch vor Ort zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet. Fünf Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet.

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von zwölf Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Amtes für Jugend und Soziales fünf Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen, sechs eingestellt und ein Verfahren nach Einspruch über die Staatsanwaltschaft an das Amtsgericht zur Entscheidung übergeben.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- 240 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 22 Stellungnahmen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 119 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung

- 1 Bearbeitung von Verstößen gegen das Vermessungs- und Liegenschaftengesetz (VermLieg)
- 4 Bearbeitungen von Verstößen gegen das Pressegesetz (BbgPG)

➤ *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 931 Jagdscheininhaber, davon 18 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 248 Jagdbezirke, davon 166 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 59 Eigenjagdbezirke, 17 Verwaltungsjagdbezirke und sechs Bundesforstjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild und eine Hegegemeinschaft Muffelwild; sie bewirtschaftet Muffelwild und Damwild. Es wurden 248 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielten die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Es wurden fünf Hegeschauen der Hegegemeinschaften als Pflichtrophäenschauen anerkannt. Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband, dem Jagdberater und Jagdbeirat konnte erfolgreich weitergeführt werden.

Die Jägerprüfung bestanden 12 von 15 Teilnehmern mit Erfolg.

Die Beratung und Kontrolle der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften erfolgte kontinuierlich. Es wurden acht Jagdgenossenschaftssatzungen bzw. zwei Änderungen der Satzungen genehmigt, die Bildung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirkes zugelassen und die Konstituierung der damit entstandenen Jagdgenossenschaftsgründung begleitet. Zwei neu entstandene Eigenjagdbezirke wurden registriert.

Die Arbeit mit dem Programm „Condition“ wurde wesentlich verbessert. Der Zugriff auf das Bundeszentralregister ist nun möglich.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Erteilung von 11 Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Auswertung der Wildbewirtschaftung, insbesondere die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden
- Bestätigung eines Jagdaufsehers
- Durchführung von acht Ordnungswidrigkeitsverfahren
- Bestätigung von Schweißhundeführern
- Beratung von Wildschadenschätzern

➤ *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler konnten insgesamt 520 Fischereischeine als unbefristete Genehmigung zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten (auch auf Raubfisch) ausgestellt werden. Derzeit gibt es noch 3.645 gültige Fischereischeine A, welche vor dem 01.08.2006 erteilt wurden.

Es fanden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 149 Prüflingen statt, wovon lediglich 10 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Im Landkreis gibt es 66 ehrenamtliche Fischereiaufseher, die jährlich geschult werden. Davon wurden in diesem Jahr acht Fischereiaufseher neu berufen, vier schieden aus. Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die wiederholt durch den Kreisanglerverband Zossen e. V. organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. im Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich

durchgeführten Komplexkontrollen. Die Zusammenarbeit mit den Fischereiberatern und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten
- Ausstellung von 27 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von vier Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 13 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 44 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Erarbeitung von Stellungnahmen u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen bzw. deren Rückbau (Brücken, Wehre)

➤ *Gewerbeangelegenheiten*

Durch Inkraftsetzung des Brandenburgischen Nichtraucherschutzgesetzes Anfang des Jahres konzentrierte sich die Arbeit in Fragen der Fachaufsicht über die örtlichen Gewerbebehörden auf die Umsetzung dieses Gesetzes vorrangig in Gaststätten und Spielhallen. In Vorbereitung der Einführung des Brandenburgischen Gaststättengesetzes vom 07.10.2008 waren ebenfalls umfangreiche fachaufsichtliche Stellungnahmen erforderlich.

Die Umsetzung der EU-Versicherungsvermittler-Richtlinie führte zu neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung und dazu erlassenen Nebenbestimmungen, bei deren Anwendung die Fachaufsicht verstärkt gefragt war.

Anträge auf Ausnahmen erweiterter Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 Brandenburgisches Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG) wurden in vier Fällen bewilligt. Bei der Anzahl der Antragstellungen ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, da die örtlichen Ordnungsbehörden von der Möglichkeit des Erlasses ordnungsbehördlicher Verordnungen für die Freigabe von Verkaufssonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse Gebrauch machen.

➤ *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Die Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung wurde weiter konsequent vorangetrieben. Unterstützt durch die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming und die Handwerkskammer Potsdam wurden Schwerpunktkontrollen in den Handwerksbereichen des Bau- und Kraftfahrzeugtechnikergewerbes durchgeführt. Es wurden in den genannten Handwerken Ordnungswidrigkeiten festgestellt, jedoch ließ sich auch ein präventiver Effekt der Kontrollmaßnahmen erkennen.

Die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Hauptzollamtes Potsdam verbesserte sich wesentlich, da bei Einzelfallprüfungen eine gegenseitige Unterstützung erfolgte.

Die Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung traf sich turnusmäßig im Oktober unter Leitung der Kreisordnungsbehörde des Landkreises. Der Koordinierungsgruppe gehören Vertreter der Handwerkskammer Potsdam, der Kreishandwerkerschaften Potsdam und Teltow-Fläming, der Kreisordnungsbehörden der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming sowie der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel, des Hauptzollamtes Potsdam,

des Finanzamtes Luckenwalde, des Landesamtes für Arbeitsschutz der Bereiche Potsdam und Cottbus sowie der Bau-Berufsgenossenschaft Hannover an.

Erstmals nahm an dieser Beratung der Arbeitskreis "Schwarzarbeitsbekämpfung Brandenburg-Süd" teil, welchem Vertreter der Kreisordnungsbehörden der Landkreise Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Spree-Neiße, Dahme-Spreewald sowie der Handwerkskammer Cottbus angehören.

Zwei Mitarbeiter nahmen am 11. Bundesfahndertreffen in Gifhorn teil. Hauptthemen waren insbesondere Probleme, die sich aus der Schwarzarbeitsverfolgung ergeben. Darüber hinaus gab es Fachvorträge, wie z.B. zur Vermögensabschöpfung von illegal erwirtschafteten Gewinnen.

➤ *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Die Zahl der Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und zur Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungspflichten stieg gegenüber den Vorjahren weiter an. Auf Grund der schlechten Zahlungsmoral der Bürger ist auch eine Zunahme bei der Erteilung von Leistungsbescheiden und den damit verbundenen Vollstreckungsmaßnahmen zu verzeichnen.

Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister (BSM) wurde auch im vergangenen Jahr kompetent ausgeübt. So erfolgten entsprechend der Kehrbuchrichtlinie die Überprüfung von 6 ausgewählten Kehrbüchern der BSM und eine Auswertung in persönlichen Gesprächen. Eine im Mai erfolgreich abgeschlossene Begutachtung eines Kehrbezirkes nach Beendigung des Probejahres ergab die Bestellung des BSM. Im Gegensatz dazu musste aufgrund einer erheblichen Berufspflichtverletzung eine andere Bestellung eines BSM widerrufen werden.

Seit Dezember sind neue gesetzliche Regelungen im Schornsteinfegerwesen in Kraft getreten. Eine bundeseinheitliche Kehr- und Prüfungsordnung ist erst zum 01.01.2010 vorgesehen, folglich gelten die landesrechtlichen Bestimmungen weiter.

➤ *Kriegsgräberwesen*

Der Bund stellte erneut Pauschalgeber in Höhe von 145.600 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis Teltow-Fläming befinden, zur Verfügung.

Im Juni konnte im Ortsteil Sperenberg der Gemeinde Am Mellensee die feierliche Einbettung der im November 2007 geborgenen 45 Kriegstoten bei „Scheer's Berg“ erfolgen.

Die Sanierungen der Kriegsgräberanlagen in den Niedergörsdorfer Ortsteilen Langenlippsdorf und Malterhausen wurde abgeschlossen. Derzeit laufen Vorbereitungen für die Sanierung der Kriegsgräber im Ortsteil Bochow.

Seitens der Stadt Jüterbog wurde ein Antrag auf Verlegung der russischen Kriegsgräberanlage "Am Neumarkt" gestellt. Es ist geplant, diese Toten zum Damm-Friedhof zuzubetten. Derzeit holt das Innenministerium über das Auswärtige Amt die erforderliche Zustimmung der Russischen Föderation zur geplanten Verlegung ein.

Für die Instandsetzung des Kriegsgefangenenfriedhofes STALAG III/A in Luckenwalde wurde im Oktober ein Fördermittelantrag an das Ministerium des Innern weitergeleitet. Im Jahr 2009 soll mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen werden, sofern die beantragten Mittel vom Innenministerium bewilligt werden.

Weiterhin fand gemeinsam mit der Stadt Luckenwalde eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden hinsichtlich der Namensforschung von im STALAG III A verstorbenen russischen Kriegsgefangenen statt. Es gelang, 231 Tote von bisher 4000 Unbekannten zu identifizieren.

Für die Kriegsgräberanlage des Ortsteils Paplitz (Stadt Baruth/Mark) wurde seitens der Stadtverwaltung eine Kostenberechnung eingereicht. Es wird angestrebt, diese Kriegsgräberanlage im Jahr 2009 instand zu setzen.

Seitens der Deutschen Dienststelle (WASSt) erfolgten Überprüfungen von Gräberlisten für öffentlich gepflegte Gräber.

➤ *Bestattungswesen*

Es wurden zwei Widerspruchsverfahren bearbeitet, die sich gegen Entscheidungen der örtlichen Ordnungsbehörden hinsichtlich der Bestattungspflicht richteten.

➤ *Unabkömmlichkeitsangelegenheiten (UK-Angelegenheiten)*

Bis zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes in diesem Jahr, wonach das Antragsverfahren für UK-Stellungen seit August vereinfacht wurde, wurden insgesamt 28 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz bearbeitet. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehersatzbehörden Cottbus und Berlin, der IHK, der Handwerkskammer, dem Bundesamt für den Zivildienst sowie der Agentur für Arbeit konnte auch in diesem Jahr erreicht werden, dass die eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

➤ *Versicherungsbehörde*

Es wurden insgesamt 716 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften und auf Kontenklärung entgegengenommen.

Die zwei Mitarbeiterinnen boten umfangreiche Beratung, beispielsweise bei der Beantragung des Versorgungsausgleiches im Rahmen von Ehescheidungen und bei der Überprüfung der Renten von ostdeutschen Rentnerinnen nach dem Urteil des 13. Senats des Bundessozialgerichtes vom 20.07.2005 zur Anrechnung des Auffüllbetrages bei Kindererziehungszeiten an. Viele Rentnerinnen haben das Versicherungsamt aufgesucht, um aus diesem Grund einen Antrag auf Überprüfung der Rente zu stellen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Versicherungsbehörde wurde intensiviert.

2. Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31.12.2008 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.460 Ausländer gemeldet; davon waren 188 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber.

Insgesamt gingen 25 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung (§ 104a AufenthG) ein. Alle Anträge wurden entschieden. Es konnten elf Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Die Ablehnungen erfolgten in der Hauptsache auf Grund von Verurteilungen wegen vorsätzlicher Straftaten und wegen fehlender Mitwirkung bei Passbeschaffung bzw. Täuschung über die tatsächliche Identität.

Im Bereich Asylwesen scheiterten wiederum mehrfach Abschiebungen, weil die abzuschiebenden Personen sich der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen hatten.

In diesem Jahr fanden vier Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Nur in einigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Die Ausgabe der ePässe (Reiseausweise mit elektronischem Chip) verlief bis jetzt problemlos.

Es wurden zwölf Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie fünf Anträge auf Änderungen des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Von diesen gestellten Anträgen sind neun Anträge zu Familiennamenänderung und fünf Anträge zu Vornamenänderung entschieden.

34 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung, 24 Personen wurden eingebürgert. Durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahre 2007 sind die Anforderungen an die Einbürgerungsbewerber gestiegen. Seit September muss sich jeder Einbürgerungsbewerber, der seinen Antrag nach dem 31.03.2007 gestellt hat, einem Einbürgerungstest unterziehen. Diese Tests werden im Landkreis Teltow-Fläming durch die Volkshochschule durchgeführt.

Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der unteren Standesamtsaufsicht zählten in diesem Jahr neben den turnusmäßigen Prüfungen der Standesämter weiterhin

- die Klärung von Fragen bezüglich der Anlegung eines Familienbuches auf Antrag (Verdacht auf Scheinehe, Prüfung der Geschäftsfähigkeit);
- die Bearbeitung von Anträgen einzelner Gemeinden zur Nutzung von Gebäuden für Trauungen außerhalb des Trauzimmers;
- die Prüfung der Anerkennung bei Eheschließungen im Ausland sowie
- die Frage, wie der Heiratseintrag bei Eheschließung in einem Ortsteil lauten muss.

An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen teil.

3. Sachgebiet Zivil-, Feuerschutz und Rettungswesen

➤ *Brand- und Katastrophenschutz*

Die Kräfte des Brand- und Katastrophenschutzes mussten vom 9. bis 12. Juni 2008 einen Großbrand auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog-West mit einer Ausdehnung von ca. 200 ha bekämpfen. Die Größe des Brandes erforderte die Anforderung der Bundeswehr zur Hilfeleistung. Bei diesem Brand hatte das 2007 neu eingerichtete Kreisverbindungskommando der Bundeswehr seine erste Bewährung. Insgesamt 180 Einsatzkräfte waren im Einsatz und verhinderten erfolgreich eine Ausbreitung des Feuers.

Die Feuerwehren des Landkreises wurden zu 380 Bränden und 680 technischen Hilfeleistungen gerufen.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildung wurden in 22 Lehrgängen 416 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger sowie in Grundtätigkeiten der technischen Hilfe ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsbeteiligung von 94,5 % erreicht werden. Die Übungsstrecken im feuerwehrtechnischen Zentrum durchliefen 756 Kameradinnen und Kameraden.

Die Ausbildung zum Gefahrguteinsatz wurde intensiviert. Im Rahmen der Qualifizierung von Führungskräften der Feuerwehren und der Zug- und Gruppenführer der Brandschutzeinheit des Landkreises fand im Februar im Kreishaus in Luckenwalde eine Ganztagschulung der Ortswehrführer und Wehrführer der Städte und Gemeinden sowie der Zug- und Gruppenführer der Brandschutzeinheit des Landkreises statt.

Im Übungsgeschehen gab es eine Konzentration auf die weitere Umsetzung von Erkenntnissen bei der Bekämpfung von ABC-Schadenslagen und Organisation der Führung auf Ebene der Technischen Einsatzleitungen.

Die Kreisverwaltung unterstützte den Kreisfeuerwehrverband in seiner Arbeit. Zu den Höhepunkten gehörten das Sommerlager des Verbandes mit Kindern und Jugendlichen und die Ausrichtung der Kreismeisterschaften der Kinder und Jugendlichen. An den Kreismeisterschaften nahmen elf Mannschaften aus den Jugendfeuerwehren des Landkreises teil. Die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Feuerwehren des polnischen Kreises Gniezno konnten durch gegenseitige Besuche vertieft werden.

Der Kreistag hatte 2008 einen Beschluss zur finanziellen Unterstützung und Bereitstellung von Technik in Form eines Kleinlöschfahrzeuges für die bessere Gestaltung der Brandschutzerziehung und Werbung von Mitgliedern für die Jugendfeuerwehr gefasst. Die Übergabe des Kleinlöschfahrzeuges erfolgt am 12.03.2009 im Feuerwehrtechnischen Zentrum (FZT).

Im FTZ wurden für die Feuerwehren des Landkreises Wartungsleistungen erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
1.317	Pressluftatmer
2.114	Atemschutzmasken
112	Chemikalienschutzanzüge
2.951	Pressluftflaschen
2.232	Druckschläuche
32	Tragkraftspritzen

Zur Verbesserung der Dienstleistungen des FTZ und der Ausbildungsbedingungen konnte das Schlauchpflegezentrum mit Trocken- und Übungsturm fertig gestellt werden. Der Landkreis wird künftig effizienter die Wartung und Prüfung von Druckschläuchen für die Feuerwehren des Landkreises durchführen können.

Mit dem Trockenturm und den geschaffenen Außenanlagen stehen gleichzeitig auch neue Ausbildungselemente für das Hakenleitersteigen, eine 100-Meter-Hindernisbahn, Übungen mit tragbaren Leitern sowie Übungsflächen für das Retten und Selbstretten zur Verfügung.

Weitere Maßnahmen sind zu nennen:

- die Beschaffung von Ausrüstungen für Gefahrgutwagen im Umfang von 38.000 € sowie
- die Planung und Ausschreibung eines Löschwasserteiches im FTZ für die Maschinistenausbildung (Investitionsvolumen: 40.000 €)

➤ Rettungsdienst

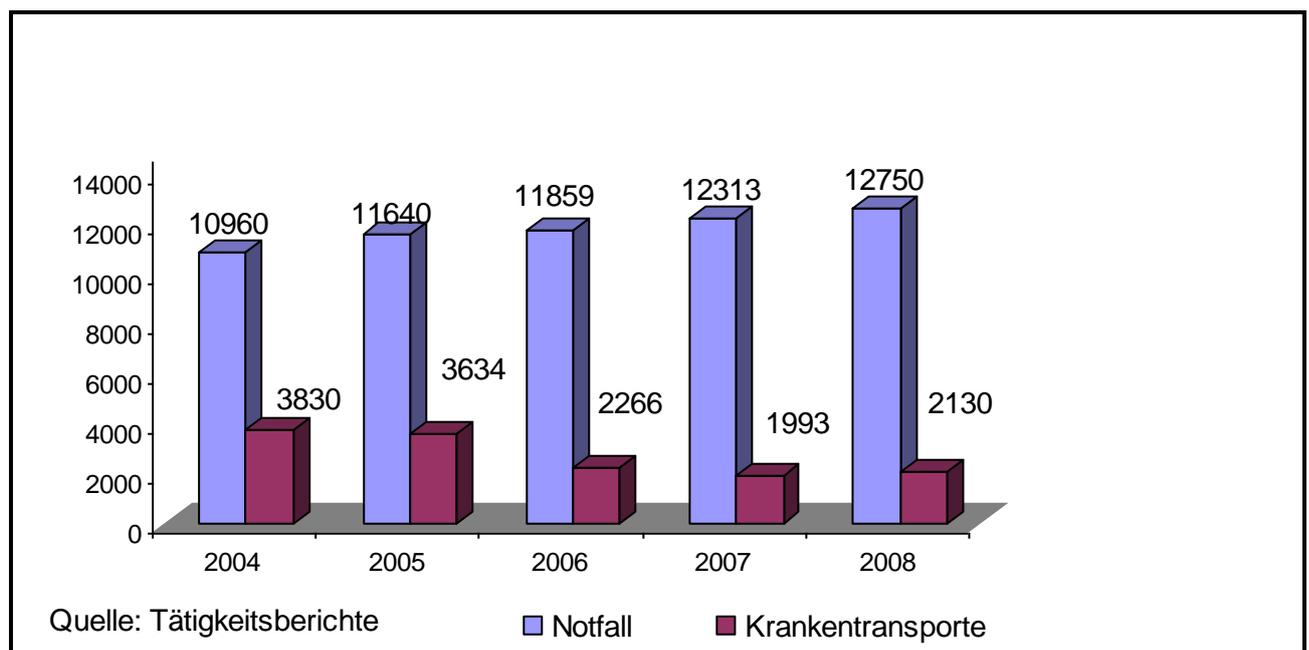
Der Rettungsdienst konnte seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen. Dabei hat sich der im Vorjahr vollzogene Wandel im Einsatzaufkommen, insbesondere im qualifizierten Krankentransport mit den entsprechenden Auswirkungen auf die hierfür vorgehaltenen Kapazitäten, verstetigt.

Die Landesregierung erließ 2008 für den Rettungsdienst eine neue gesetzliche Grundlage. Insbesondere die notärztliche Versorgung im Rettungsdienst, die Rolle des Rettungsdienstes bei Katastrophen und die Finanzierungsgrundlagen wurden weiter spezifiziert.

Durch das Ergebnis im Normenkontrollverfahren der AOK zur Gebührensatzung 2003 sind 2008 zusätzliche finanzielle Belastungen in einem Umfang von 770.000 € auf den Rettungsdienst zugekommen, die erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage des Rettungsdienstes haben.

Der Rettungsdienst führte 2.130 Krankentransporte durch. Der tendenzielle Rückgang ist zum Stillstand gekommen. In der Notfallrettung wurden 12.750 Einsätze gefahren, bei denen in 6.040 Fällen, das sind 47,3 %, ein Notarzt zum Einsatz kam.

Diagramm – Entwicklung der Einsatzzahlen



Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes wurden Investitionen mit einem Gesamtwert von 407.000 € durchgeführt. Die Baumaßnahmen in der Rettungswache Jüterbog wurden abgeschlossen, die Wache konnte im Mai übergeben werden. Damit sind im Landkreis alle Rettungswachen in entsprechenden aus- bzw. umgebauten Objekten untergebracht.

Die Leitstelle des Landkreises hat ihre Aufgaben unter komplizierten Bedingungen erfüllt. Im diesem Jahr wurde zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Stadt Brandenburg an der Havel die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung einer Regionalleitstelle bei der Berufsfeuerwehr der Stadt Brandenburg abgeschlossen.

Dezernat III

Amt für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen

Die aktuelle Struktur des Amtes für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen umfasst neben den beiden Sachgebieten Hochbau und Liegenschaften sowie Straßenwesen, in das die Kreisstraßenmeisterei integriert ist, zusätzlich die Fachgebiete Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht sowie die Fachkraft für Arbeitssicherheit.

1. Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften

Das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften konzentrierte sich auf den Erhalt und die Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften. Modernisierungen, Erweiterungsbauten sowie Umbau- und Instandsetzungsleistungen wurden qualitätsgerecht und nach dem gültigen Stand der Technik auf Basis der bereit stehenden Haushaltsmittel durchgeführt.

Leistungsschwerpunkte waren:

- Errichtung eines Erweiterungsbaus am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde zur Verbesserung der Klassenraumsituation (Investitionsprogramm „Zukunft und Bildung“). Weiterhin wurden am Gymnasium Fachunterrichtsbereiche klimatechnisch aufgewertet.
- Fertigstellung der Schlauchwäsche mit Trocken- und Übungsturm auf dem Gelände des Feuerwehrtechnischen Zentrums (FTZ). Damit wird die Arbeit und Ausbildung der Feuerwehr im Landkreis auf einen neuen Qualitätsstandard gehoben.
- Abschluss der Ärztehaussanierung in Zossen, Weinberge 4. Das Gebäude erhielt eine neue Dacheindeckung, neue Fenster und eine Fassadensanierung.
- Planung der Außenanlagenerneuerung am Gymnasium Rangsdorf. Die bauliche Umsetzung erfolgt in den Sommerferien 2009. Mit dieser Maßnahme wird die Fertigstellung des Schulstandortes Gymnasium Rangsdorf vorerst abgeschlossen.
- Erneuerung bzw. Aufarbeitung von 15 historischen Fenstern am Gymnasium Jüterbog (Schillerhaus). Weitere Arbeiten waren die Sanierung des Treppenhauses und die Umrüstung auf energiesparende Beleuchtungssysteme.
- Die Erneuerung der Lehrküche in der Allgemeinen Förderschule (AFS) in Ludwigsfelde sowie der Beginn der Erneuerung maroder Fenster und der Klassenraumbeleuchtung in sieben Klassenräumen. Das Erdgeschoss wurde für den zahnmedizinischen Dienst umgebaut.
- Schulhoferneuerung der AFS Jüterbog während der Sommerferien
- Sportgeräteerweiterung für schwerstmehrfachbehinderte Schüler in der Turnhalle der Geistigbehinderten-Schule (GBS) in Jüterbog
- Dacheindeckung mit Wärmedämmung eines Unterrichtscontainers auf dem Schulgelände der GBS Groß Schulzendorf
- An dem ehemaligen Lehrlingswohn-/Asylbewerberheim auf dem Gelände des OSZ in Ludwigsfelde wurden die in 2007 begonnenen Dachdeckerarbeiten abgeschlossen und die Regenwasserversickerung durch eine Rigolenanlage den Wassermengen angepasst.

Planungsleistungen an Gebäuden, technischen Anlagen und Freiflächen konnten amtsintern mit einem Wertumfang von ca. 540.000 € erarbeitet werden. 46.700 € wurden für die Vergabe von Ingenieurleistungen für Statik, Elektroplanung, Klimatechnik und Freianlagen eingesetzt.

In Ausschreibungs- und Vergabeverfahren von Bauleistungen erfolgten 82 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 2,10 Mio. €. Hinter einem Gesamtbauvolumen von 2,5 Mio. € standen 247 Auftragsvergaben, von denen 87,04 % bei Firmen und Unternehmen im Landkreis verblieben.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden drei baufachliche Stellungnahmen, vier Prüfungen von Haushaltsunterlagen und vier Verwendungsnachweise erarbeitet bzw. geprüft.

➤ *Liegenschaften*

In diesem Jahr gab es nur wenige Grundstücksverkäufe. Lediglich fünf Grundstücksverträge wurden kassenwirksam. Dies waren:

- Jühnsdorf, Glasower Weg 1 Wohnhaus
- Jühnsdorf, An der Schäferlei WAZ-Pumpstation
- Jüterbog, Am Dammtor 8-10 Ärztehaus
- Jüterbog, Herzberger Straße Pachtobjekt Henrion
- Berlin, Stölpchensee Fläche Teltower Kreiswerke

Ein weiterer Grundstücksvertrag (Verkauf der ehemaligen Behinderteneinrichtung Luckenwalde, Theaterstraße 16c) konnte realisiert werden. Dieser wird aber erst 2009 kassenwirksam. Insgesamt wurde ein Verkaufserlös von 250.784,67 € erzielt.

Der Landkreis erwarb insgesamt 288 Grundstücke für den Bau straßenbegleitender Radwege und die Erweiterung der Flaeming-Skate. Schwerpunktbereiche der Grundstücksgeschäfte waren die Gemeinden Nuthe-Urstromtal (Ahrensdorf, Liebätz), Niedergörsdorf (Oehna), Niederer Fläming und das Amt Dahme/Mark (Wahlsdorf, Niebendorf-Heinsdorf).

Im Rahmen des Flurneuordnungsverfahrens im Bereich Oehna wurde der Abschluss der Landverzichtserklärungen mit der Flurneuordnungsbehörde abgestimmt. Damit hat der Landkreis Teltow-Fläming bis zum Jahresende 32,8023 ha Rad- und Skateweg erworben.

Bei Miet- und Pachtobjekten wurden die geplanten Einnahmen von 318.000 € trotz des Verkaufs einiger Mietobjekte um 192.785 € überschritten. Durch den Abschluss neuer Mietverträge, insbesondere mit der Polizei (Wache Jüterbog), konnte der Vermietungsstand stabilisiert werden. Durch die von den Teltower Kreiswerken verwalteten Grundstücke aus dem Vermögen „Altkreis Teltow“ in Berlin wurden Pachten und Nutzungsentgelte in Höhe von 288.000 € erzielt.

2. Sachgebiet Straßenwesen

Das Sachgebiet Straßenwesen ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand von 200 km Kreisstraßen, 64 km begleitenden Radwegen sowie 191 km Rad- und Skatewegen (Flaeming-Skate®) verantwortlich. Zu den Aufgaben der Straßenbaubehörde gehören

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege einschließlich Organisation des Winterdienstes,
- die Instandsetzung und Erneuerung der Kreisstraßen, Radwege sowie der Flaeming-Skate,
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse),
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen) und
- die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Schadensmeldungen an Kreisstraßen.

Die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate[□] einschließlich der Reinigung wird größtenteils durch die Kreisstraßenmeisterei durchgeführt. Die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Straßendecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate[□] werden hauptsächlich durch Auftragsvergabe an entsprechende Fachfirmen realisiert. Dabei wurden Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 983.000 € vergeben. Der Winterdienst auf den Kreisstraßen wird mit vertraglichen Regelungen durch Firmen aus dem Kreisgebiet durchgeführt, da diese Aufgaben nicht zum Leistungsprofil der Kreisstraßenmeisterei zählen. Hierbei haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 85.000 € erbracht. Der Einsatz des Winterdienstes erfolgt eigenverantwortlich durch die beauftragten Firmen. Dem Sachgebiet obliegen hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende Bauvorhaben abgeschlossen:

- Neubau der Ortsumfahrung Dornswalde der K 7225 einschließlich Radweg,
- Ersatzneubau des Durchlassbauwerkes über den Kreuzfeldgraben in Woltersdorf (K 7221)
- Instandsetzung von 15 Durchlass- und Brückenbauwerken im Zuge der Kreisstraßen,
- Ergänzung der Flaeming-Skate® mit dem Neubau des Abschnittes Fröhden - Schlenzer - Wahlsdorf,
- Neubau des Straßenkurses auf dem Gelände der Skate-Arena Jüterbog,
- Instandsetzung des Abschnittes Stülpe - Ließen der Flaeming-Skate®.

Folgendes Bauvorhaben wurde im Jahr 2008 begonnen und wird 2009 fertig gestellt:

- Erneuerung der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt Luckenwalde der K 7220 (Ruhlsdorfer Chaussee) einschließlich Herstellung einer Straßenentwässerungsanlage (Regenwasserkanal) mit Erneuerung der Nebenanlagen sowie Verlegung von Trink- und Schmutzwasserleitungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Luckenwalde und der NUWAB GmbH.

Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Sachgebietübergreifend ist das Ergebnis des IKOL-Vergleichsringes von acht Umweltämtern im Land Brandenburg ausgewertet worden. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der zuständigen Organisatorin werden Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur für die Untere Abfallwirtschafts-, Untere Bodenschutz-, Untere Naturschutz- und Untere Wasserbehörde erörtert und sich ergebende Konsequenzen herausgearbeitet.

Im Verlaufe des Jahres absolvierten vier Auszubildende in den Sachgebieten des Amtes ihre praxisbezogenen Ausbildungszeiten.

Für fünf Sitzungen und einen Sondertermin des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt leistete das Amt den erforderlichen Sitzungsdienst. Es wurden drei Vorlagen für Beschlussgremien des Kreistages erarbeitet und für eine Anfrage Zuarbeiten gefertigt.

Zum diesjährigen Tag der Umwelt fand eine öffentliche Vortragsveranstaltung zum Thema „Biologische Vielfalt“ statt. Hier wurde in mehreren Vorträgen dargestellt, wie in den vergangenen Jahrzehnten die Artenvielfalt auf Grund menschlicher Aktivitäten beeinträchtigt wurde. Einige Tier- und Pflanzenarten sind stark gefährdet und andere bereits völlig ausgestorben. Dieses Thema wird zzt. weltweit diskutiert, um die Menschen auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

1. Sachgebiet Landwirtschaft

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabengruppen Agrarförderung, Grundstücksverkehr, Düngemittelverordnung/Klärschlammverordnung, Futtermittel, Agrarstatistik, Kreiswald, ländliche Entwicklung/Agrarrecht und die Landwirtschaftsschule.

Im Landkreis Teltow-Fläming sind beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt zurzeit 396 landwirtschaftliche Betriebe angemeldet. Trotz bestehender Probleme, z.B. in der Milch- und Schweineproduktion, hat die Landwirtschaft eine wirtschaftlich positive Entwicklung genommen. Dazu beigetragen hat insbesondere der Bereich der Pflanzenproduktion mit Erträgen bei Getreide von 40,2 dt/ha und bei Winterraps von 29,2 dt/ha. Die Flächenerweiterung des Anbaues von Kulturpflanzen zur Energiegewinnung setzte sich auch im Jahr 2008 fort.

Eine Verbesserung in der Antragstellung zur Gewährung der Agrarbeihilfen konnte durch die papierlose Antragstellung erreicht werden. Durch die Initiative des Sachgebietes Landwirtschaft haben 80 % der Antragsteller diese Variante genutzt. Im vergangenen Jahr wurden 294 Anträge auf Agrarförderung bearbeitet und 28,1 Mio. € Direktzahlungen bewilligt.

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fördermitteln zur Förderung einzelbetrieblicher Investitionen wurde vermehrt in Anspruch genommen. Schwerpunkte bei den Investitionen waren die Milchviehhaltung, die Gemüseproduktion und die Pferdehaltung. Es wurden Zuschüsse von 4,15 Mio € bewilligt. Somit konnten zusätzlich 89 Arbeitsplätze im Landkreis geschaffen werden.

Die Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung „Kartoffelwelt - Karriere einer Knolle“ vom 02.09.2008 - 11.09.2008 im Kreishaus hat vielen Besuchern einen Einblick in den Bereich der Kartoffelproduktion gegeben. Am 20. September fand in Dahme das 8. Kreiserntefest statt. Wie in den Vorjahren hat der Landkreis diesen kulturellen Höhepunkt finanziell und personell unterstützt.

Für den 6. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ haben sich zehn Dörfer angemeldet und für den Sonderwettbewerb in verschiedenen Kategorien lagen 26 Vorschläge zur Bewertung vor. Am 28. November wurden auf der feierlichen Preisverleihung in der Kulturscheune in Thyrow die Wettbewerbssieger geehrt. Der Ort Blankensee als Sieger des Kreiswettbewerbs wird 2009 am Landeswettbewerb teilnehmen.

Zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum des Landkreises ist die Lokale Aktions-Gruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e.V. etabliert worden. Im Vorstand ist der Landkreis als Mitglied vertreten. Für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER wurden 3,2 Mio. € Fördermittel bewilligt.

In Auswertung der positiven Ergebnisse der Präsentation des Landkreises Teltow-Fläming bei der Gemeinschaftsschau der deutschen Bundesländer auf der Grünen Woche im Januar 2008 in Berlin hat sich der Landkreis Teltow-Fläming mit den Städten und Gemeinden sowie Direktvermarktern für eine Teilnahme zur Präsentation in der Brandenburghalle auf der Grünen Woche 2009 in Berlin beworben. Nach der Zustimmung durch das MLUV erfolgte die konkrete Abstimmung mit den Kommunen des Landkreises und den Direktvermarktern aus der Region in Vorbereitung auf die Grüne Woche 2009. Die Auswertung der Messebeteiligung mit den Ausstellern ergab eine sehr positive Resonanz mit der Schlussfolgerung für die unbedingte Weiterführung 2010.

In der Landwirtschaftsschule wurden 24 Bildungsmaßnahmen durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt hier in der Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister und zum Pferdewirt. Darüber hinaus wurden Winterschulungen und Fachkurse angeboten. Durch das vielfältige Angebot an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen kommen viele Teilnehmer auch aus den angrenzenden Landkreisen.

Aufgabenthematik	2006	2007	2008
Bearbeitung Anträge Agrarförderung davon Antragsteller über das Internet	322 21	311 52	294 230
Abtretungen	71	61	58
Pfändungen und Verrechnungen	80	73	61
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	118	118	130
Maßnahmen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	168	156	159
Pachtverträge	12.400	12.363	12.301
Grundstücksverkehr	500	522	353
Bearbeitung Klärschlammanträge	26	33	16
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	29	40	16
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	165	231	223
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	99	154	118
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	285	416	517
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	17	18	24
Vor-Ort-Kontrollen Fernerkundung	-	63	70

Anlässlich des Weltbodentages hatte der Landkreis am 26. November Landwirte, Berater sowie Vertreter von Industrie, Handel und Behörden nach Luckenwalde eingeladen. Gemeinsam mit dem LVLf wurde über aktuelle EU-Anforderungen und Ergebnisse zu Fruchtfolgegestaltung und Humuswirtschaft berichtet sowie über Erfahrungen aus der Praxis diskutiert.

2. Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Dieses Sachgebiet umfasst die Aufbengruppen Gewässerschutz, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Umweltstreife.

Aufgabenthematik	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl
Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	27	16	9
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	29	33	16
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	359	333	619
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	27	35	23
Störfälle	23	5	12

➤ *Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)*

Die hier angesiedelten Gremien Staubeirat und Trinkwasserschutzkommission (TWSZK) tagten regelmäßig. Der Schwerpunkt der Arbeit der TWSZK lag dabei in der Abwicklung des Verfahrens zur Neufestsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Jüterbog. Die Bearbeitung in der Zuständigkeit des Landkreises wurde abgeschlossen. Das Verfahren wird nun vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) weitergeführt. Mit der neuen Verordnung zum Wasserschutzgebiet Jüterbog ist im Frühjahr 2009 zu rechnen.

Die vom Landkreis durchgeführte Grundwassersanierung in Rangsdorf wurde erfolgreich fortgesetzt und zum Jahresende die Beendigung geprüft. Die entnommene Schadstoffmenge erhöhte sich auf insgesamt ca. 2,6 Tonnen.

➤ *Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)*

Die Untere Bodenschutzbehörde (UBB) unterstützt das Ministerium für Finanzen (MF) weiterhin bei der Übernahme der ehemaligen Militärfelder um den Bereich des Flugplatzes Sperenberg von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Für die laufenden Verhandlungen des Landes Brandenburg mit der Bundesrepublik Deutschland hatte der Landrat Teltow-Fläming den Auftrag, alle verhandlungsrelevanten Belange zuzuarbeiten. Im Ergebnis wurde das MF umfassend informiert. Weiterhin wird die enge Zusammenarbeit zwischen der durch das Land für seine Interessenswahrnehmung betrauten Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH und der UBB fortgeführt. Mehrfach wurden Karten zur komplexen Themenvisualisierung bereitgestellt.

Die Sanierung des Tanklagers Sperenberg (Abschöpfung der Kerosinphase) wird mit einem Pilotprojekt fortgeführt. Im Ergebnis dieses Pilotversuches wird die effektivste Sanierungsvariante ermittelt, die dann zur Ausführung kommt. Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ arbeitet stabil und entfernte bisher insgesamt ca. 10 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe.

Im Bereich der zivilen Altlasten wurde das 2007 begonnene Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ fortgeführt. Das Schadensausmaß im Grundwasser ist erheblich. Boden- und Grundwassersanierungsmaßnahmen sind unumgänglich. Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich weiter kontinuierlich und positiv. Zur weiteren Sicherung der Trinkwasserversorgung in Ludwigsfelde muss die dritte organische Aufbereitungsstufe im Wasserwerk für den Schadstoff Vinylchlorid (VC) ertüchtigt werden. Die Planungen dafür wurden in diesem Jahr abgeschlossen. Die praktischen Arbeiten beginnen Anfang 2009.

➤ *Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)*

Bereits in den Tätigkeitsberichten ab 2005 wurden Ausführungen zu insolventen, nach Bundesimmissionsschutzrecht genehmigten, Anlagen im Landkreis Teltow-Fläming gemacht. Durch einen unerwarteten Runderlass (2006) sollen die Landkreise die Beseitigung dieser lagernden Abfälle übernehmen. Dies ist seitens der Landkreise nicht hinzunehmen. Es wurde Klage eingereicht. Unter Vermittlung des Landkreistages wurde 2008 der Versuch unternommen, mit dem MLUV eine für alle Landkreise gültige außergerichtliche Lösung herbeizuführen. Die Verhandlungen laufen. Das Ergebnis ist offen.

In sehr enger Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft Potsdam konnten 2007 die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Die Ermittlungen dauern an. In Markendorf und Malterhausen wurden durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) zur Gefahrenerkundung Grundwassermessstellen gebaut und das Grundwasser untersucht. Chemische Analysenbefunde lagen bis Ende des Jahres noch nicht vor. Der geologische Untergrundaufbau schützt in Markendorf das Grundwasser relativ gut. In Malterhausen ist der Schichtenaufbau für den Schutz des Grundwassers teilweise ungünstig.

Mit einer Vielzahl von Anordnungen wurde die Untere Abfallwirtschaftsbehörde (UAB) gegen den Verursacher eines Teils der illegalen Ablagerungen in Malterhausen tätig. Gegen jede dieser Anordnungen wurde zunächst Widerspruch und dann Klage erhoben - bis hin zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Inzwischen sind/waren 10 Klagen anhängig. In den Hauptsacheentscheidungen behielt die UAB bisher recht. Zwei Eilentscheidungen gingen verloren. Bis auf die wirksame Durchsetzung des Baustopps wurde durch die gerichtlichen Verzögerungen in der Sache bisher nichts erreicht.

Die *Umweltstreife* hat folgende Abfallmengen einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2006	2007	2008
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	123.130	100.980	88.190
Kühlgeräte in Stück	46	29	40
Reifen in Stück	607	594	781
Batterien in Stück	95	35	6
Elektronische Geräte in Stück	107	82	114
Sonderabfälle in kg	936	3.205	4.503

3. Sachgebiet Naturschutz

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabengruppen Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

Im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises konnten der Teilplan Boden, Klima/Luft und das Entwicklungskonzept Teil I bearbeitet werden. Im Jahre 2009 soll diese wichtige Planungsgrundlage zum Abschluss gebracht werden.

Im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau des Verkehrsflughafens Berlin-Brandenburg International wurden umfangreiche Mittel in Form der Ersatzzahlung für Versiegelung an den Naturschutzfonds überwiesen. Diese Mittel werden jetzt in Form von Projektanträgen zur Aufwertung der Region von den Gemeinden über die Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC) mit fachlicher Unterstützung durch die UNB zurückgeholt. Grundlage der Projektanträge bildet das gemeinsame Strukturkonzept (GSK), welches mit dem abschließenden Planungsatlas den Kommunen übergeben wurde. Zu den einzelnen Projektanträgen gibt die UNB eine kreisliche Stellungnahme unter Einbeziehung der betroffenen Fachbereiche ab. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt und der Naturschutzbeirat wurden über den aktuellen Stand informiert.

Weiter gearbeitet wurde an dem Angebotskatalog für die Bereitstellung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für Investoren. Hier gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Zum einen den kreislichen Ökopool und zum anderen können Flächenangebote von Privatpersonen genutzt werden. Dieses hat zur Folge, dass den Investoren eine lange Suche nach Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen durch die UNB erleichtert werden kann.

Für die militärische Liegenschaft „Kummersdorf Gut/Sperenberg“ und das Denkmal „Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ wurde eine naturschutzfachliche Kurzbewertung und Zielkonzeption erarbeitet, die als Grundlage für die Errichtung eines großen kreislichen Ökopools dienen soll.

Der Artenschutz hat auf Grund der Artenschutzzuständigkeitsverordnung auch in diesem Jahr an Bearbeitungsumfang zugenommen. Neben den täglichen Eingriffsvorhaben nehmen viele Bürger bestimmte Veränderungen in der Natur wahr und sind bemüht, diese der Behörde mitzuteilen und um Unterstützung zu bitten.

Der Rückbau von Teilen des ehemaligen Militärobjektes Forst Zinna wurde über ein Jahr von der UNB erfolgreich betreut.

Im Bereich der Schutzgebiete wurde ein besonderes Augenmerk auf die Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen bzw. Managementplänen gelegt. Diese bilden die Grundlage für die Umsetzung der NSG-Verordnungen. Einzelmaßnahmen werden in Zusammenarbeit von Grundstückseigentümern und UNB erarbeitet. Im Naturschutzgebiet (NSG) Prierowsee wurden umfangreiche Pflegemaßnahmen im Rahmen des EU-Förderprojektes „Binnensalzstellen“ umgesetzt.

In Zusammenarbeit mit den Agrarbetrieben im Raum Dahme/Mark, dem Wasser- und Bodenverband und der UNB konnten fünf neue Teiche für den Erhalt der Laubfroschpopulation angelegt werden.

Der UNB wurden neun Zivildienstleistende zur Betreuung zugewiesen. Vier davon sind im Bereich der Landschaftspflege zur Pflege von Orchideenwiesen eingesetzt.

Aufgabenthematik	Anzahl 2006	Anzahl 2007	Anzahl 2008
Genehmigungen zu Baumfällungen und Alleen	390	516	384
Genehmigungsverfahren zu Eingriffen in Natur und Landschaft	340	429	523
Beurteilungen von Fachplänen	214	212	261
Genehmigungs- und Befreiungsverfahren in Schutzgebieten und -objekten	170	191	220
Maßnahmen zum Artenschutz	109	92	146

Dezernat IV

Amt für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz

1. Sachgebiet Planung

Die Aufgaben des Sachgebietes Planung gliedern sich in folgende Schwerpunkte:

- Unterstützung von Anwohnern und Unternehmen im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau Berlin-Brandenburg International, Zusammenarbeit mit Flughafengesellschaft und Planungsbehörden
- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Vorhaben sowie Durchführung eigener Maßnahmen im Hinblick auf eine positive Regionalentwicklung und die Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben sonstiger Planungsträger und anderer Ämter

Im Einzelnen waren folgende Maßnahmen und Entwicklungen von besonderer Bedeutung.

➤ *Flughafenkoordinator*

Aus den Aufgaben des im Sachgebiet angesiedelten Flughafenkoordinators ergaben sich folgende Tätigkeiten:

- die Mitarbeit im Rahmen des Dialogforums zur Entwicklung des Flughafenumfeldes in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien der kommunalen und ministeriellen Ebene sowie in der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC)

- die Mitwirkung an der Erstellung eines Planungsatlasses für den Bereich des Flughafenumfeldes im Zusammenschritt der einschlägigen Planungen, Rahmenbedingungen, Konzepte und Gutachten sowie die Erarbeitung einer ergänzenden kreisbezogenen Gewerbeflächenanalyse
- die Leitung und Sacharbeit innerhalb des amtübergreifenden Arbeitskreises Flughafen zur Unterstützung der Anliegen der Bürger in Bezug auf die Auswirkungen des Baus des Flughafens und die Beteiligung an der eingeführten Bürgersprechstunde in Blankenfelde-Mahlow
- Beantwortung sonstiger Anfragen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens und den zu erwartenden Auswirkungen

➤ *Regionalentwicklung/Infrastruktur*

Zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises Teltow-Fläming sind folgende Vorhaben in den Bereichen Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur hervorzuheben:

- Von besonderer Bedeutung für den Landkreis ist weiterhin die Fortführung des vierstreifigen Ausbaues der B 101n. Hierzu wurde in Abstimmungsgesprächen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung wiederholt auf die Notwendigkeit einer kurzfristigen Weiterführung der fehlenden Bauabschnitte hingewiesen. Gleichzeitig richteten sich die Bemühungen darauf, eine optimale Trassengestaltung zu erreichen und in schwierigen Verfahrensschritten zwischen den Beteiligten zu vermitteln.

Im Rahmen der Abstimmungen zur Entwurfsplanung für den Abschnitt der B 101n Ortsumgehung Thyrow wurde, dem entsprechenden Kreistagsbeschluss folgend, für die Planung des Brückenbauwerkes im Zuge der L 795 über die B 101n die Berücksichtigung eines straßenbegleitenden Radweges nachdrücklich eingefordert.

Für die Ortsumgehung Luckenwalde Süd erfolgte aufgrund der erneuten Beteiligung zu den Planunterlagen die Abstimmung und Erarbeitung der kreislichen Stellungnahme. Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurde Ende des Jahres abgeschlossen. Für den Lückenschluss zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen begannen im Herbst die archäologischen Vorarbeiten. Mit Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses und damit des Baurechts wird der Ausbau dieses Abschnittes erfolgen.

- Zur Verbesserung der verkehrlichen Situation in den Ortslagen erfolgte im Juli die Verkehrsfreigabe der Ortsumgehung Dornswalde im Zuge der K 7225. Ferner wurde im Zuge der Straßenbaumaßnahme für den Radweg an der K 7239 von Diedersdorf nach Birkholz (Birkholzer Straße) die Planung fortgeführt. Der Bau des genannten Radweges soll im Jahr 2009 erfolgen.
- Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter erarbeitete das Sachgebiet Planung eine Reihe von Stellungnahmen zu weiteren Planfeststellungsverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Träger. Beispielhaft sind hier die Änderungs- und Ergänzungsverfahren für den Ausbau des Flughafens Schönefeld, Ausbaumaßnahmen an der Dresdner Bahn, Aus- bzw. Umbau der Anschlussstellen Rangsdorf und Genshagen im Zuge der Autobahn A 10 sowie das Bauvorhaben L 76n – Ortsumgehung Mahlow genannt.
- Im Juli wurde der Abschnitt Fröhden - Schlenzer - Wahlsdorf des touristischen Projektes Flaeming-Skate® feierlich eröffnet. Dieser Abschnitt, der den großen Rundkurs mit einer Länge von ca. 100 km praktisch in der Hälfte teilt, ist eine wichtige Voraussetzung für die stärkere Nutzung der östlichen Streckenabschnitte der Flaeming-Skate®, die in den darauf folgenden Monaten bereits zu verzeichnen war.

Im Rahmen der Deutschen Meisterschaften im Inline-Skaten wurde im Sommer auch der Straßenkurs in der Skate-Arena Jüterbog mit einer Länge von 500 m seiner Bestimmung übergeben. Damit wurde ein weiterer Baustein der Entwicklung der Skate-Arena Jüterbog zu einer herausragenden Sportstätte für Inline-Skater in Deutschland fertig gestellt. Um den Nutzungsrahmen in der Arena noch zu erweitern, wurden die Planungen für eine Biathlonschießanlage abgeschlossen und die Fördermittel beantragt. Der Bau der Anlage ist für das Jahr 2009 geplant.

Darüber hinaus wurden die Planungen für den Abschnitt Wahlsdorf - Prensdorf abgeschlossen. Nach Klärung der Grundstücksfragen erfolgt die Antragstellung auf Fördermittel. Die Fertigstellung dieses Abschnittes ist für das Jahr 2010 geplant.

- Die Umsetzung des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming, das u. a. auf die Herstellung durchgängiger Radwegeverbindungen von Berlin zur Flaeming-Skate® zielt, konnte mit folgenden Maßnahmen weiter vorangetrieben werden:
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges von der L 79/Wietstocker Kreuzung bis Ortseingang Großbeeren (K 7241, alte B 101)
 - Fertigstellung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Löwendorf nach Schönhagen
 - Beginn der Planung für den Bau eines Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen
 - Fertigstellung der Entwurfsplanung für die Schaffung einer Radwegeverbindung zwischen Mückendorf und Zesch am See
- Nachdem die Ausschilderung des touristischen Radwegekonzeptes „Wege durch die Regionalparks in Brandenburg“ im vergangenen Jahr abgeschlossen und die Routen im Mai eingeweiht wurden, erfolgte im Verlauf des Jahres die Erarbeitung der planerischen Voraussetzungen für den Ausbau des nicht befahrbaren Abschnittes zwischen Thyrow und Märkisch Wilmersdorf. Nach der Bewilligung von Fördermitteln soll im kommenden Jahr die Realisierung der Baumaßnahme erfolgen.
- Schwerpunkt für das Projekt „Flaeming-Ride“ war die Pflege und Aktualisierung der im vergangenen Jahr erstellten Internetpräsenz (www.flaeming-ride.de), so dass ein umfangreiches Informationsangebot sowohl zu touristischen als auch zu sicherheitsbezogenen Themen rund um das Motorradfahren zur Verfügung steht.

Im Hinblick auf die übergeordnete Raumentwicklungsplanung wurden unter Berücksichtigung entsprechender Beschlüsse und Anfragen des Kreistages Beiträge im Rahmen des Verfahrens zum Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) erarbeitet. Des Weiteren wurden Stellungnahmen zur Zukunft der Regionalplanung einschließlich erster Vorarbeiten zum Regionalplan 2020 verfasst. Es erfolgte darüber hinaus die Mitwirkung am Modellvorhaben der Raumordnung zur Erarbeitung von Handlungsansätzen für die Sicherung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen. Die Ergebnisse dienen der Vorbereitung künftiger regionalplanerischer Festlegungen.

Regionsübergreifend und unter Einbeziehung einer Reihe von Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen wurde der Antrag für ein Teilprojekt im Rahmen der Fördermaßnahme des Bundes „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ (KLIMZUG) erarbeitet, der jedoch in der Maßnahme zunächst nicht berücksichtigt werden konnte. Ziel der Bemühungen ist ein ganzheitlicher Ansatz, das Wissenspotenzial zum globalen Klimawandel in möglichst vielen Anwendungsfeldern der Region zur Auslösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Innovationen zu nutzen.

Im September wurde mit der Überarbeitung der Leitbilder zur Kreisentwicklung begonnen. Der Beschluss der Leitbilder durch den Kreistag ist für das Jahr 2009 vorgesehen. Für die vom Kreistag bereits beschlossene Erarbeitung einer Sportentwicklungskonzeption erfolgten Recherchen zu Inhalt, Umfang und Planungsablauf. Darüber hinaus unterstützte das Sachgebiet Planung die Aktualisierung des Schulentwicklungsplans und die Erarbeitung von Seniorenpolitischen Leitlinien für den Landkreis.

➤ *Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen*

Die Arbeit des Sachgebietes Planung hinsichtlich bauplanungsrechtlicher Belange stellte sich wie folgt dar:

- Insgesamt wurden 42 verschiedene Bauleitplanungen verfahrensmäßig in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet, davon wurden 20 neue Planverfahren eingeleitet. Beispielfhaft seien folgende Bauleitplanverfahren genannt:
 - Bebauungsplan (BP) „Holzerlebniswelt“ der Stadt Baruth zur Ergänzung des Kompetenzzentrums Holz um Bildungsangebote und weitere Dienstleistungen;
 - Entwurf Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Blankenfelde unter Berücksichtigung der vorliegenden Planungsrichtung zur Flughafenumfeldentwicklung und
 - Aktualisierung des FNP der Gemeinde Rangsdorf, ebenfalls unter Einbeziehung der Planungsgrundlagen für das Flughafenumfeld.

Der Trend der vergangenen Jahre zur Erschließung neuer wirtschaftlicher Betätigungsfelder vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Energiepolitik hat sich fortgesetzt. So hat u. a. die Stadt Luckenwalde den BP „Solarkraftwerk Luckenwalde“ auf ehemals genutzten Riesefeldern eingeleitet. Die begonnenen Planverfahren wurden weitergeführt.

- Das Sachgebiet Planung positionierte sich unter Berücksichtigung von kreislichen Entwicklungsabsichten zu städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen und zu Maßnahmen des Stadtumbaus kreisangehöriger Gemeinden. In Jüterbog ist hier mit dem Gebiet „Mittelalterliche Vorstädte und Wallanlage“ ein Sanierungsgebiet hinzugekommen. Seit Jahren haben die städtebaulichen Maßnahmen zur stadträumlichen Gestaltung und zur Stadtbildaufwertung für die Gemeinden mit festgelegten Sanierungsgebieten hohe Priorität. Gleichzeitig wurden die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) der Stadt Jüterbog, wie zuvor bereits in den Städten Luckenwalde und Ludwigsfelde, unterstützt und entsprechende Stellungnahmen erarbeitet. Das Sachgebiet begleitete zudem die Förderung von Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) mit städtebaulicher Sensibilität und unter besonderer Berücksichtigung der Förderung von Tourismus und Erholung.
- In das Verfahren zur Aufstellung eines Lärmaktionsplanes der Stadt Ludwigsfelde war der Landkreis im Rahmen einer Arbeitsgruppe einbezogen. Seitens des Sachgebietes Planung wurde die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange federführend wahrgenommen und die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe abgesichert.

Wie in den vergangenen Jahren arbeitete das Sachgebiet in der Koordinierungsgruppe des Landkreises mit und war mit der Führung der Sitzungsprotokolle der Koordinierungsgruppe beauftragt. Im Jahr 2008 wurden acht Sitzungen an verschiedenen Tagungsorten vorbereitet und durchgeführt. Die Gewährleistung aktueller Informationen und die Gewinnung kompetenter Referenten sind jährliches Anliegen.

Bei allen Planungen nimmt das Geografische Informationssystem (GIS) unverändert eine besondere Rolle ein. Neben der Erfassung neuer Themen und der Aktualisierung bestehender Datenbestände der Bauleitplanung erlangt die Aufarbeitung der Daten für die Präsentation mittels neuer Medien (Intranet/Internet) zunehmende Bedeutung. Schwerpunkte waren die Erschließung der GIS-Anwendungen für breitere Nutzerkreise, die Datenbereitstellung und der Austausch mit Fachämtern und Dritten sowie die Verbesserung der Funktionalität des GIS für die Raumplanung. Der wachsenden Anwendungsbreite des GIS wurde durch die Fortschreibung des derzeitigen GIS-Konzeptes Rechnung getragen. Eine Arbeitsgruppe GIS, unter Mitwirkung des Sachgebietes Planung, erarbeitet die Ausrichtung und die Schwerpunkte der zukünftigen Entwicklung.

2. Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Das Baruther Holzkompetenzzentrum ist und bleibt Beispiel für die Ausrichtung der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming, Investoren und Bauherren die notwendige Unterstützung bei der Realisierung ihrer Baumaßnahmen zu geben. Genehmigungsverfahren werden beschleunigt, wo immer es geht. Zu den bisher bekannten und genehmigten B-Plänen "Bernhardsmüh I/III, II/IV und V" kommt der B-Plan Nr. VI mit einer Größe von ca. 35 Hektar hinzu, welcher in Bearbeitung ist (Stand § 33 I BauGB ist gegeben). Interessenten sind diverse dort ansässige Firmen der Holzindustrie. Es gibt auch bereits erste Überlegungen zu "Bernhardsmüh VII".

Für die sich im Landkreis ansiedelnden und erweiternden Unternehmen innerhalb kurzer Zeit die erforderlichen Baugenehmigungsverfahren zu erarbeiten, ist nur durch eine Vorhaltung qualifizierten technischen Personals in der Bauaufsichtsbehörde, unterstützt durch juristischen Sachverstand, möglich.

Der Verfahrensumfang der technischen Prüfung und die rechtliche Bewertung innerhalb der Konzentrationswirkung der Baugenehmigungen haben durch ständige Rechtsänderungen des Gesetzgebers ein Maß angenommen, welches von einem einzelnen Bearbeiter teilweise schwer zu durchdringen ist. Dennoch ist es gelungen, gelegentlich innerhalb weniger Wochen und i. d. R. innerhalb von drei Monaten die Genehmigungsverfahren zu führen. Hier nur einige nennenswerte Vorhaben:

- Nutzungsänderung eines Bürogebäudes mit Lagerhalle (BUDERUS) zur Werkzeugfertigung, Formenbau und Kunststoffspritzerei mit Lager (Firma Hoppe) im Gewerbepark M2, Am Lückefeld in Mahlow
Herstellungskosten der Nutzungsänderung: 785.000,- €
Arbeitskräfte im bestehenden Betrieb (derzeit in Berlin): 53
nach Durchführung der Nutzungsänderung: 80
Bearbeitungszeit: 10 Wochen
Baubeginn: November 2008
- Neubau Rohrstützpunkt
Verwaltungs- und Lagergebäude für den WAZ (Wasser- und Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow) in Blankenfelde, Glasower Damm
Investitionssumme (veranschlagte Kosten des Bauwerks): ca.1,53 Mio. €
Bearbeitungszeit: 4 Monate
Arbeitskräfte im bestehenden Betrieb: 17, nach Durchführung des Vorhabens: 23
- Neubau Vereinshaus BSC 1927 Blankenfelde (Fußballverein Blankenfelde-Mahlow)
Investitionssumme (veranschlagte Kosten des Bauwerks): 482.000,- €
- Errichtung eines Stahlgittermastes als Mobilfunkturn der Telefonica O2 (Germany) GmbH & Co. OHG im Außenbereich als Ersatzstandort für den bestehenden O2-Mast innerhalb des Gewerbegebietes in Dahlewitz

Auf diesem Grundstück soll eines der modernsten und innovativsten Testzentren für Triebwerkskomponenten (MTOC) weltweit entstehen. Der neue im Außenbereich befindliche Standort befindet sich innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Notte- Niederung“. Die erteilte Baugenehmigung für den O2-Mast beinhaltet u. a. eine Befreiung von den Ge- und Verboten der Rechtsverordnung über das LSG für die Errichtung eines 67 m hohen Stahlgittermastes und eine Waldumwandlungsgenehmigung. Auf Grund einer erforderlichen Standortänderung des Mastes aus funkttechnischen Gründen während des Baugenehmigungsverfahrens und einer umfängliche Fachbehördenbeteiligung dauerte das Verfahren insgesamt drei Monate. Veranschlagte Kosten des Bauwerks: ca. 98.000 €

- Errichtung MTOC (Mechanical Test Operations Centre) in Dahlewitz, Kiefernstraße
Arbeitskräfte: ca. 55 AK; Bearbeitungszeit: 2 Monate
Investitionssumme (veranschlagte Kosten des Bauwerks): ca. 14,7 Mio. €
- Gesellschaft für stationäre, teilstationäre und ambulante Einrichtungen des ASB Königs Wusterhausen; Erweiterung des Heimes für Menschen mit Demenz in Ludwigsfelde um 21 auf 51 Plätze, 990 m² Nettogrundfläche, 3.500 m³ BRI, 1,1 Mio. € Baukosten, Baugenehmigung noch in 11/08
- Neubau eines Zweckgebäudes im Waldstadion Ludwigsfelde, 1.475 m² Nutzfläche, 6.200 m³ BRI, 1,2 Mio. € Baukosten, 368 Tribünenplätze, Gaststätte mit 80 Plätzen, 10 Umkleiden, 4 Vereinsbüros, Baugenehmigung am 01.07.2008 erteilt
- a.novum Blister Centrum Berlin/Brandenburg GmbH & Co. KG
Nutzungsänderung eines Teilbereiches einer Lagerhalle in Genshagen für pharmazeutische Fertigung, 850.000 € Baukosten, Baugenehmigung am 02.06.2008 erteilt, Verpackung von Tabletten in Blister für bis zu 10.000 Patienten in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Fertigstellung Oktober 2008
- Gemeinde Nuthe-Urstromtal
Neubau einer Kindertagesstätte in Woltersdorf mit 95 Plätzen und einem Investitionsvolumen von 998.000 €; Bearbeitungsdauer: 8 Wochen

Mit der Baugenehmigung nach nur drei Monaten Bearbeitungszeit für die 10,1 ha große Gewächshausanlage der Fa. Gemüseproduktion Felgentreu GmbH entstehen in Felgentreu 62 neue Arbeitsplätze. Das Investitionsvolumen beträgt hier 11 Mio. €.

Weiterer Beweis für die Stärkung der (Land-)Wirtschaft ist der Neubau eines Gewächshauses in Meinsdorf. Bei umfangreicher Fachbehördenbeteiligung konnte trotz noch fehlender Nachweise nach vier Monaten der vorzeitige Baubeginn gestattet werden. Die Baugenehmigung wurde nach Vorliegen aller Nachweise zwei Monate später erteilt. Bei einer Investition von 1,4 Mio. € entstehen an dem Standort 17 Arbeitsplätze.

Zur Sicherung und Erhaltung von 94 Arbeitsplätzen sowie zur Schaffung zwei weiterer Arbeitsplätze bei der Fa. Schoepe Display GmbH in Dahme trägt die in acht Wochen im Oktober bauaufsichtlich genehmigte Erweiterung der Konfektionierungshalle bei.

Während 2006 und 2007 eine Zunahme von Anträgen auf Errichtung von Biogasanlagen zu verzeichnen war, gingen die Zahlen in 2008 wieder zurück. Zum Vergleich:

2007

17 Genehmigungsanträge
13 Änderungsanträge
1 Antrag auf Vorbescheid
1 Antrag wurde zurückgenommen

2008

5 Genehmigungsanträge
5 Änderungsanträge
1 Antrag auf Vorbescheid

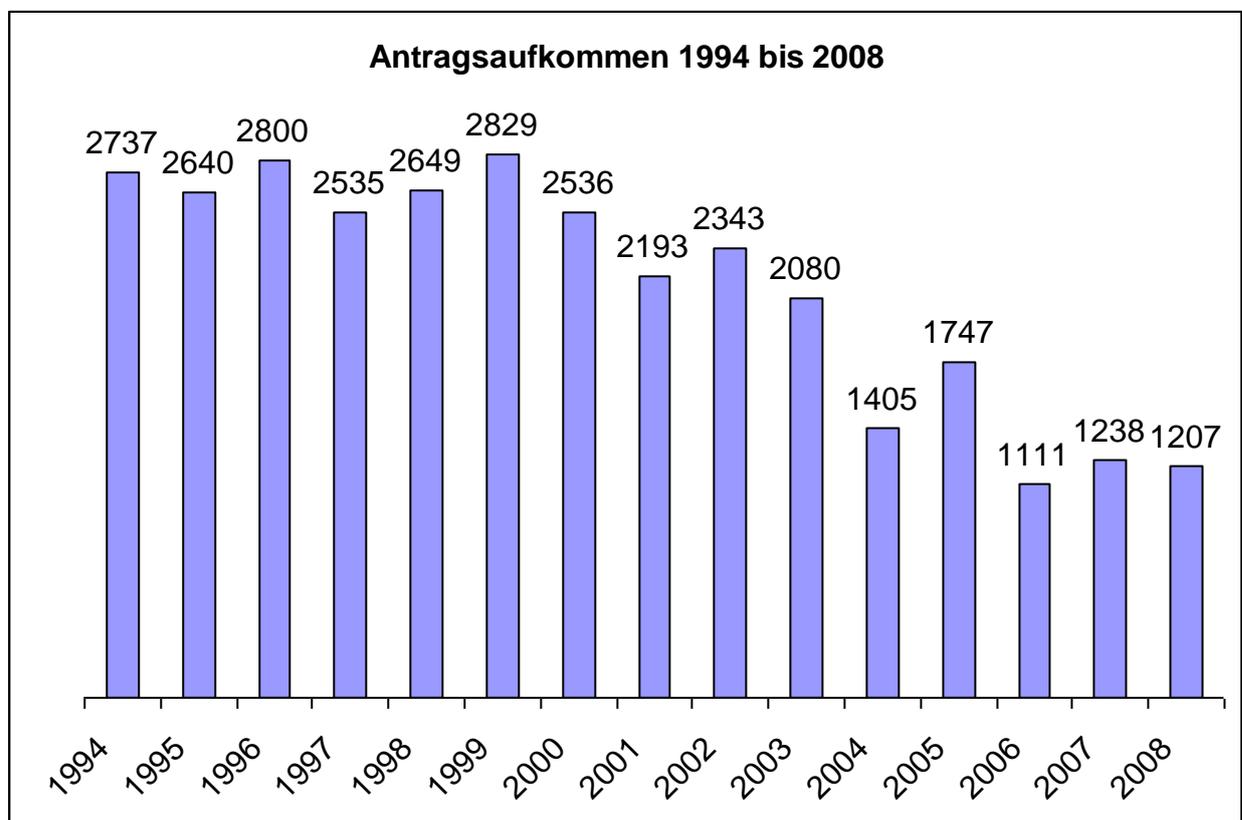
Statistik

Bautätigkeit 2008

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Stadt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	208	28,5	25.249	0,8	55	3,8
	Großbeeren	68	9,3	7.215	0,9	52	1,3
	Rangsdorf	122	16,7	9.978	1,2	34	3,6
	Trebbin	86	11,8	9.287	0,9	126	0,7
	Zossen	121	16,6	17.426	0,7	180	0,7
	Ludwigfelde	126	17,2	24.200	0,5	109	1,2
	gesamt	731		93.355	0,8	556	1,3

	Gemeinde/Stadt/ Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
äußerer Entwicklungsraum	Baruth/Mark	40	8,4	4.373	0,9	232	0,2
	Dahme/Mark	49	10,3	6.957	0,7	251	0,2
	Am Mellensee	59	12,4	6.667	0,9	104	0,6
	Niederer Fläming	26	5,5	3.440	0,8	185	0,1
	Niedergörsdorf	31	6,5	6.676	0,5	205	0,2
	Nuthe-Urstromtal	57	12,0	7.047	0,8	338	0,2
	Jüterbog	63	13,2	12.945	0,5	176	0,4
	Luckenwalde	151	31,7	21.940	0,7	46	3,3
	gesamt	467		70.045	0,7	1537	0,3
Landkreis gesamt		1.207		163.400	0,7	2.093	0,6



Entwicklung der Bautätigkeit 2004 bis 2008

Anzahl der Bauanträge						Entwicklung in %			
	2004	2005	2006	2007	2008	2004 zu 2005	2005 zu 2006	2006 zu 2007	2007 zu 2008
Amt Dahme/Mark	31	40	33	42	49	29,0	- 17,5	27,3	16,7
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	336	429	205	222	208	27,7	- 52,2	8,3	-6,3
Gemeinde Großbeeren	103	112	87	67	68	8,7	- 22,3	- 23,0	1,5
Gemeinde Am Mellensee	60	99	41	78	59	65,0	- 58,6	90,2	-24,4
Gemeinde Niederer Fläming	22	28	17	19	26	27,3	- 39,3	11,8	36,8
Gemeinde Niedergörsdorf	14	23	22	39	31	64,3	- 4,3	77,3	-20,5
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	57	72	44	69	57	26,3	- 38,9	56,8	-17,4
Gemeinde Rangsdorf	133	186	114	114	122	39,8	- 38,7	0,0	7,0
Stadt Baruth/Mark	46	50	39	42	40	8,7	- 22,0	7,7	-4,8
Stadt Jüterbog	65	78	67	68	63	20,0	- 14,1	1,5	-7,4
Stadt Ludwigsfelde	174	182	124	107	126	4,6	- 31,9	- 13,7	17,8
Stadt Luckenwalde	116	144	100	115	151	24,1	- 30,6	15,0	31,3
Stadt Trebbin	86	116	71	83	86	34,9	- 38,8	16,9	3,6
Stadt Zossen	162	188	147	173	121	16,0	- 21,8	17,7	-30,1
gesamt	1405	1747	1111	1238	1207	24,3	- 36,4	11,4	-2,5

3. Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht (Höhere Verwaltungsbehörde)

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis Teltow-Fläming in seinem Gebietsbereich die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch. Hieraus resultiert eine Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts sowie den damit in Zusammenhang stehenden Nachbardisziplinen. So waren z. B. nach dem Raumordnungs- oder dem Immissionsschutzrecht Bauleitpläne, sonstige Satzungen sowie planungsrechtliche Einzelfragen Gegenstand der Beurteilung. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsstellen, Planern und Investoren wie auch die Unterrichtung sonstiger Dritter wurde dabei in bewährter Weise fortgesetzt.

Im zurückliegenden Berichtsjahr konnte auch wieder eine positive Beförderung teilweise schwieriger gemeindlicher Planungsabsichten erreicht werden. So wurde z. B. die Änderung des unter raumordnerischer Kritik stehenden Bebauungsplans „Wohnbauprojekt Wilma“ in Blankenfelde-Mahlow genehmigt. Ebenso genehmigt werden konnte ein neuer Plan zu der seinerzeit rund fünf Jahre widerspruchs- und klagebefangenen Fläche „Kleinbeeren II (Wördenplan)“ in Großbeeren. Allerdings mussten grundlegende Mängel, die in anderen Beteiligungsverfahren nicht hinreichend gewürdigt wurden, ebenso beanstandet werden. Zu nennen sind hier z. B. die Satzungsunzulänglichkeiten des Vorhaben- und Erschließungsplans „Möbel-Tegeler“ in Trebbin oder des künftigen Bebauungsplans „Zentrum Blankenfelde“ in Blankenfelde-Mahlow. Lösungen, die zu entsprechenden Vorhabenzulässigkeiten führen, mussten bzw. werden hier auf ergänzenden Wegen angegangen.

Widersprüche und Klageverfahren sind nicht anhängig.

Der gute Kontakt mit der übergeordneten Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, wurde weiter gepflegt. Zusammen mit dem Ministerium stand die höhere Verwaltungsbehörde zudem erneut im Rahmen eines durch das Volksheimstättenwerk organisierten Fortbildungsseminars in Potsdam als Referent aus der Praxis zur Verfügung.

4. Sachgebiet Denkmalschutz (Untere Denkmalschutzbehörde)

Die Landesdenkmalliste wurde um 28 neue Denkmale aus dem Landkreis Teltow-Fläming bereichert, darunter 10 allein aus Luckenwalde. Gerade in der Kreisstadt ist der Rückstau an Eintragungen besonders hoch. Die Eintragungen hatten weitgehend unter dem Druck des drohenden Abrisses zu erfolgen und betreffen vor allem kaiserzeitliche Mietwohnhäuser im Eigentum der Luckenwalder Wohnungsgesellschaft (LWG).

Neben Luckenwalde ist auch die Stadt Dahme/Mark bereit, Lücken in das Stadtbild zu schlagen, um Fördergelder zum Abriss von historischer Bebauung in Anspruch nehmen zu können. Die Stadt Jüterbog ging allerdings einen anderen Weg. Sie hat sich aktiv um die Vermarktung unsanierter, meist historischer Bauten gekümmert, indem sie – auch mit Mitteln der Städtebauförderung – von ausgewählten Architekturbüros Kurzexposés zu den Gebäuden erstellen ließ, in denen die Sanierungskosten und Nutzungs- oder Fördermöglichkeiten für Kaufinteressenten dargestellt sind. Unter Beteiligung der Fachämter, vor allem der Denkmalschutzbehörde, sind somit bereits im Vorfeld des Verkaufs für den Interessenten alle schwierigen Fragen ausgelotet und Planungssicherheit hergestellt. Einige Objekte haben auf diesem konstruktiven Weg bereits neue Eigentümer gefunden. Im letzten Drittel des Jahres bemühte sich nun auch die Stadt Dahme/Mark um eine verstärkte Vermarktung von Leerstandobjekten mit Hilfe dieser Exposés.

Das Förderprogramm Stadtumbau Ost ist in den letzten Jahren stark in die Kritik geraten, da zugelassen wurde, dass statt der peripheren Plattenbauten, für die das Programm gedacht war, zahlreiche historische Bauten und sogar Denkmale mit öffentlichen Fördergeldern abgerissen worden sind. Durch eine Neufassung der Verwaltungsvereinbarung soll diese Fehlentwicklung nun gestoppt werden. Für Luckenwalde kommt diese Wendung möglicherweise zu spät. Gerade hier sind überwiegend Gebäude aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, aber sogar auch Häuser aus dem 18. Jahrhundert abgerissen worden. Städtebaulich besonders bedenklich ist der Abriss des Fachwerkhauses Beelitzer Straße 18, an dessen Stelle ein ALDI-Verbrauchermarkt entstehen soll. Dieses älteste Ackerbürgerhaus im Quartier wurde durch das Unterlassen jeder Instandhaltungsmaßnahme dem Verfall preisgegeben, obwohl es im förderfähigen Sanierungsgebiet gelegen ist und der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft LWG gehört.

Da die Hauptmotivation der LWG und vieler Wohnungsbaugesellschaften für den Abriss ihre Entledigung der Altschulden war, hat der Gesetzgeber reagiert und nun auch die Umschichtung der Fördergelder im Falle eines Verkaufs ermöglicht. Nicht nur über Abriss, sondern auch über Verkauf können die Wohnungsbaugesellschaften jetzt von den Altschulden entlastet werden und die für den Abriss vorgesehenen Fördergelder für andere - konstruktivere - Maßnahmen einsetzen.

Es gab hingegen auch in Luckenwalde positive Ergebnisse. Sehr viel Beachtung fand der im Juni eingeweihte Bahnhof, der nun die Stadtbibliothek beherbergt und einen mutigen Anbau für die Jugendbibliothek erhielt. Ein Monat zuvor wurde der Gewerbehof auf dem ehemaligen Falckenthal-Gelände seiner neuen Bestimmung übergeben.

Während der Denkmalschutz in die Umnutzung des Bahnhofs intensiv einbezogen wurde, verlief die Entwicklung des Gewerbehofs nicht so günstig, was sichtbar schwere Verluste an historischer Bausubstanz nach sich zog. Im Innern des sogenannten „Palazzo“ konnte die Denkmalschutzbehörde jedoch noch manches retten und der Nachwelt erhalten.

Die Sanierung der beiden Kirchen St. Jakobi und St. Johannis wurde ebenfalls in Angriff genommen. In St. Jakobi engagiert sich ein Förderverein um die Erhaltung des eindrucksvollen Kirchenbaus.

Die Volksheimsiedlung ist insgesamt fertig gestellt worden. Ein privater Investor hat einen Teil der Anlage erworben und unter Begleitung der Denkmalschutzbehörde saniert. Wegen der beträchtlichen Ausmaße der Siedlung wirkt sich der sanierte Zustand der Wohnbauten sehr positiv auf das Erscheinungsbild der Stadt aus.

In Baruth/Mark gab es für das Frauenhaus und die Stadtkirche sehr positive Wendungen. Die dringende Unterfangung der Fundamente in der Stadtkirche wurde nach jahrelangem gefährlichem Stillstand endlich fortgesetzt, finanziert hauptsächlich aus dem Staatskirchenvertrag und der Städtebauförderung. Letztere ermöglichte auch eine Sicherung und Sanierung des Alten Schlosses, auch Frauenhaus genannt. Der Löwenanteil der Förderung kam allerdings aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV).

Die Baumaßnahmen an den herausragenden Denkmälern „Bückerwerke“ in Rangsdorf und „Hutfabrik Steinberg-Hermann“ in Luckenwalde wurden weiter Jahr fortgesetzt. Während der Fortgang der Arbeiten an der Hutfabrik nur schleppend erfolgte, was wesentlich an der schwierigen Fördersituation lag, hat der Investor der Bückerwerke gemeinsam mit seinem Architekten Hervorragendes geleistet. Dafür wurde er mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming ausgezeichnet und erhielt auch auf Landesebene eine Anerkennung. Jetzt wurde von ihm das so genannte Gefolgschaftshaus erworben, das im Zentrum der Bückerwerke gelegen ist und durch jahrelanges Unterlassen von Instandhaltungsmaßnahmen in einen bedenklichen Bauzustand geriet. Durch den Eigentümerwechsel hat das Gebäude jetzt wieder eine Zukunft.

Der Förderverein Historisch-Technisches Museum „Versuchsstelle Kummersdorf“, der im vergangenen Jahr den Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming erhielt, wurde dieses Jahr mit dem Brandenburgischen Denkmalpflegepreis ausgezeichnet. Damit wurden 2008 zwei Preisträger aus dem Landkreis geehrt.

Der Kummersdorfer Förderverein übernahm für die Verleihung der Denkmalpflegepreise des Landkreises am Tag des offenen Denkmals die Gastgeberrolle. In der kaiserzeitlichen Kaserne in Kummersdorf-Gut wurden zwei engagierte Denkmaleigentümer (Bückerwerke und ein Mietwohnhaus in Luckenwalde), ein Verein (Dorfkirche Mellnsdorf) und ein ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger ausgezeichnet.

Bei dieser Gelegenheit konnten sich die eingeladenen Gäste von dem dringenden Handlungsbedarf in Kummersdorf überzeugen. Die riesige Anlage wird immer wieder Opfer von Vandalismus und Plünderung, aber auch von Witterungsschäden durch Vernachlässigung. Aufgrund der Dringlichkeit von Maßnahmen wurde eine Tagung durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege gemeinsam mit dem Verein und dem Landkreis initiiert, die am 11. November stattfand. Ziel war, eine Perspektive für das international bedeutende Denkmal zu entwickeln und dem Verein einen Beirat zur Seite zu stellen.

Insgesamt konnten Maßnahmen des Denkmalschutzes vom Kreis mit 50.000 € unterstützt werden. Es gingen 42 Anträge auf insgesamt 561.625 € bei der Denkmalschutzbehörde ein. Die Höhe der Gesamtinvestition betrug dabei 6.307.743 €. Dies zeigt zum einen, mit welcher geringen Fördersummen im Denkmalschutz große Investitionen angeschoben werden können, zum anderen auch, wie dringend und nachgefragt eine Förderung im Denkmalschutz ist. Im Grunde sind Eigentümer von Denkmalen von der Sinnhaftigkeit des sorgfältigen Umgangs mit historischer Substanz überzeugt, doch sind sie nicht selten auf eine, wenn auch noch so geringfügige finanzielle Unterstützung angewiesen.

Für die archäologische Denkmalpflege wurde die Benachrichtigung von Flächeneigentümern bei ortsfesten Bodendenkmalen weiter geführt. Derzeit sind 62 % „abgearbeitet“; bis zum Jahresende sollen 70 % erreicht sein. Die gute Akzeptanz der Bodendenkmalpflege und das Interesse an Ausgrabungen ist der aktiven Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken. Der elfte Archäologentag Teltow-Fläming in Wünsdorf lockte ca. 130 Besucher an.

Zum Tag des offenen Denkmals veranstaltete die Untere Denkmalschutzbehörde eine Busexkursion zu slawischen und mittelalterlichen Burganlagen im Niederen Fläming. Die 44 Teilnehmer erhielten Einblicke in die historischen Hintergründe von Dorf- und Stadtgründungen des 12. und 13. Jahrhunderts n. Chr. durch Neuansiedler, die vor allem aus Flandern kamen. Damals wurden in der Nachbarschaft von slawischen Siedlungen planmäßige Dörfer angelegt und Kirchen aus Feldsteinen errichtet. So mancher Teilnehmer fragte nach Informationstafeln und -broschüren zu den Bodendenkmalen vor Ort und wollte die einzelnen Stationen noch einmal persönlich erkunden. Vielleicht wird in Liepe ein Anfang gemacht. Mit dem Ausbau der Flaeming-Skate soll am Rand des mittelalterlichen Turmhügels eine Informationstafel errichtet werden.

Nachdem im Dezember 2007 der Tagungsband „Mittelalterliche Kirchen in Brandenburg und Berlin“ erschien, hat sich das Renommee des Landkreises als Ausrichter archäologisch geprägter Tagungen auch mit internationalem Fachpublikum weiter gefestigt. Aktuell zeigt ein polnischer Verband von Bau- und Bodendenkmalpflegern Interesse an einer Kooperation mit der Unteren Denkmalschutzbehörde sowie der Archäologischen Gesellschaft in Berlin und Brandenburg e. V..

Durch den Beschluss zum Ausbau des Flughafenstandortes BBI in Schönefeld und die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen ist die Anzahl der Ausgrabungen vor allem im nördlichen Teil des Landkreises stark angestiegen. Dieser Trend sowie die verstärkte Urbanisierung am Berliner Stadtrand machen einen Strategiewandel auch in der archäologischen Denkmalpflege notwendig. Dazu gehören gezielte Prospektionen auf potenziellen Bauflächen, damit bei der Ansiedlung von Gewerbe und Wohnen schneller reagiert werden kann.

Der Landkreis förderte mit 3.000 € archäologische Dokumentationsmaßnahmen sowie eigene Publikationen.

In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark ist eine populärwissenschaftliche Publikation eigener Kirchengrabungen in Planung, die dem Tourismus in der Flämingregion neue Impulse geben könnte.

Der Bericht des Vorjahres schloss mit dem optimistischen Ausblick, dass die zahlreichen Gründungen von Fördervereinen zur Rettung, Sicherung, Erhaltung oder Nutzung von Denkmälern als Zeichen für erwachtes Interesse an der eigenen Geschichte und Identität zu interpretieren sei. In diesem Jahr hat sich gezeigt, dass dieser Optimismus durchaus angebracht ist. Die Vereine, die ihre Arbeit im letzten Jahr schon begonnen haben, machten und machen weiter; die anderen, die sich neu gegründet haben, planen emsig oder haben in diesem Jahr schon erste Schritte unternommen. Eine sorgfältige Planung der Maßnahmen und Kosten ist die wichtigste Voraussetzung sowohl für eine denkmalgerechte Sanierung und die Umsetzung der Ideen, als auch für das Erlangen von Fördergeldern. Für den Oberlaubenstall in Borgisdorf oder das Volksbad Buckow liegen Planungen vor, die eine denkmalgerechte Nutzung anstreben, die Arbeiten an der Horstmühle sind dank des Fördervereins gut vorangeschritten und das historisch bedeutende Gutshaus in Hohenahlsdorf wird derzeit gesichert. An den Dorfkirchen von Heinsdorf und Werbig setzen sich Vereine engagiert für ihre historischen Zeugnisse ein. Erstaunlich ist dabei, mit welcher Kreativität und Zielstrebigkeit vorgegangen wird: Benefiz-Kuchen wird gebacken, Balken werden „versteigert“, ganze Dorfgemeinschaften finden sich zusammen. Eines der wichtigsten Ziele des Denkmalschutzes, nämlich die Stärkung von Identitätsbewusstsein und Heimatbindung, ist somit in vielen Gemeinden erreicht worden.

Amt für Kataster und Vermessung

➤ **ALKIS® - Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem**

Nach der flächendeckenden Erfassung der Geobasisdaten des ALB und der Erstellung der ALK im Zuge des Projekts „Forcierte ALK-Einrichtung“ (FALKE) sind nun die ALB- und ALK-Daten im Hinblick auf die Einführung von ALKIS® zu qualifizieren. Die Ablösung der Verfahren ALB und ALK durch das System ALKIS® umfasst weitaus mehr als den Austausch von Datenmodellen. Es handelt sich um einen anspruchsvollen und aufwändigen Prozess mit erheblicher Innen- und Außenwirkung.

Abgesehen von der Aktualisierung und geometrischen Verbesserung ist es deshalb notwendig, diese Geobasisdaten landesweit zu vereinheitlichen und die Datenstruktur für die Migration nach ALKIS® anzupassen.

In Vorbereitung auf die Einführung des neuen AAA-Datenmodells im Land Brandenburg sind die Vorschriften zur Datenerfassung- und -führung überarbeitet worden. Die darin enthaltenen Regelungen führen somit auch im Landkreis Teltow-Fläming zur Harmonisierung, Qualifizierung und Aktualisierung der Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters. Diese Vormigrationsarbeiten wurden in diesem Jahr von der Katasterbehörde durchgeführt. Unterstützung erfolgte durch den Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg.

Die Katasterverwaltung des Landkreises Teltow-Fläming arbeitet innerhalb einer Projektgruppe und mit allen Kolleginnen und Kollegen an der Umsetzung der Datenharmonisierung, um im Jahr 2010 die Führung der Katasterdaten im neuen System ALKIS® gewährleisten zu können.

Die in diesem Jahr geführte Diskussion zum Entwurf eines Brandenburgischen Geoinformations- und Vermessungsgesetzes, welches das bisher gültige Kataster- und Vermessungsgesetz Brandenburg ablösen wird, macht den hohen Wert der Katasterdaten für den Betrieb einer Geodateninfrastruktur in Brandenburg deutlich.

➤ *Antragsstatistik*

- Es wurden 7.600 schriftliche und mündliche Anträge auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet (z.B. Flurkartenauszüge, Eigentumsnachweise). Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt.
- Flurkartenauszüge in digitalen Formaten wurden für insgesamt 7.300 km² verkauft.
- Für 2.600 Antragsteller wurden Voreigentümerrecherchen erarbeitet.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.000 Anträge auf Unterlagenerteilung gestellt.
- Die örtliche Messtätigkeit wird durch drei Messtrupps erledigt. Ein Messtrupp arbeitete überwiegend an der Erarbeitung von Planungsunterlagen und der Schlussvermessung von Abschnitten des Rad- und Skateweges.
- 840 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das A 62 selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen. Die Fortführungsvermessungen sind nach ca. zwei Monaten in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.
- Im Bereich Grundstücksverkehrsgenehmigung wurden 900 Negativatteste und 1.700 GVO-Genehmigungen erarbeitet.

Gutachterausschuss Teltow-Fläming

Nach wie vor wird die Zweiteilung des Landkreises in den engeren Verflechtungsraum und den äußeren Entwicklungsraum deutlich. Auch wenn die Anzahl der Verkäufe - hier zählen auch die Verkäufe aus der Land- und Forstwirtschaft dazu - in beiden Gebieten nahezu gleich ist, beträgt der Geldumsatz im engeren Verflechtungsraum 76,9 % und im äußeren Entwicklungsraum nur 23,1 % vom Gesamtumsatz.

Für die Erarbeitung des Grundstücksmarktberichtes 2007, der im April 2008 erschien, wurden insgesamt 2.670 Kauffälle aus dem Kreisgebiet ausgewertet und registriert. Zum Vorjahr gab es einen fast unmerklichen Rückgang von rund 2 %.

Die Betrachtung der eingegangenen Kauffälle für die einzelnen Grundstücksarten ergibt folgenden Überblick:

In der Grundstücksart unbebaut ist die Anzahl der Verkäufe um ca. 14 % rückläufig, dagegen ist eine Steigerung bei den bebauten von ca. 5 % zu verzeichnen. In den weiteren Grundstücksarten sind die Kauffälle ebenfalls rückläufig: bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen um ca. 13 %, bei Wohn- und Teileigentum um ca. 9 % und bei den sonstigen Flächen um ca. 40 %. Die Kauffälle in der Grundstücksart Gemeinbedarfsflächen ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 110 % gestiegen.

Als weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Gutachterausschusses ist für das Geschäftsjahr die Erstellung von Entschädigungsgutachten zu nennen. Diese Entschädigungsgutachten wurden durch das voranschreitende Baugeschehen an den neuen Bundesstraßen B 101 und B 96 und der damit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum notwendig und auf Antrag der Enteignungsbehörde beim Ministerium des Innern durch den Gutachterausschuss erarbeitet.

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und ist regional zuständig für die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald.

Aus der Sicht des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf umfasst das Kalenderjahr 2008 sowohl das zweite Schulhalbjahr 2007/08 als auch das erste des Schuljahres 2008/09.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen derzeit etwa 13.750 Schülerinnen und Schüler in 558 Klassen die insgesamt 50 staatlichen allgemeinbildenden Schulen. Sie werden von ca. 1.180 Lehrkräften unterrichtet.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden 2008 in 28 staatlichen Grundschulen 1.244 Schülerinnen und Schüler in 52 Klassen aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,9. Damit wurden drei Klassen weniger als im Vorjahr gebildet. Die Schülerzahl in den Grundschulen fiel leicht ab. In der 5. Grundschule Ludwigsfelde und in der Grundschule Dahlewitz wurde auf Beschluss der jeweiligen Schulträger nicht eingeschult. Für insgesamt 150 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge der staatlichen Grundschulen zeigt die Stabilisierung auf einem Niveau von etwa 1.250 Schülern.

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
2003/04	6	1.155	52	22,2
2004/05	5	1.247	59	21,1
2005/06	4	1.437	62	23,2
2006/07	3	1.291	58	22,3
2007/08	2	1.263	55	23,0
2008/09	1	1.244	52	23,9

In den Grundschulen in freier Trägerschaft in Jüterbog und Mahlow lernen derzeit 116 Schülerinnen und Schüler.

Im Schuljahr 2008/09 verfügen 15 Grundschulen über eine flexible Eingangsphase (FLEX-Schulen), d.h. eine veränderte Form der Unterrichtsorganisation der Jahrgangsstufen 1 und 2. Die Grundschulen in Wolterdorf/Stülpe und die Lindengrundschule Jüterbog arbeiten seit dem Schuljahr 2008/09 als verlässliche Halbtagsgrundschulen. Diesen Status besitzen somit jetzt 10 der Grundschulen des Landkreises.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte im Jahr 2008 nach einem veränderten Übergangsverfahren. Erstmals mussten am Gymnasium angemeldete Schülerinnen und Schüler, die über keine Bildungsgangempfehlung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife verfügten oder deren Summe der Noten der Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache im Halbjahreszeugnis der Jahrgangsstufe 6 den Wert 7 überstieg, eine Eignungsprüfung in Form eines Probeunterrichts über zwei Tage an einem Gymnasium bestehen. Daran nahmen 94 Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien in Luckenwalde und Blankenfelde teil. Insgesamt wurden etwa 1.017 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung sowie der tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht.

Daraus ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in den 16 staatlichen Schulen mit Sekundarstufe I im Landkreis:

Schulform	Anzahl	Schüler	Klassen	Prozent
Oberschulen	9	456	22	45
Gesamtschulen	1	136	5	13
Gymnasien	5	430	16	42
gesamt	16	1022	43	

Bemerkenswert ist, dass die Oberschulen Dahme/Mark und Großbeeren nach zwei bzw. drei Jahrgängen ohne Eingangsklassen in diesem Jahr wieder zwei siebte Klassen bilden konnten. An der staatlichen Oberschule in Baruth/Mark wurde der Schulbetrieb wegen fehlender Anmeldungen eingestellt.

Die beiden weiterführenden Schulen in freier Trägerschaft werden von 115 Schülerinnen und Schülern (Freie Oberschule Baruth/Mark) bzw. 197 Schülerinnen und Schülern (Seeschule Rangsdorf) besucht.

Zu den fünf Oberschulen in Dahme/Mark, Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow sowie der Gesamtschule Dabendorf mit jeweiligem Ganztagsbetrieb kamen im Schuljahr 2008/09 die Gymnasien in Ludwigsfelde und Rangsdorf. Alle Oberschulen erhielten darüber hinaus im Rahmen von IOS (Initiative Oberschule) Fördermöglichkeiten für unterrichtliche und außerunterrichtliche Projekte.

Großes Interesse bei den Eltern fanden auch in diesem Jahr die 2007/08 erstmals eingerichteten Leistungs- und Begabungsklassen an den Gymnasien in Blankenfelde, Luckenwalde und Ludwigsfelde. Sie ersetzen die sogenannten Leistungsprofilklassen, die als Schulversuch das Abitur nach zwölf Jahren erlangen. Insgesamt wechselten 84 Schülerinnen und Schüler bereits nach der 4. Klasse zum Gymnasium. Das entspricht rund 6,7% der Schülerinnen und Schüler dieses Jahrganges.

Nach der Schulgesetznovelle, die am 01.08.2007 in Kraft trat, beträgt die Schulzeit bis zum Abitur für alle Schülerinnen und Schüler am Gymnasium zwölf Jahre. Der erste Jahrgang für den das zutrifft, befindet sich zurzeit in der Klassenstufe 9. Es gibt auch weiterhin die Möglichkeit, das Abitur nach 13 Schulbesuchsjahren abzulegen. Im Landkreis Teltow-Fläming ist das an der Gesamtschule Dabendorf möglich. An dieser Schule ist es in einer besonderen Klasse auch möglich, das Abitur nach 12 Schulbesuchsjahren zu erwerben. Darüber hinaus bereitet das Oberstufenzentrum für das Schuljahr 2009/10 die Einrichtung von Klassen eines beruflichen Gymnasiums vor.

Zur Förderung begabter und leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler nahm im Jahre 2007 am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde ein Stützpunkt für Begabtenförderung die Arbeit auf. Damit besteht eine zusätzliche Informations- und Beratungsmöglichkeit für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in der Region.

In den Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ sind die Schülerzahlen relativ stabil. Im Schuljahr 2008/09 lernen 509 Schülerinnen und Schüler in 47 Klassen in den vier Förderschulen des Landkreises. Das sind 23 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, was auf die gestiegenen Schülerzahlen in der Primarstufe zurückzuführen ist. Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ in Jüterbog und Groß Schulzendorf besuchen im Schuljahr 2008/09 123 Schülerinnen und Schüler, fünf mehr als im Jahr zuvor.

Der Zweite Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde mit der Einrichtung von zwei Klassen der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2007/08 ausgebaut. Somit holen derzeit 100 Schülerinnen und Schüler in Luckenwalde in diesem Rahmen ihren Bildungsabschluss nach.

Am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming lernen im Schuljahr 2008/09 etwa 2.400 Schülerinnen und Schüler (davon ca. 830 in Vollzeit). Dies sind etwa 200 weniger als im Vorjahr. Erstmals konnte keine Klasse für die Ausbildung zum Kaufmann bzw. zur Kauffrau im Großhandel eingerichtet werden. Dafür gibt es nach langen Jahren wieder eine Klasse für die Maurerausbildung.

Es gibt seit Beginn des Schuljahres 2007/2008 eine Reihe von Veränderungen im Schulgesetz. Die Wesentlichen davon sind:

- Erweiterte Rechte der Schulen im Rahmen der Fürsorgepflicht des Staates
- Übernahme der Regelungen zum Ganztagsbetrieb von Schulen in das Schulgesetz
- Aufnahme der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz in das Schulgesetz
- Neue Bezeichnungen der Förderschulen
- Einführung einer neuen Schulform für den Zweiten Bildungsweg
- Verpflichtung zur Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung vor der Einschulung
- Verstärkung der Möglichkeiten, die Schulpflicht durchzusetzen
- Veränderung der Kriterien bei Aufnahme an eine weiterführende Schule
- Leistungs- und Begabungsklassen einschl. Aufnahmekriterien
- Konkretisierung der Aufgaben der Schulleiterin/des Schulleiters
- Veränderung des Schulleiterauswahlverfahrens
- Aufnahme der Schulvisitation in das Schulgesetz
- Teilnahme des Schulträgers an den Beratungen der Gremien

Insgesamt konnten auch im Jahre 2008 durch das Zusammenwirken mit den Schulträgern Fortschritte bei der weiteren Anpassung der Schullandschaft an die gesunkenen Schülerzahlen erreicht werden. Diese spiegelt auch der durch den Kreistag nach ausführlicher Diskussion mit den Schulträgern und in den Gremien verabschiedete neue Schulentwicklungsplan wider. Darüber hinaus konnten die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung der Mädchen und Jungen durch die Initiativen des Landkreises und der anderen Schulträger bedeutend verbessert werden.